

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 49.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 29. November bis 5. Dezember 1907.

Posen, den 10. Dezember 1907.

B e r i c h t**über den Verlauf der am 20. November d. J. in Posen abgehaltenen sozialdemokratischen Protestversammlung gegen das Verbot fremder Sprachen in Versammlungen.**

Posen, den 20. November 1907.

Die von etwa 250 Personen, darunter 20 Frauen, besuchte Versammlung wurde von dem Tischler Matuszewski kurz nach 8 Uhr abends eröffnet.

Zum 1. Vorsitzenden wurde Matuszewski, zum 2. Vorsitzenden Studzis und zum Schriftführer Chodak gewählt.

Nachdem Matuszewski die Tagesordnung „Punkt 1: Referat des Genossen Haase aus Rattowitz, Punkt 2: Diskussion“ bekannt gegeben und die Versammlungsteilnehmer zur Ruhe ermahnt hatte, ergriff **Schrißteiler Haase** zu einer 2stündigen Rede in polnischer Sprache das Wort. Der Grundgedanke seiner Rede war, gegen das Verbot fremder Sprachen in Versammlungen, von dem nach seiner Ansicht die Arbeiter am empfindlichsten betroffen würden, Protest zu erheben und den polnischen Arbeitern klarzumachen, daß ihre Interessen in jeder Beziehung durch die Sozialdemokratie am besten vertreten würden. Die Zeiten der allgemeinen Reaktion im preussischen Staate — führte Redner aus — sei die Zeit der Bedrückung in den polnischen Landesteilen gewesen. Nach der vor 100 Jahren erfolgten Niederlage Preußens sei zwar eine Reform im liberalen Sinne erfolgt, wodurch namentlich den Polen die größten Freiheiten gewährt worden wären, doch Anfang der 30er Jahre habe die reaktionäre Strömung wieder eingesetzt. Redner erging sich dann über die Revolution vom Jahre 1848 unter eingehender Schilderung der Zustände in der Provinz Posen, wobei er erwähnte, daß General von Colomb entgegen dem Verlangen des als Staatskommissar entsandten Generals Willisen die polnischen Truppen zum Kampfe provoziert hätte, um sich einen Namen zu machen. (Zurufe wie Psui! Schande! usw.) Nach dem Jahre 1863 habe die Bedrückung der Polen zugenommen, die nach den Jahren 1870/71 noch größer geworden wäre. Die Ausweisung der 40 000 Polen erwähnend, ging Redner über auf die Gründung der Ansiedlungskommission sowie des Ostmarkenvereins, wobei er hervorhob, daß sich die jetzigen antipolnischen Maßnahmen hauptsächlich gegen die Arbeiterchaft richteten. Nunmehr erging sich Redner über das projektierte Vereinsgesetz. Es sei schon mehrere Jahre davon die Rede gewesen, fremde Sprachen in Versammlungen zu verbieten, die Regierung habe wohl aber mit Rücksicht auf die Unruhen in Rußland davon Abstand genommen, mit einem derartigen Projekte hervortreten. Nachdem aber die russische Reaktion wieder die Oberhand gewonnen und die Sozialdemokratie in Deutschland eine scheinbare Niederlage erlitten hätte, habe die Regierung die Zeit für geeignet gehalten, mit einer derartigen Vereinsgesetzvorlage zu kommen. Es müsse um so energischer dagegen protestiert werden, damit die Regierung sehe, daß das Volk

verstehe, wenn ihm Unrecht geschehe, und daß dadurch die Reihen derjenigen verstärkt würden, die der Regierung grundsätzlich feindlich gegenüberständen. Heute bestehe die Kraft nicht in Häuten und Kanonen, sondern in einer straffen Organisation, es gebe heute keine Bürgerdemokraten mehr, sondern nur Sozialdemokraten, und je größer die Kraft der Sozialdemokratie werde, desto schwächer werde die Kraft der Regierung. Mit der Aufforderung, gegen das Verbot fremder Sprachen in Versammlungen zu protestieren, schloß Redner seine Ausführungen.

In der hierauf folgenden Diskussion erhielt **Haase** noch einmal das Wort, um nachstehende Resolution, die er in polnischer und deutscher Sprache ablas, in Vorschlag zu bringen.

„Die am Mittwoch, den 20. November d. J. im Saale des Etablissements Schweizertal Versammelten protestieren mit aller Energie gegen die geplanten gesetzlichen Beschränkungen, die gegen alle nichtdeutschen, speziell aber gegen die polnischen Versammlungen gerichtet sind. Ein Verbot, Versammlungen in der Muttersprache abzuhalten, ist eine Barbarei, die 4½ Millionen der nichtdeutschen Bevölkerung des Deutschen Reiches ihrer grundsätzlichen Staatsbürgerrechte berauben würde. Die Versammelten drücken gleichzeitig ihren entschiedenen Protest gegen die Politik der Ausnahmegeetze aus, die seit Jahrzehnten gegen die polnische Bevölkerung getrieben wird, und erklären: Die kaiserliche Politik ist unlösbar verbunden mit der allgemeinen Reaktion, mit dem Bestehen des reaktionären preussischen Landrechts, mit der Junkerpolitik der Unterdrückung, der Bedrückung allen Fortschrittes. Deshalb muß der Kampf gegen den Kaiserismus in erster Linie zum Kampfe gegen die Reaktion, zum Kampfe um die Demokratisierung des preussischen Staatswesens, um die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtag führen!“

Nach einigen kurzen belanglosen Ausführungen des Arbeiters **Kamaja** erhielt das Wort der Gewerkschaftsbeamte **Studzis**, der als Deutscher die antipolnischen Maßnahmen der preussischen Regierung in scharfen Worten kritisierte. Er führte hierbei u. a. aus: Wer stellt der deutschen Armee die Soldaten? Gibt der Pole nicht auch sein Blut hin und wird von einer gewissen Klasse von Menschenhändlern geschunden? Da müßte es auch heißen: „Der ist Pole, der ist ein Raczarek, den brauchen wir nicht nehmen: (Bravorufe!) Ja, weshalb tut man es nicht? Weil der preussische Staat davon profitiert.“ Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Deshalb bitte ich, die Resolution einstimmig anzunehmen, um der preussischen Regierung zu beweisen, wie die Meinung unter den Polen und unter den vernünftigen Deutschen gegen die Extraklausel im deutschen Vereinsgesetz ist.“ (Bravorufe!)

Arbeiter **Tobolski**, der etwas angeheitert war, fragte hierauf zur allgemeinen Heiterkeit der Versammlung, wo die Deutschen die 5 Milliarden gelassen hätten.

Die Abstimmung über die von **Haase** vorgeschlagene Resolution ergab einstimmige Annahme.

Nachdem dann **Matuzjewski** noch das sozialdemokratische Programm entwickelt und zum Beitritt in die Reihen der Sozialdemokratie aufgefordert hatte, schloß er um 10¹/₂ Uhr abends mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die ziemlich stürmisch verlaufene Versammlung.

Wietusch,
Agl. Polizei-Sekretär

Bericht über den Verlauf der am 1. d. Mts. abgehaltenen Delegiertenversammlung des 8. Gaues des Verbandes der polnischen Sofolvereine.

Posen, den 2. Dezember 1907.

Der Vorsitzende des 8. Gaues des Sofolverbandes, praktischer Arzt Dr. **Matuzjewski-Schrimm**, eröffnete um 5¹/₂ Uhr die Versammlung, indem er die erschienenen Delegierten, insbesondere die Vertreter des Sofolverbandes Dr. **Zakrzewski**, **Rzepecki**, **Zablocki** und **Gladysz** aus Posen, willkommen hieß.

Es folgte die Feststellung der erschienenen Vorsitzenden, Turnwarte und Delegierten der zu dem 8. Gau gehörigen Sofolvereine.

Vertreten waren:

1. der Sofolverein **Kosten** durch den Vorsitzenden, den Turnwart und drei Delegierte;
2. der Sofolverein **Gostyn** durch niemanden;
3. der Sofolverein **Schrimm** durch den Vorsitzenden, den Turnwart und zwei Delegierte;
4. der Sofolverein **Grätz** durch den Vorsitzenden, den Turnwart und einen Delegierten;
5. Der Sofolverein **Schmiegel** durch den Vorsitzenden, den Turnwart und einen Delegierten;
6. der Sofolverein **Punitz** durch den Vorsitzenden, den Turnwart und einen Delegierten;
7. der Sofolverein **Czempin** durch niemanden;
8. der Sofolverein **Wielichowo**, desgleichen;
9. der Sofolverein **Lissa**, desgleichen;
10. der Sofolverein **Kröben**, desgleichen;
11. der Sofolverein **Kriewen**, desgleichen;
12. der Sofolverein **Storchneft** durch den Vorsitzenden, den Turnwart und einen Delegierten.

Nach Verlesung des Protokolls über den Verlauf der am 28. Juli d. J. in Gostyn abgehaltenen Gauversammlung, über die seiner Zeit eingehend berichtet wurde, erhielten die Berichterstatter der vertretenen Sofolvereine das Wort.

Wolski-Kosten berichtete, das Vereinsleben im **Kostener Sofolverein** sei ziemlich schwach gewesen, an den monatlich stattfindenden Versammlungen hätten durchschnittlich 25 bis 30 Mitglieder teilgenommen. Die Hauptversammlung sei besser besucht gewesen. Mit dem Schreib- und Leseunterricht werde vielleicht in nächster Woche begonnen werden können. In den Monatsversammlungen gelangten neben Vorträgen auch Deklamationen und Gesänge zum Vortrag. Der wissenschaftliche Zirkel, der von September bis Mai zweimal monatlich Sitzungen veranstaltet habe, zähle 20 Mitglieder. — Der Turnwart **Grzeszkowiak** berichtete, an den regelmäßig stattfindenden Turnstunden nähmen durchschnittlich 6 Turner teil. Zu den Gaurturntagen in Gostyn und Berlin habe der **Kostener Sofolverein** Vertreter entsandt. Nach **Schmiegel** sei eine Fußpartie unternommen worden.

Aus dem von dem Schriftführer **Szyska-Schrimm** verlesenen Bericht ist zu entnehmen: Der **Schrimmer**

Sofolverein hielt 14 Versammlungen ab, darunter eine Hauptversammlung. Außerdem wurde eine **Kosciuszko**-feier veranstaltet. Der Verein zählt 129 Mitglieder, von denen durchschnittlich 30 an den Versammlungen teilnehmen. Der literarische Zirkel hält seine Sitzungen jeden Mittwoch ab. Die Bibliothek prosperiert nicht besonders. Der **Kassenbestand** weist 11,41 Mark auf, das **Vereinsvermögen** hat einen Wert von 1076 Mark. — Nach dem Bericht des Turnwarts **Tomiczak** hielt der **Schrimmer Sofolverein** 55 Turnstunden ab, an denen durchschnittlich 10–15 Turner teilnahmen. An dem **Gostyner Gaurturntag** beteiligten sich 13 **Schrimmer Sofols**. Auch an dem **Berliner Gaurturntag** war der Verein durch den Vorsitzenden und den Turnwart vertreten. — Der Vorsitzende Dr. **Matuzjewski** ergänzte die Ausführungen der beiden **Berredner** dahin, daß im **Schrimmer Sofolverein** ein systematischer Unterricht der polnischen Literatur durchgeführt sei, der in der Anfertigung schriftlicher Arbeiten bestehe; auch werde alle 4 Wochen ein größerer Vortrag aus der polnischen Geschichte oder Literatur gehalten. — Für die aktiven Turner habe ein **Prämienturnen** stattgefunden.

Gyganski-Grätz berichtete über den **Gräzer Sofolverein** was folgt: Es fanden 12 Versammlungen statt, die von durchschnittlich 18 Mitgliedern besucht waren und in denen vorwiegend politische Vorträge gehalten wurden. Die **Gräzer Intelligenz** meidet den **Sofolverein**, eine Tatsache, die öffentlich gebrandmarkt zu werden verdient. — Der **Kassierer** des **Gräzer Sofolvereins** meint, er könne keinen **Kassenbericht** erstatten, weil die Mitglieder ihre Beiträge gar nicht oder unregelmäßig zahlten. — Aus dem Bericht des Turnwarts ging hervor, daß in **Grätz** keine Turnstunden stattfinden.

Auf Anregung des **Verbandskassierers** **Zablocki** aus Posen hob der Vorsitzende Dr. **Matuzjewski** unter Hinweis auf die schlechten **Kassenverhältnisse** im **Gräzer Sofolverein** mit Nachdruck hervor, daß die Mitgliedsbeiträge unbedingt eingetrieben und auch die **Verbandsbeiträge** abgeliefert werden müßten.

Der **Verbandsdelegierte** **Kaufmann Karl Rzepecki** aus Posen bemerkte hierzu, die **Sofolvereine** könnten, wenn ihnen die **Polizei** die **Veranstaltung** von Vergnügungen verbiete, andere **Vereine** ersuchen, zu Gunsten der **Sofolvereine** **Festlichkeiten** zu veranstalten. Das könne die **Polizei** nicht unterlagen, auch habe sie kein Recht zu kontrollieren, wie ein Verein den Erlös aus der **Veranstaltung** eines Vergnügens verwende; denn die **Einnahmen** und **Ausgaben** eines Vereins gingen die **Polizei** nichts an. Er sage es hier ganz offen, daß **Gladysz**, **Zablocki** und **Zakrzewski** in Posen **Bälle** zu Gunsten der **Sofols** veranstalteten.

Kazmierski-Schmiegel berichtete, der **Schmiegeler Sofolverein** sei im Jahre 1902 gegründet worden. Dr. **Konieczny** sei fünf Jahre **Vorsitzender** gewesen, jetzt habe er dieses Amt niedergelegt. Die **Mehrzahl** der Mitglieder seien junge Leute, die sich in **Schmiegel** nur vorübergehend aufhielten und gewöhnlich ihre Beiträge nicht zahlten. Darum sähen die **Kassenverhältnisse** traurig aus. In den monatlich zweimal stattfindenden Versammlungen würden stets Vorträge aus der polnischen Geschichte gehalten. Der Verein zähle über 20 Mitglieder und besitze einen **eisernen Fonds** in Höhe von 200 Mark. Im allgemeinen herrsche in dem **Vereine** ein guter Geist, und der **Schmiegeler Sofolverein** werde darauf bedacht sein, daß **Schmiegel** in nationaler Hinsicht nicht zurückgehen werde. — Der **Delegierte** **Radzinski** **Schmiegel** bemerkte, die **Intelligenz** gehöre dem **Schmiegeler Sofolverein** nicht

an, es gebe sehr wenig Turner, und in dieser Hinsicht sei es mit dem Verein sehr schlecht bestellt.

Der Gauvorsitzende Dr. Matuzjewski drückte seine Freude aus, daß der Sokolverein zu Schmiegel in dieser halbverdeutschten Stadt verhältnismäßig gut prosperiere. Um die Klassenverhältnisse besser zu gestalten, sei es notwendig, für den Verein besser situierte Bürger zu gewinnen.

Turnwart **Dybizbanski** = **Puniß** berichtete, der Pünizer Sokolverein habe 3 Ausflüge veranstaltet. Die Zahl der aktiven Turner betrage 6, Versammlungen fänden alle 4 Wochen statt. — **Sobkowiak** = **Puniß** ergänzte die Ausführungen des Vorredners dahin, daß an den Vereinsversammlungen durchschnittlich 10 Mitglieder teilnahmen. Das Vereinsleben im Pünizer Sokolverein sei sehr schwach, eine moralische Unterstützung seitens des Verbandes tue dringend not.

Der Gauvorsitzende Dr. Matuzjewski meinte, der Gostynner Sokolverein sei beauftragt gewesen, dem Pünizer Verein mit Rat und Tat beizustehen. Es müsse untersucht werden, warum Gostyn seine Pflicht versäumt habe. Es sei aber auch nicht ausgeschlossen, daß der Vorstand des Pünizer Sokolvereins untauglich sei; vielleicht wäre eine Neuwahl angebracht. Jedenfalls werde er, der Gauvorsitzende, den Pünizer Verein im Auge behalten.

Bei der Besprechung der nicht vertretenen Sokolvereine **Gzempin**, **Wielichowo**, **Lissa**, **Kröben** und **Kriewen** wurde festgestellt, daß die Tätigkeit in diesen Vereinen, teils aus Mangel an geeigneten Mitgliedern, teils aus Mangel an Vereinslokalen, teils auch unter dem Druck polizeilicher Maßnahmen eingeschlafen sei.

Szchulowski = **Storchneß** berichtete, die Vereinsversammlungen des Storchneßer Sokolvereins fänden regelmäßig statt, die Zahl der Mitglieder betrage 15, die Bibliothek sei ziemlich umfangreich, der Verein habe drei Ausflüge veranstaltet, Turnstunden würden aber nicht abgehalten, weil kein Turnwart und keine Turner vorhanden seien.

Der Gauvorsitzende verließ seiner Freude darüber Ausdruck, daß im Storchneßer Sokolverein trotz der vielen polizeilichen und gerichtlichen Strafen ein so guter Geist herrsche. Dies berechtige zu der Hoffnung, daß auch die Zukunft gut sein werde.

Es folgten die Berichte des Gauvorstandes.

Aus dem Bericht des Gauschriftführers ist zu entnehmen: Der 8. Sokolgau zähle ungefähr 380 Mitglieder. Die annähernde Mitgliederzahl der größeren Sokolvereine betrage in Schrimm 120, in Kosten 112, in Grätz 30, in Schmiegel 28, in Gostyn über 50. — In Gostyn habe im Juli eine Delegiertenversammlung stattgefunden. Redakteur Switala sei aus dem Gau ausgetreten.

Der Gau-Bericht des Gaukassierers **Gonjowski**-

Kosten ergab:

457,00 Mk. Einnahmen,

258,85 Mk. Ausgaben.

198,15 Mk. Kassenbestand.

Gauturnwart **Wolski** bezeichnete das Niveau des Turnsports im 8. Sokolgau als sehr tiefstehend. An dem Gauturntag in Gostyn hätten 38 Sokols aus den Vereinen in Gostyn, Kosten, Schrimm, Puniß und Grätz teilgenommen. Den Rekord habe der Verein in Schrimm davongetragen. An dem Gauturntag in Berlin seien die Sokolvereine Kosten, Schrimm und Gostyn vertreten gewesen.

In den Gauvorstand wurden teils neu, teils wiedergewählt:

Als erster Vorsitzender **Dr. Matuzjewski**, als 2. Vorsitzender **Soborski**, als 1. Turnwart **Wolski**, als 2. Turn-

wart **Rawrocki**, als Schriftführer **Wojciechowski**, als Kassierer **Gonjowski**.

Als Delegierte des 8. Sokolgaues für den Sokolverbandstag wurden ausersehen: Dr. Matuzjewski, Soborski, Wolski und Szczesinski.

Der Gauvorsitzende **Dr. Matuzjewski** stellte alsdann den Anwesenden die Ausschließung der Sokolvereine in Gzempin, Kröben, Kriewen und Lissa aus dem Gau anheim. — In der sich daran knüpfenden Aussprache erklärte sich die Mehrzahl der Anwesenden für die Beibehaltung dieser Vereine. Es solle noch einmal der Versuch gemacht werden, diese Vereine wieder ins Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke sollen die Nachbarvereine nach den Sätzen dieser Vereine geeignete Leute entsenden, die die Werbung von Mitgliedern, die Veranstaltung von Versammlungen mit entsprechenden Vorträgen und die Wiedereinführung der Turnstunden in die Hand nehmen würden. In diesem Sinne werde versuchsweise noch ein Jahr in den Sokolvereinen zu Gzempin, Kröben, Kriewen und Lissa gewirkt werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen trat der Gauvorsitzende Dr. Matuzjewski für die Reorganisation des technischen Ausschusses ein, der die Aufgabe habe, den Turnsport in den einzelnen Sokolvereinen wieder auf ein höheres Niveau zu bringen.

In den technischen Ausschuss wurden folgende Personen gewählt: Wolski, Rawrocki, Soborski, Stanislawski, Tomczak und Koczorowski.

Dr. Matuzjewski legte ferner das größte Gewicht darauf, den Sokolvereinen die polnischen Arbeiter zuzuführen. Der Arbeiterstand sei der gesündeste Stand, und in welcher Weise er imstande sei, die Sokolvereine zu stärken, das sehe man an dem Sokolstum in der Fremde (Westfalen, Rheinland), wo der Arbeiter in den Sokolvereinen einen erheblichen Prozentsatz ausmache. In dem 8. Sokolgau müsse die Zuziehung des polnischen Arbeiters vorläufig in den stärkeren Vereinen, wie Kosten, Schrimm, Gostyn versucht werden. In Schrimm beabsichtige er, Redner, die von Geistlichen geleiteten Arbeiterversammlungen (Gelächter unter den Anwesenden!) aufzusuchen und nach Rücksprache mit den Geistlichen unter den Arbeitern zu Gunsten des Sokolvereins zu agitieren. Wenn es ihm gelingen werde, die Arbeiter für die Sokolsache zu gewinnen, werde er, Redner, sich dies für einen Triumph anrechnen. Die unteren Volksschichten seien ihm sympathischer, als die Intelligenz. Der Arbeiter werde die Versammlungen eben so gewissenhaft besuchen, wie er in die Kirche gehe. Unter den Arbeitern herrsche noch Mangel an Patriotismus, und die Sokols wollten es sich zur Aufgabe machen, aus den Arbeitern polnische Patrioten zu machen.

Da sich Zwischenrufe vernehmen ließen, daß sich in Kosten die Geistlichkeit für die Sokolsache nicht geneigt machen lassen dürfte, erbot sich Dr. Matuzjewski, eine Vermittlung zwischen den Geistlichen und dem kostener Sokolverein anzubahnen.

Am erhielten die aus Posen erschienenen Delegierten des Sokolverbandes das Wort.

Praktischer Arzt **Dr. Zafizewski** = **Posen** sprach sein Bedauern aus, daß ein Teil der Delegierten bereits abgereist sei und aus seinen Ausführungen keinen Nutzen ziehen könne, denn das von ihm gewählte Thema sei von größter Bedeutung. Es handle sich nämlich um die Politik der Sokolvereine. Bekanntlich seien die Sokolvereine vor 2 bis 3 Jahren zu politischen Vereinen gestempelt worden. Indes seien die Sokols keine Politiker im Sinne derjenigen Faktoren, die sie zu Politikern gestempelt, den Sokolvereinen sei vielmehr das politische Kennzeichen lediglich deshalb aufgedrückt worden, weil sie echt polnische Vereine seien, welche

polnische Aufklärung verbreiteten und den polnischen Geist unter der Volksgesamtheit hegen und pflegten. Der polnische Geist sei ein völlig anderer, als der deutsche Geist. Wenn die Polen den polnischen Geist nicht wecken und erhalten würden, dann würden sie nur polnisch redende Deutsche sein. Seit einer gewissen Zeit kenne die deutsche Schule die polnische Sprache nicht mehr. Während früher auch die Schule polnische Sprachkenntnisse vermittelt habe, geschehe dies heute in äußerst geringem Maße höchstens im Religionsunterricht. Was sei denn die Schule? Welchen Zweck habe sie unter normalen Verhältnissen? Die Schule habe die Aufgabe, die den Kindern im Elternhause eingepägten Begriffe, wie z. B. den Begriff von der Liebe zu den Eltern, von der Achtung vor älteren Personen, von der Anhänglichkeit an Stadt und Land, weiter zu entwickeln, fortzubilden. Im polnischen Elternhause werde den Kindern von einem Kosciuszko, der zuerst für die polnische Freiheit gekämpft und gesagt habe, daß Polen nicht zugrunde gehen werde, von anderen polnischen Helden und von den polnischen Königen erzählt. In der Schule dagegen würden den Kindern andere Ideale, wie Bismarck und Friedrich der Große vor Augen gehalten, deren Taten die Polen anwiderten, weil die preussische Kultur nicht für die Polen sei, weil sie die Polen vernichte. Wenn dem Kinde in der Schule befohlen werde, den Katechismus deutsch zu lernen, der Vater aber polnisch zu lernen gebiete, so werde der Vater als Fälscher (?) hingestellt. In der Schule werde also das polnische Kind moralisch depraviert. Die Polen wüßten, was sie von den Großen Wilhelm und Friedrich, von dem großen Bismarck zu halten hätten, dessen Spuren sie hierzulande auf Schritt und Tritt sähen. Kurz die Schule gebe nicht das, was zur Erziehung guter und edler Menschen notwendig sei. — Den Polen fehle es ferner auch im gesellschaftlichen Leben an polnischem Geist. Wenn ein Pole aus dem Königreich Polen nach hier komme, so frage er erstaunt, wie man denn hier polnisch spreche, wie man sich hier unterhalte. Das sei gar keine polnische Sprache, keine polnische Unterhaltung. **Wenn das zukünftige Polen** so aussehen sollte, wie man es heute in Berlin sehe — obgleich die Bestrebungen der Berliner Polen höchst anerkennenswert seien —, dann wolle er, Redner, ein solches Polen gar nicht haben. Wenn man den Polen Fehler vorwerfe, so tröste man sich damit, daß jedes Volk Fehler habe, die Polen hätten aber auch Tugenden, die sie von den Preußen nicht bekommen könnten.

Darum müßten die Polen ihren Kindern stets edlere Vorbilder vorhalten, als Männer, wie Bismarck und Friedrich seien. — Auch früher habe die von der preussischen Schule gelehrt polnische Sprache nicht den Wert gehabt, den eine polnische Schule vermittelt hätte. Wenn man z. B. in der preussischen Sprache die Sage von dem „Mäuseturm in Kruschwitz“ vortragen habe, so habe dies immer nur die Bedeutung einer gewöhnlichen Legende gehabt. Für den Polen aber eröffne sich in dieser Sage eine ganz neue, die polnische Welt, die Entstehung und Entwicklung der ganzen polnischen Geschichte. So hat auch das polnische Wort „Bog“ eine ganz andere Bedeutung, wie das deutsche Wort „Gott“, wie überhaupt jedes Wort der polnischen Sprache einen anderen Sinn habe, als das gleiche deutsche Wort. — Aus dem Gesagten erhelle, daß die Polen der Aufklärung bedürften, nicht um der materiellen Vorteile willen, sondern um überhaupt Polen zu bleiben. Diese polnische Aufklärung zu verbreiten, sei Hauptaufgabe der Sokolvereine. Praktisch durchführen lasse sich dieses zunächst durch die Vereinsbibliotheken. Infolgedessen müsse vor allem darauf geachtet werden, daß in den Sokolvereinen an die Spitze der Bibliothek

eine Person gestellt werde, die den Bildungsgrad der dem Verein angehörigen Mitglieder richtig zu beurteilen wisse und danach den Büchervorrat in der Bibliothek anschaffe und einrichte. Ein weiteres Mittel zur Verbreitung der polnischen Aufklärung sei die Einführung von Schreib- und Lesekursen in den Sokolvereinen. Der Sokolverband habe eine kleine Unterrichtsbibliothek zusammengestellt, die sich aus Lehrbüchern für den Schreib- und Leseunterricht, für den Geschichts-, Literaturunterricht usw. zusammensetze. Redner hatte eine solche Bibliothek mitgebracht und den anwesenden Delegierten zur Ansicht vorgelegt.

Den Ausführungen des Redners wurde lebhafter Beifall gezollt.

Kaufmann **Rzepecki-Posen** beleuchtete die Ausführungen des Vorredners vom rechtlichen Standpunkt. Er wies darauf hin, daß allen Erwachsenen, die die Schule bereits verlassen hätten, Privatunterricht erteilt werden dürfe. Deshalb könnten dies auch die Sokolvereine für ihre Mitglieder tun. Es empfehle sich, den Unterricht in Privatwohnungen abzuhalten. Wenn die Polizei dem Unterricht bewohnen wolle, so dürfe man ihr den Zutritt nicht verwehren. Die öftere Überwachung eines solchen Unterrichts werde der Polizei von selbst überdrüssig werden. Bei der Erteilung dieses Unterrichts sei darauf zu achten, daß keine öffentlichen Angelegenheiten zur Behandlung gelangen, damit die Polizei nicht in die Lage versetzt werde, aus solchen Unterrichtskursen besondere Vereine zu konstruieren; bloße Unterrichtskurse brauchten bei der Polizei nicht angemeldet zu werden. — Auch die Bildung von Schülerriegen in Sokolvereinen sei erlaubt, nur sei zu beachten, daß die Mitglieder der Schülerriegen keinen Vorstand wählen, keine Satzungen aufstellen und keine Beiträge zahlen dürfen. — Desgleichen dürften den Sokolvereinen auch Frauenabteilungen angeschlossen werden, welche die gleichen Vorschriften zu beachten hätten, wie die Schülerriegen. Dagegen könnten selbständige Fraueturnvereine einen Vorstand und Satzungen haben, sowie Beiträge erheben. — Redner besprach schließlich noch kurz die Vergrößerung des Verbandsorgans „Sokol“ und das obligatorische Abonnement dieses Blattes für jedes Sokolmitglied.

Verbandsturnwart **Gladysz** verbreitete sich über die technische Seite des Turnsports, erteilte den anwesenden Turnwarten Fingerzeige und empfahl die Pflege der Turnspiele im Freien. Seine Ausführungen enthielten nichts Wichtiges.

Rzepecki-Posen dankte dem Gauvorsitzenden für die umsichtige Leitung und eifrige Tätigkeit im 8. Gau und sprach die Hoffnung aus, daß sich der Gau unter der bewährten Führung weiter so entwickeln werde.

Dr. **Matujewski** erwiderte, er selbst, wie jeder der Anwesenden schulde den Anregungen der Posener Delegierten großen Dank. Gehobenen Geistes und gestärkten Mutes würden sie mit frischen Kräften an die Arbeit gehen. In diesem Sinne schließe er die Versammlung mit dem Sokolgruß „Czolem“ (Gut Heil).

Schluß der Versammlung um 10 Uhr abends.
M a l u c h e, Agl. Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 279 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. Dezember 1907:

Betrifft die Wahlen im Wahlkreise Krotoschin—Koschmin.

Heute nachmittag ist in der Sitzung des Provinzialwahlkomitees und zweier Kreisdelegierten die Kandidatur Dr. Edward v. Trzcinski-Gocanowko aufgestellt worden.

Aus Nr. 279 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. Dezember 1907:

Aufruf.

Angesichts der uns drohenden Gefahr, angesichts des Attentats auf unseren geliebten Boden sehen wir polnischen Frauen keine andere Verteidigung als das Gebet mit dem Glauben und mit dem Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes.

Es hat sich daher ein Kreis polnischer Frauen angestammelt, und wir haben beschlossen, 1. ein neuntägiges Gebet zum allerjüngsten Herzen Jesu (sowohl jede bei sich) abzuhalten mit dem Beschluß öffentlicher Dankagung für die erfüllte Bitte im Apostelium des Gebets, 2. Für einen von Bekannten gesammelten Beitrag in jedem Zirkel eine hl. Messe zum allerjüngsten Herzen Jesu zu bestellen und um Gnade und um Lenkung der unglückseligen Sache zum Wohle unserer Religion und unserer Volksgemeinschaft. Jede von uns sollte bestrebt sein, wenn möglich persönlich in dieser hl. Kollektivmesse anwesend zu sein, 3. Diesen Gedanken in einem möglichst breiten Kreise von Bekannten zu verbreiten.

Die Zeit drängt, der Moment der Beschließung des vorgeschlagenen Gesebes nähert sich rasch. Gott ist das Gebet stets angenehm. Wenden wir uns an ihn mit Vertrauen, möglichst zahlreich versammelt ohne einen Moment des Zweifels, daß er, indem er uns mittelst Proben härtet, die ganze Sache zum Ruhme der Gerechtigkeit und zur Verdammnis der Ungerechtigkeit lenken werde.

Wir bitten herzlich um gütigen Beistand und um weitere Verbreitung und Ausführung des gesagten Gedankens, der im Herzen jeder heiß fühlenden Polin Widerhall finden wird.

Ein Kreis polnischer Frauen.

Aus Nr. 278 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 4. Dezember 1907:

In einer wichtigen Sache

schreibt man uns aus der Stadt:

Während sich in Berlin das Los unserer Existenz entscheidet, ob wir unseres natürlichen Erbes beraubt und wie Asche in alle vier Winde zerstreut werden sollen, damit keine Spur von uns übrig bleibe, zu derselben Zeit wird sich morgen am Mittwoch in Posen die Sache entscheiden, ob die Stadt mit ihren Fonds zur Ausbreitung des Protestantismus in unserem Großherzogtum beitragen wird. Es kommt nämlich zur Beratung der Antrag, den Diaconissinnen 100 000 Mark zur Erbauung einer neuen Krankenanstalt auf dem vor zwei Jahren von ihnen in Besitz erworbenen Grundstück zu gewähren, und außerdem ist geplant, daß die 150 000 Mark, welche die Diaconissinnen sich verpflichtet haben, der Stadt bei Beginn des neuen Baues für die Einführung von Wasser, Gas und Elektrizität sowie für die Anlegung und Pflasterung der Straßen zu zahlen, mit der Zeit amortisiert oder dem Diaconissinnen geschenkt werden sollen.

Es ist noch nicht dagewesen, daß eine Stadt, die zur Hälfte von Katholiken und zur anderen Hälfte von Protestanten und Juden bewohnt wird und die sich in traurigen finanziellen Verhältnissen befindet, sich den Luxus gestattete, irgend einer Privatanstalt eine Viertelmillion Mark deshalb zu schenken, weil sie protestantisch ist, ihre Tätigkeit über die ganze Provinz ausbreitet, an der Lutheranisierung und Verdeutschung der Bevölkerung arbeitet und von der Regierung sowie von der ganzen evangelischen Synode reichlich dotiert wird. Einer solchen Anstalt soll die Stadt eine Viertelmillion

schenken, während sie selbst 34 Millionen Mark Schulden hat.

Die allzukurze Zeit gestattet es heute nicht, die Motive näher zu prüfen, die der Magistrat angibt, und dieselben zu erörtern. Ich fordere die Stadtverordneten, sowohl die Polen, als auch die ehrlichen Deutschen auf, unter Berücksichtigung der trüben finanziellen Lage der Stadt und der kolossalen Verpflichtungen, denen die Stadt heute mit Mühe gerecht werden kann, morgen, am Mittwoch, gegen diesen Antrag zu stimmen. Sollte aber der obige Antrag mit Hilfe der jüdischen Stimmen zur Annahme gelangen, so wären sie verantwortlich für die Folgen, die daraus für Polen sich ergeben werden.

Ein Wachsjamer.

Aus Nr. 274 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 29. November 1907:

Der 29. November.

Unsere unglücklichen Verbannten haben gesagt, an Sibiriens eisigem Himmel gibt es einen Stern von merkwürdiger Schönheit. Wenn die Dämmerung hereinbrach, wendeten sich ihm die Augen aller Verbannten zu, — ihm erzählten sie ihre Schmerzen, ihre Leidensklagen, ihr Hoffen und Sehnen, — und sie verständigten sich miteinander.

Für uns, die in der Knechtschaft Geborenen, in den Windeln in Ketten Geschlagenen, sind solche Sterne — unsere großen nationalen Jahrestage, und unter ihnen funkelt mit besonderer Helle und mit Glanz die denkwürdige Novembernacht, in welcher die Polen auf der Spitze der Bajonette die Ehre Polens ins Belvedere getragen haben, jene Novembernacht, welche ein breites Feld zur Verbrüderung in den Reihen der kämpfenden Jugend von ganz Polen geschaffen hat, jener Jugend, die hervorgegangen war aus Edelhöfen, städtischen Werkstätten und Bauernhütten.

Sie — diese Nacht — ist uns besonders teuer, denn die von Belvedere, die diesen Augenblick so erhaben durchlebt haben, wie ihre Väter einst ihr ganzes Leben, sie haben uns die ewig denkwürdige Lehre hinterlassen, daß wenn über unseren Häupter die Standarten flattern des sich wieder gebährenden Vaterlandes, es gilt, die Gedanken auf einen Punkt hinzulenken und in einen Punkt die Geister; denn sie haben uns ein ewiges Beispiel gegeben, daß jedes Wort, jeder Glauben erst dann zu einer wahren Macht sich auswächst, wenn die Brust und der Kopf, aus denen sie hervorgingen, fähig sind, sie in die Tat umzusetzen, sie mit der Tat zu bekräftigen und das Leben hinzugeben für seine Überzeugungen.

Die Nacht des 29. November, ist das Testament von Helden, geschrieben mit ihrem Herzblut, mit dem Opferblut für das Vaterland; das ist ein Wegweiser für unsere Ziele und Bestrebungen inmitten unserer wandelbaren, unglücklichen Geschichte nach der Teilung, die ein Spiel in den Händen derjenigen, die unabhängig von uns sie zu schaffen sich bestreben, unsere Geschichte schreibend mit unserem Schmerz, unserem Leiden, unserer — Geduld.

Die Nacht des 29. November ist schließlich der sichtbare Ausdruck unserer sich nicht verwirklichenden Träume, über denen die Standarten rauschen „Für unsre und eure Freiheit!“

Unsere Verbannten sagten, am eisigen Himmel Sibiriens funkelt ein Stern von überaus wunderbarer Schönheit. — — —

Für uns, die polnische Nation, das Lazarusvolk, ist jener Stern — die denkwürdige Novembernacht, denn aus ihr wurde jene große nationale Idee geboren, die uns die Kräfte zum Kampfe und den Glauben

an die Zukunft einflößt, die unter uns lebt und leben wird; denn auf ihrer Hut stehen die Schemen der für sie gefallenen Opfer, denn sie ist geheiligt mit dem Märtyrerblut von Helden. Können wir mithin die Bestrebungen der Helden der Novembernacht zwecklos nennen, können wir ihre edlen Triebe, ihre hingebungs- und leidensvollen Opfer verurteilen? Bringen sie doch heut noch Frucht, heut nach 77 Jahren!

Wenn wir über jene Novemberepopöe nachdenken, die in der Nacht des 29. begann, wenn die Phantastie uns die teuren Gestalten malt, welche Warschaws Straßen durchzogen, und die Nation zum Leben weckten, wenn wir uns den Donner der Kanonen, das Knattern der Handfeuerwaffen, das Klirren des polnischen Schwertes vergegenwärtigen, wenn wir uns die Opferwilligkeit und alle Hingebung unserer Väter ins Gedächtnis rufen, dann fühlen wir, daß sie nicht vergebens gewesen sind, dann fühlen wir Mut und Glauben an den Sieg der nationalen Idee.

Und es machen uns dann nicht die über uns tobenden Stürme besorgt; nicht erschrecken uns die Tollheit des tobenden Haktismus, nicht jagt uns Furcht ein das Geschrei, welches unsere Vernichtung fordert. Wir fürchten uns vor keinen für uns sich vorbereitenden Martern; denn diese nationale Idee, diese Hinterlassenschaft der Novembernacht lehrt uns nicht vertrauen, sondern glauben, daß auch das Opfer unserer Jugend eine Sprosse mehr für eine bessere Zukunft ist.

Indem wir über jene Novembernacht nachdenken, fühlen wir auch nicht so stark die Ausschreitungen des zügellosen russischen Beamtentums, das in der Agonie des Todes noch an unseren Brüdern ihr Mütchen küßt; wir fürchten uns auch nicht vor den kosmopolitischen Losungen, die von den Feinden der nationalen Idee ausgegeben werden, welche das Pflaster von Lodz und Warschau mit dem nichtswürdigen Rufe „Fort mit Polen!“ besahten und besahten.

Allzuviel Blut hat Polen aus seinen unzähligen Wunden in Verteidigung seiner nationalen Ideale vergossen; allzufrisch ist dies Blut der Helden kürzlicher Kämpfe um die Unabhängigkeit; allzufrisch ihr Andenken, daß die Ideale, für welche unsere Väter in Sibiriens Hölle gingen, fallen könnten unter der Wucht der gepanzerten Faust oder untergehen in dem Chaos internationaler Losungen.

Ehre den Helden in der Nacht des 29. November.
Stephan Hoffman.

Aus Nr. 279 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 5. Dezember 1907:

Zu der von dem Abgeordneten Dr. von Dziembowski in der Kommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärung, es werde die Gründung einer polnischen konservativen Partei beabsichtigt, um zwischen den Deutschen und Polen den Frieden wieder herzustellen, bemerkt der Dziennik Kujawski folgendes: ||

Wenn das wahr sein sollte, was der Kurjer Poznanski mitteilt, dann möchten wir dem Herrn Dr. von Dziembowski nicht raten, sich in der Wählerversammlung in Hohenjalza zu zeigen. Wir wissen vor der Hand nicht, ob Herr Dr. von Dziembowski im Namen der polnischen Fraktion oder in seinem eigenen Namen gesprochen hat, in keinem Falle aber hat er im Sinne seiner Wähler des Wahlkreises Hohenjalza-Strelno-Mogilno gehandelt.

Wie man uns allseitig telephonierte, ist die Enttäuschung über Herrn von Dziembowski deshalb, weil er das Vertrauen der Wähler gemißbraucht und die Ehre des Volkes öffentlich besaht hat, sehr groß. Wir

fordern daher die Kreiswahlkomitees in Strelno und Mogilno auf, nach unverzüglicher Feststellung obiger Deklaration des Herrn Dr. von Dziembowski öffentliche Versammlungen einzuberufen, in denen dem Herrn Abgeordneten ein Mißtrauensvotum gegeben und das Reichstags-Mandat für unseren Kreis abgenommen wird. Wir geben unserer Stadt und unserem Kreise die Versicherung, daß sich das hiesige Kreiswahlkomitee sofort mit dieser Angelegenheit befaßt hat, und wenn das, was der „Kurjer“ schreibt, wahr ist, dann wird sofort eine Kreiswähler-Versammlung einberufen werden. So viel für heute.

Verlieren wir die Geduld nicht, denn sowohl unsere Stadt wie auch der Kreis Hohenjalza können zu dem hiesigen Kreiswahlkomitee, das stets um unsere Wohl und um unsere nationale Würde bedacht ist, völliges Vertrauen haben.

Unser Volk ist noch nicht so schwach und verarmt, daß es wie ein Bettler die preußische Gnade der Berliner Minister ansehn sollte. Wir verlangen Gerechtigkeit und nicht preußische Gnade.

Aus Nr. 279 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 5. Dezember 1907:

Zu der von dem Abgeordneten von Dziembowski in der Kommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärung, betreffend Gründung einer polnischen konservativen Partei meint das Blatt:

„Indem der Minister diesen Zweifel (bezüglich des Zustandekommens der Partei) ausdrückte, irte er sich nicht, denn die Mehrheit unserer Volksgesamtheit teilt solche Bestrebungen des Sichduckens zahlreicher Einzelner nicht und wird bestimmt gegen sie protestieren. Die Mehrheit der Volksgesamtheit wird sich auch ungeachtet dessen von jener „roten Gefahr“ fernzuhalten wissen, von welcher der Abgeordnete Dziembowski gesprochen haben soll; denn sie liebt ihre nationalen Ideale allzu sehr, sie ist zu sehr das, was sie ist, als daß sie den „roten“ Einflüsterungen unterliegen sollte, sie glaubt unverbrüchlich an die moralische Kraft der nationalen Idee, und diesen Glauben werden keine drakonischen preußischen Gesetze untergraben.“

Indem wir den deutschen Referaten nicht völlig Glauben schenken, fragen wir die polnische Landtagsfraktion, ob sie eventuell dem Herrn Dr. von Dziembowski aufgetragen hat, eine solche Erklärung abzugeben. Wenn nicht, so fragen wir weiter, in wessen Namen Herr Dr. von Dziembowski diese Erklärung abgegeben hat, welche in unserer Volksgesamtheit eine schreckliche Spaltung hervorrufen und das gegenseitige Vertrauen untergraben könnte. Etwa im Namen gewisser nichtzahlreicher Kreise oder Wähler?

Die polnischen Fraktionen in Berlin haben für ein Informationsbureau gesorgt, um mit der Presse und den Wählern Fühlung zu unterhalten. Um so mehr müssen wir uns wundern, daß dasselbe den Inhalt verschiedener Projekte und Motive angegeben hat, es aber gestattet, daß man sich über so wichtige Vorgänge, wie den obigen, aus zweifelhaften deutschen Quellen informieren muß.

Der Kurjer Poznanski (Nr. 279 vom 5. Dezember 1907) richtet gleichfalls an den Abgeordneten von Dziembowski die Frage:

„In wessen Namen hat der Abgeordnete von Dziembowski gesprochen? In seinem eigenen? Im Namen der polnischen Fraktion? Oder im Namen jener zu gründenden konservativen Partei, die etwa den Standpunkt der Broschüre des Herrn v. Turno einnehmen und an dem näheren und festeren Anschluß der polni-

ischen Gesamtheit an den preussischen Staat arbeiten soll, im Namen einer Partei, die der Abgeordnete von Dziembowski den „verständigen“ Teil der Volksgesamtheit zu nennen für angebracht gehalten hat?

Diese Aufklärung zu fordern hat die Volksgesamtheit nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht. Handelt es sich hier doch um das Wesen unserer nationalen Politik.

Wir wissen, daß die Aufgabe eines Parlamentariers, der in einer solchen Kommission sitzt, nicht leicht ist. Wir geben zu, daß es galt und gilt, alle verständigen und geziemenden Mittel anzuwenden, um zwischen die in diesem Falle entscheidenden Konservativen, und die Regierung sowie das Regierungsprojekt einen Keil zu treiben. Aber was ist von dem Mittel zu urteilen, welches der Abgeordnete von Dziembowski gewählt hat?

Seine Erklärung hat die Wirkung ausgeübt, und mußte die Wirkung ausüben, daß unsere Feinde sich sagten: „Wir sind augenscheinlich auf gutem Wege, augenscheinlich treffen wir direkt ins Herz der polnischen Frage, da die polnische Gesamtheit oder wenigstens ein ansehnlicher Teil derselben im voraus schon politisch kapituliert und einen Parlamentarier entsendet, der die „unverständigen“ bezw. „minder verständigen“ Elemente — d. h. die ganze heutige auf breiten Volksgesamtheiten ruhende nationale Bewegung verleugnet.“

Das bedeutet, daß die Erklärung des Abgeordneten von Dziembowski mit Bezug auf die Regierung und die deutschen Parteien eine gegenteilige Wirkung ausgeübt hat als wie sie beabsichtigt war.

Soviel bezüglich der Nationalität zur Erklärung.

Aber diese Sache hat eine andere Seite, die unmittelbar die polnische Gesamtheit, deren nationale Würde und Nationalbewußtsein trifft.

Dieser Würde und diesem Nationalbewußtsein hat der Prälat von Jazdzewski Ausdruck verliehen, indem er feierlich erklärte, „wir würden uns bis zum letzten Atemzuge wehren.“ Die Worte des Prälaten v. J. haben in der Volksgesamtheit ein um so lauterer und herzlicheres Echo gefunden, als sie die Antwort waren auf die hochmütige Herausforderung durch den Fürsten Bülow: „Wenn die deutsche Gewalt und die deutsche Herrschaft gesichert sein werden, dann wird die Regierung ihr System ändern!“

Der Abgeordnete von Dziembowski hat offenbar diese Worte nicht als Hohn auf die Schneide gefühlt, die sich gegen diejenigen wendet, welche die Standarte der nationalen Würde und des Nationalbewußtseins nicht hochzuhalten wissen. Der Abgeordnete von Dziembowski hat sich offenbar taub gezeigt gegenüber dem Beschimpfen der polnischen patriotischen Empfindungen durch den Konservativen v. Oldenburg. Der Abgeordnete von Dziembowski hat ungeachtet alles dessen sich gedemütigt und versöhnliche Versprechungen gemacht um den Preis der Zurückziehung des Projekts. Und er hat von einem der Minister eine Antwort erhalten ganz in dem delikaten Stile des Fürsten Bülow: „Wenn Ausöhnung erfolgen soll, dann nur so, daß wir euch die Bedingungen diktieren.“

Als der Abgeordnete von Dziembowski seine Erklärung abgab, da hat er sich auf die zu gründende Partei berufen, in jedem Falle aber hat er formell ganz im Charakter eines Delegierten der polnischen Fraktion gehandelt. Die Volksgesamtheit muß Aufklärung fordern darüber, wer den Abgeordneten von Dziembowski zu einem solchen Auftreten ermächtigt hat.

Der Augenblick ist heiß und überaus wichtig, wir warnen daher alle, sowohl diese als jene Seite — vor Gereiztheit. Aber gerade deshalb, weil der Moment so heiß und so wichtig ist, hat die Volksgesamtheit das Recht, von ihrem Repräsentanten das Bewußtsein des

Gefühls für die schwere Verantwortlichkeit für das zu fordern, was er vor dem Forum unserer verbissenen Feinde spricht und tut.

Aus den telegraphischen Mitteilungen des Blattes:

Aus Berlin teilt uns der Abgeordnete von Dziembowski telegraphisch mit, daß er die Erklärung nicht im Namen der Fraktion abgegeben habe und daß seine Rede nach Form und Inhalt ungenau wiedergegeben worden sei.

Der erste Teil des Telegramms bestätigt die Tatsache, daß eine Reihe von Landtagsabgeordneten, die zum Sonntag in die Heimat gekommen waren, absolut nichts davon wußte, daß der Abgeordnete von Dziembowski eine solche oder eine ähnliche Erklärung abgeben werde. Was die Behauptung betrifft, die Worte des Abgeordneten von Dziembowski seien in unserem Blatte ungenau hinsichtlich Inhalt und Form wiedergegeben, so werden wir uns naturgemäß unserer Bemerkungen enthalten, bis wir eine genaue Berichtigung seitens des Abgeordneten von Dziembowski erhalten haben werden. Fürs erste stellen wir nur fest, daß unser Bericht mit dem der deutschen Blätter übereinstimmt.

Aus Nr. 279 des Postep (Posen)

vom 5. Dezember 1907:

Zu der Dziembowski'schen Erklärung

meint der Postep:

„... Wenn die polnische Fraktion die Erlaubnis zu der Erklärung gegeben hat, so ist das eine überaus betrübende Erscheinung. Nach dieser Erklärung beabsichtigen die Polen also eine konservative Partei zu gründen, die eine größere und stärkere Annäherung an den preussischen Staat anstreben soll, um zwischen Polen und Deutschen Frieden zu schaffen. Was soll darunter zu verstehen sein? Rufen denn die Polen den Kampf mit den Deutschen hervor? Attackieren sie die Deutschen? Sihen die Polen nicht ruhig und arbeiten sie nicht ruhig an ihrer Existenz, einzig um die Erhaltung ihrer Nationalität, ihrer Sprache und ihrer Eigentümlichkeiten besorgt? Was für eine größere Annäherung an den preussischen Staat soll das sein? Wir haben uns der preussischen Monarchie so genähert, daß wir eine größere Annäherung nicht begreifen, es sei denn auf Kosten unserer Nationalität, unserer Entnationalisierung. Wie hat man in der Erklärung des polnischen Bonfotts erwähnen können, und noch dazu an erster Stelle? Die Polen sind doch durch ihre ganze traurige wirtschaftliche Lage alltäglich zur Selbstverteidigung gedrängt, sonst würden sie untergehen wie Regenwürmer, da sie nicht allein des kleinsten materiellen Beistands seitens der Regierung entbehren, sondern auch noch von allem, was staatlich und deutsch ist, ferngehalten werden. Übrigens ist dieser Bonfott keineswegs allgemein. Herr von Dziembowski redet von irgendwelchen verständigeren Elementen; wenn sie den Einfluß verlieren, so werde die Erbitterung die polnische Bevölkerung nach links drängen und es werde eine „rote Gefahr“ entstehen. Was das heißen soll, verstehen wir nicht recht. Soll das heißen, daß wir zu den Sozialisten übergehen werden? Die katolischen Zeitungen haben recht, wenn sie rufen, der Polen habe sich Bestürzung angesichts des Enteignungsprojekts bemächtigt. Eine solche Erscheinung von Bestürzung ist eben die Dziembowski'sche Erklärung. Die redliche deutsche öffentliche Meinung steht hinter uns, und sie ruft laut, daß uns das größte Unrecht geschehe, daß dieses Unrecht himmelschreiend

sei; Herr von Dziembowski hingegen vergißt den Nationalstolz, von dem noch sein Kollege Pfarrer v. Jazdzewski am vorigen Freitag in der Plenarsitzung des Landtages gesprochen hat: „Wenn wir untergehen sollen, so wollen wir in Ehren, mit Stolz untergehen, das Enteignungsprojekt aber wird uns doch noch nicht ausrotten.“ Der eine Abgeordnete redet hübsch vom Nationalstolz, der zweite aber kriecht, er bettelt um das Erbarmen eines preußischen Ministers und verleugnet gewissermaßen diesen Stolz.

Und der preußische Minister sagt, diese Worte seien ihm angenehm; denn auch die Regierung wolle den Frieden, aber bestimmt von der Art, daß wir unseren nationalen Idealen entsagen, unsere Sprache und unsere Eigentümlichkeiten vergessen sollen. Er glaubt sogar Herrn von Dziembowski nicht, stößt dessen Erklärung zurück und sagt stolz, die Regierung sei mit dem Frieden einverstanden, aber sie werde die Bedingungen diktieren.

Welche Demütigung hat Herrn von Dziembowski und seine Anhänger für diese Überraschung getroffen, die er der Regierung und der polnischen Gesamtheit hat bereiten wollen! Haben Herr von Dziembowski und seine Anhänger nicht die Absichten der Regierung erkannt, daß diese das polnische Übergewicht brechen will, wie die Sakatisten schreien, daß sie das polnische Element ausrotten will ungeachtet aller Beschwörungen und Eide, die von verständigen Elementen (!?) abgelegt worden sind. Das kann unsere Situation nur verschlimmern. Traurig, ach traurig ist einem nach dem Vorgegangenen zu Mute! Die verständigen oder weisen Herren haben den polnischen Namen blamiert. Sie haben sogar die breitere Allgemeinheit nicht befragt, sondern auf eigene Faust die Erklärung geschmiedet. Die polnische Gesamtheit wird dazu nicht still sein.

Aus Nr. 280 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 6. Dezember 1907:

**Von dem Abgeordneten Herrn
Dr. v. Dziembowski**

erhalten wir was folgt:

In der Landtagskommission für das Enteignungsprojekt habe ich keine Erklärung abgegeben. Die aus deutschen Blättern geschöpften Informationen bezüglich der Form und des Inhalts meiner Reden sind unwahr oder zum mindesten ungenau. Ich habe zehn und einige Male gesprochen, und da dies, wie stets, ohne Manuskript geschah, so kann ich heute meine Worte genau nicht angeben. Ich habe sogar keine Zeit dazu, da ich allzusehr mit der Verteidigung unserer Angelegenheiten in Berlin beschäftigt bin, als daß ich mich mit einer unnützen Polemik pro foro interno befassen könnte.

Posen, den 4. Dezember 1907.

Dr. Siegmund v. Dziembowski.

Aus Nr. 280 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 6. Dezember 1907:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Die Offerte, welche der Abg. v. Dziembowski in der Landtagskommission gemacht hat, fordert die ganze polnische Gesellschaft auf, angesichts der beiden bekannten Regierungsprojekte sich Rechenschaft darüber abzulegen, ob ihr Verhalten ein gleichmäßiges ist, um ihre Position nicht zu schwächen, und ob dies Verhalten politisch hinlänglich erwogen ist, um sich durch den Mangel an Überlegung nicht zu schaden. Bisher sehe ich weder die erforderliche Gleichmäßigkeit, noch die nötige Überlegung, und darin bestärkt mich die Erklärung des Abg. Dr. von

Dziembowski. Ich bin kein Pessimist, was jedoch bisher geschieht, das macht den Eindruck, als wenn im jetzigen Moment, wo uns die größte Geschlossenheit nötig ist, der eine hierin, der andere dahin geht.

So kann es nicht sein, und es gilt in breiten, ersten Kreisen der Gesellschaft das Bewußtsein zu wecken, daß gleichmäßige Stellungnahme und gleichmäßiges Verhalten erforderlich sind.

Meines Erachtens hat einen korrekten Standpunkt gegenüber beiden Projekten, namentlich gegenüber dem Enteignungsprojekt in der Presse der Kurjer Poznański von Anfang an bis zu diesem Moment eingenommen. Ich schreibe dies nicht aus Nebenabsichten und engherzigen Beweggründen, um das Blatt auf Kosten unserer politischen Fehler hervorzuheben, sondern im tiefen Pflichtgefühl, um die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf den Standpunkt zu richten, der uns vor dem Begehen unnötiger und in jeder Hinsicht unstatthafter Fehler beschützen kann.

Der Kurjer Poznański hat schon vor 3 Monaten, als vom Enteignungsprojekt nur allgemeine Mitteilungen kursierten, in rechter Würdigung der Tragweite des Projekts den Grundsatz aufgestellt: „Est tempus tacendi“, er hat geraten, Ruhe und Gleichmut zu bewahren, sowie abzuwarten, was geschehen werde. Er ist entschieden gegen Protestversammlungen aufgetreten; er hat denen, die solche forderten, in Erinnerung gebracht, daß man ohne die Beteiligung der interessierten Grundbesitzer zu einer solchen Aktion nicht schreiten könne.

Was haben damals die interessierten Kreise getan? Sie haben ihr Organ im Dziennik Poznański und schwiegen. Ob das aus Ratlosigkeit oder aus Geringschätzung der Stimmen der Volkspresse geschah, das lasse ich dahingestellt.

Später hat der Kurjer Poznański ständig auf die Streitigkeiten hingewiesen, welche zwischen der Regierung und den Parteien in der Enteignungsfrage entstehen würden; er riet, sich von diesen Streitigkeiten fernzuhalten und die Auseinandersetzung hierüber der Regierung und den deutschen Parteien zu überlassen, um nicht Öl in ein Feuer zu gießen, von dem wir wissen, daß wir zum Löschen desselben absolut nichts beitragen können.

Was tun die interessierten Kreise? Sie eilen mit Ölkerzen herbei. Es erschienen die Broschüre des Herrn S. v. Turno, die Artikel des Herrn Dr. v. Jackowski und hinter ihnen her ein ganzer Kometschweif irgendwelcher phantastischer rätselhafter Einfälle mit dem Anspruch auf eine Reform der Grundlagen unserer nationalen Politik. Daß jeden, besonders jeden Grundbesitzer Furcht und Beben überschleicht bei dem Gedanken an Enteignung, das ist verständlich. Es gilt mithin, die Gedanken zusammenzunehmen, einen anderen Rat gibt es hierfür nicht. Bei uns haben sich jedoch Leute gefunden, die in der Zerstretheit dem Projekt entgegengehen und mit Bücklingen die Versicherung abgeben, es könnte ruhig aus dem Wege gehen. Unberufene, Ungebetene, Leute ohne hinlängliche Überzeugung wollen auch das Wort nehmen da, wo einzig die Regierungsfaktoren und die deutschen Parteien entscheiden, wo man jene Leute nicht kennen will, wo man sie geringschätzt und nur duldet.

Was geschieht weiter? Die Maschine des Landtags und des Reichstags arbeitet wie üblich, sie sät verschiedene Projekte aus, darunter auch polnische. Etwas beginnt bei den Maschinen zu zerbrechen, zu quietschen, nicht wegen der antipolnischen Projekte, sondern wegen innerer preußischer und deutscher Interessen. Die Spannung wächst; am Mittwoch wurde die Sitzung des Reichstags vertagt, an demselben Tage in der Landtagskommission das Enteignungsprojekt abgelehnt, wiederum nicht aus Rücksicht auf uns Polen, sondern um

eine günstigere Position in den rein preußischen, deutschen Interessen einzunehmen. Den Deutschen langt es zu solchen Exkursionen hin, — sie können die Akten des Enteignungsprojekts fortlegen und sich ihnen wieder zuwenden, wenn es ihnen paßt. Erst setzen sie sich auseinander, und dann — werden sie gerufen, sich mit uns zu befassen.

Und was geschieht? 24 Stunden vor einer solchen Situation tritt in der Landtagskommission der Abg. Dr. v. Dziembowski mit der bekannten artigen Offerte auf, ob die Regierung nicht darauf reflektieren möchte, — und er erhält den Bescheid, die Regierung brauche solche Ware nicht, sie werde sich ohne sie begeben.

Ich sehe in diesem Momente von der polnischen Fraktion ab, denn ich nehme nicht an, daß sie sich der Verantwortung nicht bewußt wäre, die der Abg. Dr. von Dziembowski ihr auferlegt hat. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die sich in politischen Angelegenheiten ereifern, gleichgültig, ob Grund dazu gegeben ist oder nicht.

Der Abg. Dr. v. D., der zwei Abgeordnetenmandate bekleidet, hat in seiner Erklärung gesagt, das polnische Volk werde zu den Sozialisten übergehen, wenn die Enteignung komme. Fast 20 Jahre hindurch arbeiteten wir daran, das Rationalbewußtsein im Volke zu stärken, das Polentum des Volkes auf den harten Felsen der Herzen und der Köpfe aufzubauen, damit dieses Polentum in dem beständigen Regen des preußischen Systems nicht auswittere. Der Abgeordnete Dr. v. Dziembowski aber überträgt in der Landtagskommission unseren ganzen geistigen Erwerb auf die Hypothek der roten Standarte. Er enteignet uns des polnischen Geistes in der Hoffnung, vielleicht die Bodenenteignung aufhalten zu können.

Ich will nicht falsch verstanden werden und lege Verwahrung dagegen ein, daß ich dem Abg. Dr. v. Dziembowski das Polentum abspreche, so wie er bezüglich desselben am polnischen Volke zweifelt für den Fall, daß die Enteignung durchgeht. Ich halte ihn sogar für einen aufrichtigen Polen, aber für einen Mann, dem man so ernste Sachen nicht anvertrauen sollte. Ich habe von ihm die Vorstellung, daß er seinen fatalen Schritt bedauern wird, um nach einem halben Jahre das gleiche mit dem gleichen Humor zu tun.

Ich mache darauf aufmerksam, daß unser gleichmäßige Standpunkt mächtig krankt. Caveant consules!

Aus Nr. 278 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 5. Dezember 1907:

Der Abgeordnete Dr. v. Dziembowski soll nach Angaben aus Posen in der Enteignungskommission Ansichten geäußert haben, die, wenn sie auf Wahrheit beruhen sollten, auf das Entschiedenste verurteilt werden müßten.

Weil wir es nicht glauben, daß v. D. tatsächlich das gesagt hat, was der Kurjer Poznański veröffentlicht, haben wir uns direkt an ihn gewandt mit der Bitte, uns Aufklärung zu geben und unsere Meinung zu beruhigen.

Aus Nr. 278 des Lech (Gnesen)
vom 5. Dezember 1907:

Zu der von Dziembowskischen in der Ostmarkenkommission abgegebenen Erklärung schreibt der Lech:

Die Erklärung des Abgeordneten Dr. v. Dziembowski ist geradezu unerhört. Der Abgeordnete ist in der Kommission der Vertreter der polnischen Fraktion,

dennoch der Vertreter der ganzen Gesamtheit des preußischen Anteils. Seine Pflicht ist es somit, nur in diesem Charakter zu sprechen. Aus dem Tenor der Erklärung geht aber hervor, daß er lediglich im Namen der entstandenen oder erst im Entstehen begriffenen neuen Versöhnungspartei gesprochen hat. Wer hat Herrn von Dziembowski das Recht gegeben, das Vertrauen der polnischen Fraktion, seiner Wähler und der ganzen Gesamtheit zu mißbrauchen? Es ist doch schwer anzunehmen, daß dieser Schritt mit Wissen und Willen der polnischen Fraktion unternommen worden ist.

Wenn es sich nicht so verhält, wenn ihn die polnische Fraktion zu dieser Erklärung nicht ermächtigt hat, dann hat der Herr Abgeordnete von Dziembowski die Solidarität in der gemeinsten Weise gebrochen, er hat das Vertrauen der Gesamtheit gemißbraucht, er hat sich als williges Werkzeug abseits stehender Einflüsse gebrauchen lassen.

Diese Angelegenheit muß sofort aufgeklärt werden, sowohl von Seiten des Abgeordneten von Dziembowski, wie auch seitens der Fraktion.

Die Gesamtheit kann es nicht zugeben, daß die Entscheidung in so wichtigen Angelegenheiten wie die Kommissionsberatungen, weiterhin von einem Manne abhängig sein sollten, der ganz eigenmächtig handelt.

Aus Nr. 272 des Postep (Posen)
vom 27. November 1907.

Erklärung.

Aus Schwerzenz erhielten wir mit der Bitte um Veröffentlichung folgendes Schreiben:

Da der Postemp schon zum zweiten Male eine Korrespondenz über den Bau des „Katholischen Hauses“ gebracht hat und die Korrespondenten mit Recht das Verlangen stellen, die reine Wahrheit zu erfahren, sind wir jetzt verpflichtet, die Sache öffentlich zu beleuchten.

Da es bereits bekannt ist, daß wir hier in Schwerzenz seit Jahren den Mangel eines polnischen Saales schmerzlich empfinden, hat Herr Dr. Blaziejczyk, gegenwärtig in Wrowek, in der Plenarsitzung des Industrievereins am 1. November 1903 den Antrag gestellt, innerhalb des Vereins ein Komitee zu bilden, daß sich mit dem Sammeln freiwilliger Gaben befassen sollte, damit einst ein eigenes Haus entstehen könnte, in dem alle polnisch-katholischen Vereine und Versammlungen einen eigenen und sicheren Zufluchtsort finden könnten.

Am 15. November 1903 wurde in Gegenwart des Geistlichen Sifora der vorstehende Antrag angenommen und das Komitee begann im Sinne des Dr. B. die leitende Arbeit in einer Weise, daß am 5. Januar 1904 eine gewisse Summe für das zukünftige „Katholische Haus“ in der „Bank Przemyslowcow“ in Posen deponiert werden konnte.

Die Abreise des Herrn Dr. B. und des Geistlichen S. aus Schwerzenz erschwerte uns sehr das schwierige Unternehmen, aber trotzdem gingen wir — wenn auch langsam — vorwärts.

Als im Mai 1905 der Geistliche Rejczyk als Seelsorger zu uns kam, baten wir ihn im Vertrauen auf sein Wohlwollen mit kindlicher Unterwürfigkeit um Hilfe und Rat. Da wir sofort seine guten Absichten bemerkten, beachteten wir das nicht, daß er die einen zum Schaden der anderen begünstigte und auf seine Art zu arbeiten begann, indem er Gaben sammelte, diese uns aber nicht mehr einhändigte, sondern sich leider zurückzog, sodaß diese Angelegenheit für das ganze vergangene Jahr ruhig einschlieft.

Da wir aber immer mehr den Mangel eines polnischen Saales empfanden, und wir selbst für teures

Geld von den Fremden keinen Saal zu Versammlungen und ähnlichen polnischen Zusammenkünften erhielten, berührte einer der hervorragenden Bürger diese Angelegenheit wiederum in einer Sitzung des Industrievereins am 2. Dezember 1906. Als ältester Verein in unserem Städtchen berief der Industrieverein für den 8. Dezember 1906 eine Versammlung ein; aus dieser wurde das Komitee vervollständigt und es wurde der Propst Rejczyński zum Vorsitzenden dieses Komitees vorgeschlagen, womit man einstimmig einverstanden war. Leider aber hatten wir umsonst bis zur Demütigung. Der Geistliche Rejczyński lehnte unsere Bitte entschieden ab und gründete am Tage vor unserem öffentlichen Aufruf ein geheimes Komitee.

Daß zwei Komitees für ein und denselben Zweck nicht existieren können, braucht man freilich nicht zu erwähnen; deshalb arbeiteten wir auch darauf hin, uns zu vereinigen und gemeinsam in der einmal eingeschlagenen Richtung zu arbeiten. Wir wollten diese Sache nicht allgemein bekannt machen, um die Situation nicht zu verschlimmern, und begaben uns deshalb zur geistlichen Behörde, um sie um Rat und Fingerzeige zu bitten. Unsere Bitte wurde erfüllt und die erwähnte hohe Behörde lud uns für den 22. April d. J. zu einem Termin mit dem Geistlichen N., der unter dem Vorsitz des Dekans Manicki aus Nelsa abgehalten wurde. Wir dachten, daß die Sache zum allgemeinen Besten ein gutes Ende nehmen würde und bereiteten uns voll Hoffnung darauf vor, alle nur möglichen Zugeständnisse zu machen. Als aber der allgemein geachtete Dekan nach dem Anhören unserer Angelegenheit den Vorschlag machte, entweder beide Komitees aufzulösen und ein neues zu wählen, oder beide Komitees zu vereinigen, wollte der Geistliche N. nichts davon hören, und was noch schlimmer war, er ließ uns sogar, ohne uns ein Wort zu gönnen, durch sein mit seinem Berufe unvereinbares Benehmen empfinden, daß er gar keinen Frieden mit uns wolle.

Wir haben ferner, wie wir Unterzeichneten bezeugen können, unsere Forderungen zur Unterschrift vorgelegt, jedoch wurde das ihm vom Herrn Dekan überreichte Schreiben schroff zurückgewiesen.

Wir haben nochmals um Frieden gebeten; unser Komitee würde sich mit dem Augenblick der geleisteten Unterschrift auflösen, unsere Gaben würden wir gerne abgeben und zwei Mitglieder unseres Komitees würden je 1000 M. spenden. Der Geistliche N. aber geruhte nicht einmal uns anzusehen und schwieg wie das Grab, und so hatten wir leider alle möglichen Mittel umsonst erschöpft und das Mißtrauen gegen den Geistlichen N. in Sachen des zukünftigen Baues und ob dies Haus wirklich den Bedürfnissen unserer Volksgeamtheit dienen würde, hatte sich nur erhöht.

Kann man denn zur Person des Geistlichen Rejczyński Vertrauen haben, der in den an die Spender versandten Aufrufen Gaben zu einem Saale für die hiesigen Vereine erbittet und in der Sache selbst sie verfolgt? Selbst dem Gesangsvereine gestattete er bei der Trauung eines Mitgliedes nicht, das „Veni Creator“ in der Kirche abzusingen, trotzdem der Verein die Erlaubnis der geistlichen Behörde besaß!

Da wir keinen anderen Ausweg wissen, um die geehrten Spender zu beruhigen, bitten wir den Geistlichen Rejczyński ergebenst, er möchte — wenn auch nicht uns, so doch den edelmütigen Spendern öffentlich erklären, daß im zukünftigen „Katholischen Hause“:

1. Alle unsere polnisch-katholischen Vereine, kirchliche und weltliche, ihre Sitzungen, Übungen und Vergnügen abhalten können.
2. Alle politischen Versammlungen ungehindert von dieser Seite möglichst zu jeder Zeit abgehalten werden können.

3. Daß das zukünftige „Katholische Haus“ nicht auf Kirchenlande und ohne die allergeringste Subvention der Regierung gebaut werden wird.

4. Daß das Komitee, an dessen Spitze der Propst stehen soll, das die für das zukünftige „Katholische Haus“ bestimmten Fonds und das „Katholische Haus“ selbst zu verwalten hat, nicht von einer Person gewählt werden soll, sondern von der ganzen Pfarodie, event. von allen polnisch-katholischen Vereinen in unserer Pfarodie, und daß im Falle des Todes oder des Ausscheidens eines Mitgliedes des Komitees, dieses durch die gleiche Organisation ergänzt werden soll.

Wenn dies innerhalb 14 Tagen geschehen wird, dann wird sich unser Komitee auflösen, wir werden unsere Gaben gerne abgeben und das Unternehmen auch fernerhin materiell unterstützen. Andernfalls aber übernehmen wir keine Verantwortung für eine mögliche moralische Schädigung unserer Volksgeamtheit und wir werden, da uns die Hände schon sowieso gebunden sind, die uns übersandten Gaben den Spendern zurückgeben. Schwerfenz, den 22. November 1907.

Josef Cabanski. Johann Kamerdula. Johann Kulakowski.
Stanislaus Loza. Maximilian Nikolajewski.
Stefan Nikolajewski. Josef Ostrowski.
Roman Pospieszynski.

Aus Nr. 273 des Wielkopolanin (Posen)
vom 28. November 1907:

Kulturkampf.

Aus Straßburg i. E. berichtet man uns, daß man den dort dienenden polnischen Soldaten die polnischen Andachtsbücher genommen und ihnen geboten habe, deutsch zu beichten.

Alle Bemerkungen sind überflüssig. In dieser Sache haben unsere Abgeordneten mehrfach das Kriegsministerium interpelliert. Gewöhnlich sagte man vom Ministertische aus, es werde Remedur eintreten. Wir sehen aus der oben angeführten Tatsache, wie diese Remedur aussieht.

Aus Nr. 271 des Lech (Gnesen)
vom 27. November 1907:

Ein Trauergottesdienst für die Seele des verstorbenen Erzbischofs von Stablewski wird — wie man uns mitteilt — morgen, Mittwoch, den 9. d. Mts., im Dome abgehalten werden. Die Gläubigen der Stadt werden sicherlich recht zahlreich zum Grabe des heiligen Adalbert eilen, um daselbst für die Seele des vielleicht letzten polnischen Erzbischofs zu beten. Es ist zu bedauern, daß diese Nachricht bis zum letzten Augenblicke geheim gehalten wurde, so daß das Volk aus der Umgegend zu dem Gottesdienste nicht wird erscheinen können.

Aus Nr. 277 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 3. September 1907:

Parochialsäle oder Vereinshäuser?

Es wird heutzutage viel über unsere nationalen Organisationen, Berufsverbände und Vereine gesprochen und geschrieben.

Das hat seine Berechtigung, denn nur durch die polnischen Organisationen, die unser gesamtes Volk in

sich schließen, können wir unsere nationale Aufklärung wie unseren materiellen Wohlstand heben, denn der letztere ist in der Hauptsache stets von der fachlichen, wie auch von der politischen Ausbildung abhängig. Bei der Erfüllung unserer Aufgaben tritt uns sehr häufig der Mangel entsprechender Versammlungslokale hindernd in den Weg, denn wir wissen es aus Erfahrung, daß die preussische Regierung, die unsere organisatorische Tätigkeit einschränken will, in vielen Fällen auf die Besitzer der Säle ihren Einfluß geltend macht, damit sie die Hergabe der Lokale unseren Vereinen verweigern.

Beispiele hierfür brauchen nicht angeführt zu werden, denn wir haben ihrer in Hülle und Fülle. Wenn das in den Städten geschieht, was soll da erst von den in dieser Beziehung herrschenden Verhältnissen in den Dörfern gesagt werden! Dasselbst sieht es um die allgemeine Aufklärung gar traurig aus! Die einzigen gesellschaftlichen Sammelplätze sind daselbst für gewöhnlich leider die Wirtshäuser. Welch ein Gedankenaustausch dort stattfindet, das beweisen bei uns am besten die vielen Prozesse, die wegen Schlägereien und Beischimpfungen geführt werden.

Man wird vielleicht einwenden, daß es bei uns nicht gar so schlimm ist, daß wir in den Dörfern landwirtschaftliche Vereine haben, die zur Hebung der Landwirtschaft und Moral viel beigetragen haben. Hinsichtlich der Landwirtschaft mag dies wohl seine Richtigkeit haben, das ist aber auch alles. Unser Wirt oder Arbeiter braucht aber mehr, als nur über die Bestellung der Rüben, über die Kälberzucht usw. zu sprechen oder zu hören.

Wir wollen in unserem Landwirte und Arbeiter den wahren Bürger sehen, der seine Rechte hinsichtlich des Volkes und Landes kennt; wir wollen ferner in ihm einen in seinen politischen und sozialen Überzeugungen mutigen Menschen sehen und kein geduldiges Lamm mit den slavischen Worten im Munde: „ich falle zu Füßen“.

Das geben die landwirtschaftlichen Vereine unseren Dorfbewohnern nicht, denn sie können's ihnen nicht geben, weil sie lediglich Fachvereine sind.

Zu solchen Versammlungen, in denen unser Dorfbewohner seinen Gesichtskreis nach jener Richtung hin erweitern und die im heutigen Leben so unumgänglich notwendige gesellschaftliche Bildung sich erwerben könnte, haben wir keine Lokalitäten.

Die gebildete Gesellschaft und insbesondere unsere schätzbare polnische Geistlichkeit empfindet diesen Mangel und möchte ihn beseitigen durch das Erbauen von Sälen in den Parochien. Das wäre gut für uns in jedem anderen Staate, nur nicht in Preußen, woselbst man ständig danach trachtet, uns auszurotten.

Wer kann uns die Gewißheit geben, daß nach 30 Jahren in diesen Sälen nicht Geistliche das Regiment führen werden von der Art eines Glowacki, Adamczyk usw.?

Wer von uns hätte vor so und so viel Jahren behauptet, daß die polnischen Kinder das Gebet in deutscher Sprache lernen werden, daß man uns auskaufen wird, daß man uns verbieten wird, Häuser zu bauen, daß man uns enteignen und verbieten wird so zu sprechen, wie uns der Schnabel gewachsen ist; einen solchen Menschen hätte man ausgelacht, man hätte ihn allgemein als einen Dummkopf betrachtet, der an preussischer Verfolgungsmanie leidet; und doch ist es so gekommen, und was noch nicht in Erfüllung gegangen ist, das steht uns noch bevor. Seien wir daher vorsichtig, lassen wir uns durch nichts täuschen, denn in Preußen ist bei der heutigen Regierung und den unveränderten Verhältnissen alles möglich, sobald es sich um uns handelt.

Vertrauen wir nur auf uns, denn wir sind in allem getäuscht und verlassen worden. Haben wir denn nicht genug Erfahrungen und Beweise dafür aus unserer weiteren Vergangenheit? Unsere Vorfahren haben Klöster fundiert, Kirchen erbaut und verschiedene Stiftungen hinterlassen. Und wer mästet und macht sich heute in ihnen breit? Unsere Feinde. Wenn unsere Gesamtheit gegenwärtig die Erbauung von Vereinshäusern für notwendig erachtet, dann möge sie auch deren Eigentümer sein; möge sie Genossenschaften errichten. Die katholische Kirche hat damit nichts zu tun, sie ist eine göttliche Institution internationalen Charakters. Der preussischen Regierung reicht auch das nicht mehr aus; sie möchte unsere Kirche deutsch wissen mit dem Fürstbischof Kopp oder dem Bischof Nojentreter an der Spitze, damit er die Funktionen des preussischen Systems verrichte, was ihm teilweise gelingt, denn heutzutage geht Macht vor Recht, und die Diplomatie ist oben auf.

In solchen auf der Grundlage des Genossenschaftsgesetzes erbauten Häusern, nicht aber in Parochialgebäuden, könnten unsere Bewahranstalten und Krippen untergebracht, Versammlungen der landwirtschaftlichen, der Wahl- und anderen Vereine, Parochialversammlungen, Theatervorstellungen usw. veranstaltet werden, wenn auch späterhin in der Parochie ein germanisatorischer Geistlicher herrschen sollte, der in der Kirche preussische Politik predigen würde.

Sehen wir daher weiter in die Zukunft, damit uns das kommende Geschlecht nicht etwa als kurzfristige politische Schwächlinge betrachtete, wie wir heute unsere Vorfahren nennen, durch deren Schuld heute das preussische Joch auf uns lastet, das uns vernichten will.

Aus Nr. 276 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 1. Dezember 1907:

Submission für einen Wagen.

Zur Ausführung eines Wagens für Herrn Drzymala in Podgradowice schreiben wir eine Submission unter nachstehenden Bedingungen aus:

1. Der Wagen soll 8 m lang sein, 2,40 m breit, in der Mitte — die Räder abgerechnet — 2,50 m hoch sein, während die Wände 2 m hoch sein sollen.
2. Der Wagen soll auf vier vierzölligen Rädern ruhen. Er soll Federn haben. Die Achsen sollen nicht Patentachsen, sondern gewöhnliche zum Schmieren sein.
3. Der Fußboden und die Wände sollen aus gefügten Doppelbrettern bestehen, zwischen die eine Kork- oder Torf-, eine Kalk-, Gyps- oder Asbesteinlage kommen soll. Die äußeren Bretter sollen aus Stammholz, gehobelt, vernietet und in Federn eingesetzt sein; die inneren können gespundet und von gutem Kiefernholz sein.
4. Das Dach soll oval sein, ebenso muß es doppelt und ausgefüllt sein wie die Wände, sowie mit geölter Leinwand gedeckt.
5. Doppelfenster mit Jalousien, die sich nach innen und außen öffnen, sollen sechs sein, auf jeder Wagenseite drei.
6. Das Innere des Wagens muß durch eine mit einer Schiebetür versehene Wand in zwei Abteile geteilt sein. Das erste Abteil soll die Küche sein, und daher muß es einen mit Chamottesteinen ausgelegten eisernen Ofen mit einem Schornstein und mit einer Platte für 3 Töpfe haben.

7. Die mit einem kleinen Fensterchen versehene Eingangstür soll an der hinteren kurzen Wagen-
seite an der Seite (nicht in der Mitte) angebracht
sein. Der Eingang soll in ein kleines Vorflur
führen, aus welchem man durch eine leichtere
auf Angeln ruhende Tür ins Innere gelangt.
Die Tür soll nach außen aufschlagen.
8. Der Wageneingang ist mit einer bewegbaren
Treppe zu versehen.
9. Die Vorderwand des Wagens soll ebenfalls eine
Tür mit einem Fensterchen haben, zu welcher
von der Seite her eine bewegbare Treppe
führen soll.
10. Die Wände, sowie alle äußeren und inneren
Teile des Wagens müssen mit Ölfarbe
gestrichen sein.
11. Das Wagengestell soll aus Eichenholz sein und
auf eisernen Schienen ruhen.
12. Die Konstruktion des Wagens soll einfach,
kräftig und praktisch sein und eine Last von
100 Zentnern tragen.
13. An den Wagenseiten sollen auf Angeln Schutz-
bretter zum Herablassen angebracht sein.
14. Kostenanschläge, Zeichnungen und Pläne sind bis
zum 8. Dezember d. J. zu Händen des Unter-
zeichneten einzusenden.
15. Die Abstellung des Wagens muß spätestens bis
zum 1. Februar 1908, und zwar nach Posen,
erfolgen.
16. Der Preis kann ungefähr 2000 Mark betragen.

Das Drzymala-Komitee in Posen.

Im Auftrage:

Bernhard Milski,
Posen, Wilhelmstraße 28.

Aus Nr. 272 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. November 1907:

Ein preussisches Dokument.

Herr Roman Szulczynski aus Lissowki erhielt
vom Distriktskommissar in Dopiewo die nachstehende
Aufforderung:

Königlicher Distriktskommissarius.
J. 3 4950.

Dopiewo, 18. 11. 1907.

Vorladung.

Zu Ihrer Vernehmung in Ihrer Erjag-Geld-
klagesache habe ich einen Termin auf Freitag, den
22. November 1907, nachm. 3 Uhr, im Schulzenhause
Lissowki anberaumt, zu welchem Sie hierdurch unter
der Verwarnung vorgeladen werden, daß bei Ihrem
oder des Zeugen Ausbleiben angenommen werden
wird, dass Sie Ihren Klageantrag zurückziehen.
Sollten Sie der deutschen Sprache nicht mächtig sein,
dann haben Sie einen Dolmetscher mitzubringen.
podp. (Renk?)

An
den Wirt Herrn Roman Szulczynski

Lissowki b. Dopiewo.

In obigem Dokument müssen zwei Punkte auf-
fallen: Zunächst die Warnung, daß im Falle des Aus-
bleibens des Zeugen werde angenommen werden, daß
der Kläger seinen Klageantrag zurückgezogen habe.
Dieser Punkt, der nur in das Gebiet der Prozeß-
formalität fällt, geht das breitere Publikum nichts an,

wenngleich er für Juristen interessant sein wird. Un-
gleich wichtiger ist der zweite Punkt, in welchem der
Herr Kommissar den Kläger auffordert, einen Dol-
metscher mitzubringen, wenn er des Deutschen nicht
mächtig sei.

Wir stellen fest, daß dies im Großherzogtum
Posen unter dem seit Jahrhunderten auf großpolnischem
Boden ansässigen Volke geschieht.

Das, was wir im obigem Dokument in Kursiv-
schrift wiedergegeben haben, ist in dem Original unter-
strichen.

Aus Nr. 278 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 4. Dezember 1907:

Hakatifistische Wut.

(Autentisch.)

Ein gewisser Reisender einer deutschen Firma
wohnte in Posen im Bazar. Aus dem Hotel sandte
er an die Verwaltung des Gutes G . . . in der
Gegend von Meseritz einen Brief, worin geschäftliche
Angelegenheiten besprochen wurden. Er verwandte
natürlich Briefpapier und Umschläge mit der polnischen
Aufschrift „Hotel Bazar w Poznaniu.“ Darauf
erhielt er auf einer offenen Postkarte folgenden Bescheid:

„An Herrn K. . . .
3. St. im polnischen Gasthof Bazar

Posen.“

„Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß mit
Firmen, deren Vertreter in polnischen Gasthöfen ab-
steigen und sich polnischer Briefbogen und polnischer
Briefumschläge bedienen, nicht in Geschäftsverbindungen
getreten wird.“

Wir bitten, hiermit die Worte des Ministers aus
der Freitagssitzung des Landtags zu vergleichen: „Wir
(Deutschen) wollen Frieden, aber die Polen stören ihn.“

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 142 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 26. November 1907:

Zum Enteignungsgesetz

schreibt der Pielgrzym u. a.:

So Gott will, werden wir Mittel und Wege
finden, um die schändlichen Pläne der Hakatifisten zu
durchkreuzen. Die Ansiedelungskommission hat bisher
schon 450 Millionen Mark verschlungen und hat uns
nicht ausgerottet, und sie wird es auch mit den zweiten
450 Millionen Mark nicht fertig bringen, uns auszu-
hungern. Die Armut, die Notwendigkeit werden die
Leute vernünftig, scharfsinnig, unternehmungsfähig und
widerstandsfähig machen, deshalb werden wir auch
Mittel und Wege zur weiteren Existenz finden und
nicht untergehen, wir werden weiter leben zum ferneren
Kummer des Hakatismus — dagegen wird die
ganze polnische Nation die Deutschen
wegen dieses Unrechts so hassen, daß sie sich nie
und nimmermehr verdeutschten lassen wird. Es gibt
kein Übel, das nicht zum Guten ausschläge.

Aus Nr. 92 des Mazur (Ortelsburg)
vom 27. November 1907:

Das neue Vereinsgesetz.

Wir haben bisher noch wenig darüber geschrieben.
Doch es naht schon der Augenblick, in dem dieses

Projekt dem Reichstage vorgelegt werden wird. Den Bundesrat hat das Projekt mit dem Paragraphen über die Bestimmung der Sprache verlassen, in der die Versammlungen abgehalten werden sollen.

Nach dem Lokalanzeiger haben die Vertreter der Bundesregierungen an diesem Paragraphen nichts geändert. Wir können also erwarten, daß wir in kurzer Zeit die Verhandlungen in den Versammlungen nur noch in deutscher Sprache werden führen können, denn das erwähnte Gesetz verbietet den Gebrauch fremder Sprachen. Ausnahmen können nur die Polizeibehörden gestatten.

Wie stehen wir Majuren zu diesem Projekte? Wird man uns auch verbieten, die polnische Sprache in Versammlungen anzuwenden?

Der größte Teil jenes Projekts ist gegen solche Versammlungen gerichtet, die eine Gefahr für das Reich bilden. In erster Linie handelt es sich hier um die großpolnische Frage, die, wie bekannt, die Abtrennung der polnischen Landesteile vom Reiche und die Gründung eines neuen polnischen Königreiches bezweckt.

Bei uns in Majuren wird noch zum größten Teil polnisch gesprochen, und die Regierung hat uns auch noch nicht verboten, unsere Muttersprache anzuwenden. Und was nun? In welcher Weise können wir uns darum bemühen, daß uns nicht verboten wird, in polnischen Versammlungen die polnische Sprache zu gebrauchen? Ein Beispiel hierfür haben uns in diesen Tagen die benachbarten Litauer gegeben, die durch ihren Abgeordneten, Geheimrat Schwabach, eine Eingabe an den Fürsten Bülow gerichtet haben. In dieser Petition ist u. a. gesagt:

„Man darf uns nicht auf gleiche Stufe mit Völkern stellen, die sich vom Deutschen Reiche los trennen wollen. Wir würden das als eine Beleidigung ansehen. Ein derartiger Gedanke ist uns noch niemals in den Kopf gekommen, auch unsere Zeitungen haben einen solchen Gedanken noch nie erwähnt. Wir wissen das Glück zu schätzen, Bürger des Deutschen Reiches zu sein.“

Auch wir Majuren müssen eine Petition in diesem Sinne an den Fürsten Bülow richten und wir können überzeugt sein, daß die Regierung noch das Vertrauen zu uns haben wird, daß wir aus ganzem Herzen treue Untertanen unseres lieben Kaisers sind und es bleiben wollen.

Also an die Arbeit, liebe majurischen Brüder, laßt uns Versammlungen abhalten und eine Petition absenden.

Aus Nr. 141 der Gazeta Grudziadzka (Danzig)
vom 26. November 1907.

Rettet die Kassubei!

Die so zahlreichen und von so herzlicher Bruderliebe erfüllten Artikel, die in Sachen der Kassubei in unseren Blättern **aller drei Anteile** erschienen sind, erdreisten mich zu nachstehender ergebenen Bitte:

Vor ungefähr einem Jahrzehnt ist in Lauenburg, einem Orte an der Grenze der Kassubei, gegenwärtig in der Provinz Pommern gelegen, ein Volksverein gegründet worden. Es sind ihm gleich 130 Mitglieder beigetreten, fast ausnahmslos Arbeiter und einige Handwerker. Leider hat man sie berebet, eine große, teure Fahne anzuschaffen (für über 1100 M.); man hat ihnen versprochen, daß **ganz Polen**, namentlich aber die **Zoppoter Kurgäste** in kurzer Zeit alles bezahlen würden. Jener Berater hat sich aber fernerhin um den Verein leider nicht gekümmert, und Spenden gingen

für diesen Zweck nicht ein. Die Fahne wurde daher aus eigenen Beiträgen allmählich bezahlt; und als die immerwährende Schuld den Mitgliedern zu viel wurde und sie insolge dessen anfangen, aus dem Verein auszutreten, zahlte der Vorsitzende selbst — ein Handwerker — die Schuld in Monatsraten ab. Gegenwärtig kann der Vorsitzende Familienverhältnisse halber die monatlichen Abzahlungen nicht mehr leisten, und es bleibt noch eine Schuld von 400 M.

An euch, geehrte und liebe Landsleute, wende ich mich mit der dringenden Bitte um Hilfe, zu euch rufen die armen Kassuben:

„Helft uns, Landsleute, denn ein grausames Schicksal quält uns!“

Verweigert den armen Kassuben die Hilfe nicht! Lege ein jeder — ob arm oder reich — **auf dem Altar des gemeinsamen Vaterlandes** wenn auch nur das kleinste Opfer nieder.

Ich erkläre von vornherein, daß ich den Überschuß zur Verteilung von (polnischen) Elementarbüchern in den kassubischen Häusern und zu ähnlichen Zwecken bestimmen werde.

Alle Gaben bitte ich ergebenst an die Blätter zu senden, in dem die obige Bitte abgedruckt ist; wenn ich von allen Blättern, die ihnen zugesandten Spenden erhalten werde, dann werde ich im ganzen öffentlich quittieren.

An mich bitte ich nur diejenigen Personen ihre Spenden senden zu wollen, die es unter keinen Umständen wünschen, daß sie öffentlich erwähnt werden.

G r. - G a r z bei Pelplin (Wstpr.), im November 1907.

Proßt Kupczynski,
Patron des Verbandes der Volksvereine.

Aus Nr. 145 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 3. Dezember 1907:

Voll Schrecken sind die deutschen Großgrundbesitzer. In der Gazeta haben wir über die Broschüre des Herrn Fuß, eines anständigen und echten Deutschen, geschrieben, der in dieser seiner Broschüre unsere unglückliche, von den Preußen mit Füßen getretene und zur Ausrottung verurteilte Nation in Schutz genommen hat.

Verschiedene Herren haben es für angebracht gehalten, öffentlich zu erklären, daß sie die Broschüre nicht geschrieben hätten und sich auch mit ihrem Inhalte nicht einverstanden erklärten.

Herr Paul Fuß hat diesen unklugen Personen, die mit diesem Auftreten offenbar die Gnade des Hafatismus und der Regierung gewinnen wollten, geantwortet, wobei er bemerkt hat, daß, wenn sich die deutschen Landbesitzer mit dem barbarischen Enteignungsgesetze einverstanden erklären sollten, sie in solchem Falle auch von der Arbeit des polnischen Arbeiters keinen Nutzen ziehen müßten, der sie mit seinen Händen ernähre.

Diese Worte des Herrn Fuß hatten offenbar den Erfolg, daß sich in den deutschen Zeitungen das Gerücht verbreitete, die polnischen Landarbeiter wollten das Enteignungsgesetz mit der Boykottierung der deutschen Landbesitzer beantworten, d. h. die Arbeit bei ihnen aufgeben.

Diese Nachricht hat die deutschen Landbesitzer wie eine Bombe getroffen und sie ungeheuer beunruhigt. Man ersieht es daraus, daß sich viele von ihnen an Polen wenden und sie fragen, ob diese Nachricht wirklich wahr wäre, und ob sich die polnischen Arbeiter wirklich mit solchen Gedanken trügen.

Das ist gewiß, daß in unserem polnischen Arbeitervolke eine ungeheuerere Kraft schläft, und dieses polnische Volk könnte mit seiner Kraft im allgemeinen manche Pläne der Polenfreßer und Preußen durchkreuzen.

Möge das Preußentum nur so weiter auf dem Wege der Gewaltpolitik fortfahren, und die Folgen könnten unberechenbar sein.

Schon während des Schulstreits waren verschiedene Gedanken und Einfälle unter dem Volke verbreitet, und auf mancher Versammlung mußten die Redner das Volk beruhigen. Unter anderem wurde unter dem Volke auch der Gedanke wach, die deutschen Landwirte zu boykottieren. Und ein solcher Boykott würde gewiß zahllose deutsche Güter zum Bankrott führen.

Möge die preußische Regierung das polnische Arbeitervolk nur weiter in dieser Weise reizen, mögen die preußischen Polenfreßer unserem polnischen Arbeiter nur noch mehr erschweren, ein Stückchen Land zu erwerben, dann könnten sich die Folgen eines derartigen Vorgehens, die Folgen dieser brutalen Gewaltpolitik leicht bei den deutschen Gutsbesitzern fühlbar machen.

Unser polnischer Arbeiter will nicht für immer Sklave seiner deutschen Arbeitgeber, der deutschen Gutsbesitzer, bleiben, und wenn diese Herren dem polnischen Arbeiter, wenn auch nur fürs Alter, ein Stückchen eigenen Landes gönnen, dann kann der Arbeiter wirklich dahin kommen, daß er seine Arbeitskraft den deutschen Landbesitzern nicht zur Verfügung stellt.

Und was dann?

Wenn die starke Hand des polnischen Arbeiters nach Ablauf des Vertrages seine Dienste verweigert, dann wird auch der beste Boden keine Früchte zeitigen.

So ist es; von unserem polnischen Arbeiter hängt heute viel ab. Mögen diejenigen daran denken, denen es scheint, als wäre das polnische Volk heute schon vollständig wehrlos.

Aus Nr. 141 des Pielgrzym (Pelplin)

vom 23. November 1907:

Aus Sypniewo

schreibt man uns:

Der Herr Propst Schulz hat sich in merkwürdiger Weise gegen die ihm aus Anlaß der Germanisation in der Kirche gemachten Vorwürfe verteidigt. Den Mitgliedern des hiesigen Kirchenvorstandes hat Herr Propst Schulz erklärt, „daß er den Polen kein Unrecht zufüge, weil er doch jeden Sonntag polnisch predige, wie vordem, und er mache nur aus freien Stücken eine Zugabe für die Deutschkatholiken.“ — Propst Schulz hat offenbar vergessen, daß diese Zugabe gewöhnlich länger ist, als die wirkliche Predigt, und ferner, daß diese Zugabe für eine Predigt während der hl. Messe, als einen Teil der Andacht, also als eine Germanisationsandacht angesehen werden müsse. Die polnischen Parochianen hätten keinen Grund zur Klage über den Propst Schulz, wenn die deutsche Predigt nach der hl. Messe gehalten und ihnen durch vorheriges Verlassen der Kirche ermöglicht würde, sich nach Hause zu begeben, und sie nicht in der bisherigen Weise zwingen, die in deutscher Sprache gehaltene für sie unverständliche Predigt anzuhören.

Die polnischen Parochianen bitten den Herrn Propst Schulz, daß er die deutsche Predigt für die Deutschkatholiken später halten möchte, damit die polnischen Katholiken nicht gezwungen werden, unnötiger-

weise während der deutschen Predigt dazusitzen, von der sie nicht nur keinen Nutzen haben, sondern was schon an eine Beleidigung Gottes grenzt, weil die Leute über diese deutsche Predigten sehr klagen.

Aus Nr. 142 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 26. November 1907:

Löbau, den 22. November 1907.

Am 19. November fanden in Löbau die Stadtverordnetenwahlen statt; wir haben in der dritten und zweiten Klasse gesiegt, so daß auf 18 Stadtverordnete 11 Polen kommen.

Der Kampf war sehr schwer, aber wir haben gesiegt. In der Wahlversammlung rief unser ehrwürdiger **Herr Propst** zu den zahlreich versammelten Glaubensbrüdern:

„Denket an eure Priester, die zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden sind! Denket daran, daß euer Propst wiederum einen Prozeß hat, und zwar dafür, daß er, vom Gefängnis zurückkehrend, von seinen treuen Parochianen umgeben, ruhig nach Hause gegangen ist! Denket an den jungen Karfut, der sechs Monate im Gefängnis gesessen hat! Im Namen des Glaubens, gehet alle zur Wahl ohne Ausnahme!“

Alle wurden von einer ungeheuren Begeisterung ergriffen, und unser war der Sieg. Nur zwei Wähler der dritten Klasse sind den Wahlen fern geblieben: Teofil Leski und der alte Maniszewski; und in der zweiten Klasse sind auch nur zwei Wähler nicht erschienen: Herr Jurkiewicz und der Buchhändler Herr Jankowski. Der letztere ist nur an Polen reich geworden. Er hat doch gewußt, daß es sich in der zweiten Klasse nur um eine Stimme gehandelt hat.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 275 des Górnosłazak (Rattowitz)

vom 30. November 1907:

Was versteht man unter „öffentlichen“ Versammlungen?

An die Wiedergabe der Begründung des § 3 des Vereinsgesetzentwurfs knüpft das Leiborgan Napieralskis folgende Bemerkungen:

Die Frage der „Öffentlichkeit“ von Versammlungen ist unseres Erachtens für uns von außerordentlich großer Tragweite.

Soweit es sich hierbei um polnische Angelegenheiten, um die polnische Frage handelt, müssen wir sagen, daß eine solche Stellung der Frage, wie sie der Gesetzentwurf stellt, im Verhältnis zu uns Polen nichts anderes ist, als eine Hinterlist von seiten derer, die den Entwurf des Versammlungs- und Vereinsgesetzes zusammengestellt haben.

Wer die polnischen Verhältnisse nicht kennt, muß wirklich glauben, daß dieser Entwurf nicht allzu scharf ist. Unterliegen doch nur (!) öffentliche (!) Versammlungen der polizeilichen Überwachung, bezieht sich doch die Sprach-Klausel nur auf öffentliche Versammlungen.

Aber in den Entwurf wird in verhüllter Form der Vorbehalt hineingezwängt, daß als öffentliche Versammlungen nicht nur diejenigen Versammlungen werden angesehen werden, die als öffentliche veranstaltet werden sollen, sondern auch Versammlungen von Verbänden (!), die

1. eine weite Ausdehnung hinsichtlich ihrer Tätigkeit umfassen,
2. die so viele Mitglieder haben, daß ihre Organisation so lose, der Mitgliederwechsel so häufig ist, daß „man von ihnen nicht sagen könne, ihre Mitglieder bildeten einen geschlossenen, eng begrenzten Kreis innerlich miteinander verbundener Personen.“

Abichtlich haben wir hier den ganzen Abschnitt der Begründung des Gesetzes angeführt, denn wir halten ihn für den wichtigsten.

Übertragen wir diesen Abschnitt auf das Leben in unseren polnischen Vereinen und Verbänden. Die Behörden — die Gerichte nicht ausgeschlossen — werden mit Bestimmtheit die polnischen Landesteile oder nach dem neuen Kurs die sogenannten „Ostmarken“ als — großes Tätigkeitsfeld ansehen. Daß sich die Tätigkeit selbst des bescheidensten Vereins auf dieses ganze Gebiet ausdehnen kann (!) oder könnte (!) Das zu beweisen, wird den uns feindlichen Faktoren nicht schwer halten. Und wie wird der Beweis sein? Als Beweis für die Ausdehnung seiner Tätigkeit über die ganzen polnische Landesteile kann z. B. die bescheidene Bekanntmachung einer gewöhnlichen Versammlung in der Zeitung dienen, wenn die Tagesordnung auch einen Vortrag über irgend eine die polnische Allgemeinheit interessierende Frage enthalten wird. Dem Verein wird auch die Verteidigung, daß es ihm nicht einmal in den Sinn gekommen sei, „auf die ganzen Ostmarken einzuwirken“, nichts helfen. Man wird ihm sagen, daß eine solche Vermutung sehr nahe liegt! Und das wird jener Beweis sein. Das Ende aber wird sein, daß z. B. ein Lotterieverein in A. als Verein gelten wird, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt, seine Versammlungen werden in folge dessen als öffentliche erklärt werden, die Behörden werden das Überwachungsrecht und dann die deutsche Verhandlungssprache fordern.

Die Hinterlist dieses Punktes im Entwurfe besteht darin, daß angeblich nur (!) für öffentliche Versammlungen die behördliche Überwachung und die deutsche Sprache bestimmt werden, Tatsache aber ist, daß bei uns fast alle Versammlungen als öffentliche angesehen werden können. Ist doch noch nicht verhallt der Begriff: Was polnisch ist, ist politisch, und natürlich was politisch ist, das ist öffentlich!

Es könnte aber jemand einwenden, daß doch der Entwurf einen Vorbehalt hinsichtlich der „gerichtlichen Erkenntnisse“ mache, daß es also keinem Zweifel unterliege, daß es sich hier um diejenigen Urteile handelt, die schon erkannt worden sind, und diese haben doch „hier und da“ den „privaten Charakter“ polnischer Versammlungen anerkannt.

Gerichtliche Urteile! Unseres Erachtens ist auch das eine Falle — für die mit unseren Verhältnissen Vertrauten. Wir müssen bemerken, daß es kein Deutscher wagen wird, die Gerechtigkeit gerichtlicher Urteile auch nur zu bezweifeln. Und wenn sich das Gesetz auf diese Urteile beruft, so bezweckt es nichts anderes, als unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit der Gerichte für sich den Schein einer eben solchen Gerechtigkeit zu erwecken.

Im Gegensatz hierzu müssen und können wir uns auf unzählige Urteile in Sachen von Versammlungen berufen, welche die beteiligten Polen als „private“ ansahen, das Gericht sie aber als „öffentliche“ erklärte. In dem gegenwärtigen Vereinsrecht gibt es doch keinen Vorbehalt betreffend die „lose Organisation und den häufigen Mitgliederwechsel.“

Mit einem Wort, aus dieser Begründung und Definition der sogenannten „Öffentlichkeit“ von Versammlungen erhellt, daß, wenn der Reichstag diese Öffentlichkeit nicht einschränken und genauer definieren

wird, in Zukunft keine polnische Versammlung möglich sein wird, denn hinsichtlich aller Versammlungen wird der Beweis der Öffentlichkeit leicht zu erbringen sein. Die Urteile werden klar und einfach lauten: Die Versammlung war polnisch, was polnisch ist, ist politisch, und was politisch ist, das ist öffentlich: also redet dajtsch!

Leider ist dieses Gesetz dem Reichstag in sehr verlockender Ausstattung vorgelegt worden. Die Schläge gegen die Polen sind wirklich geschickt maskiert. Der Schein der angeblichen Gerechtigkeit und Notwendigkeit ist so hinterlistig, daß wir fürchten, das Gesetz wird vom Reichstag wirklich angenommen werden.

Aus Nr. 279 des Górnoslazak (Kattowitz)
vom 5. Dezember 1907:

Machen wir ein Ende!

Von dem hochwürdigen Herrn Pfarrer Kapiza aus Tichau erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Kuratus Adamczyk hat in der Gleiwitzer Zentrumsversammlung die nationalpolnische Bewegung angeschnitten, deswegen griff ihn Pfarrer Skowronski in Kattowitz an, und mit dem Kuratus Adamczyk bekam das schlesische Zentrum ebenfalls eins ab. Infolge dessen entstand auf beiden Seiten eine heftige Polemik in den Zeitungen, denn jeder fühlt sich zu dem Seinigen hingezogen.

Das alles geschieht unter der Herrschaft des „Blocks“ in einem Augenblick, da neue Ausnahmegesetze geschmiedet werden, die die Enteignung der polnischen Rasse bezwecken, und die Enteignung der Polen ist doch die Enteignung der Katholiken.

Ich meine also, daß dieser Zwist und Hader nicht an der Zeit sind. Das ist keine Zeit zur Polemik! Worum handelt es sich in dieser Polemik? Wer ist schuld, das Zentrum oder die Polen? Wer ist schlechter? Wer ist besser? Das Zentrum oder die polnische Fraktion?! Ich weiß aus Erfahrung, daß eine Polemik dieser Art niemanden überzeugt, weil sich jeder persönlich unschuldig fühlt. Dieses persönliche Gefühl kommt daher, daß wirklich die eine und andere Seite bis zu einem gewissen Grade recht hat, daß auf beiden Seiten gute und redliche Absichten und Gründe bestehen. Die eigene persönliche und Parteiliebe aber soll die eigenen Fehler und Mängel verdecken.

Daher zweifle ich auch nicht einen Augenblick, daß die Rede des Geistlichen Adamczyk einer tiefen Überzeugung von der Ehrlichkeit der Zentrumsparthei und inamentlich der Zentrumsgeistlichen gegen das polnische Volk entsprungen ist. Ich habe gehört, daß Kuratus Adamczyk als Student im akademischen Kreise als „Nationalpöle“ galt; ich habe sogar gehört, daß er den Deutschen „geradezu unangenehm polnisch“ war; was Wunder also, daß sich ein solcher Geistlicher entriistet, wenn jemand ihm oder seiner Partei Ehrlichkeit gegen das polnische Volk abspricht?! Unrecht tut weh! Wir werden aber dem Geistlichen Adamczyk kein Unrecht zufügen, wenn wir bemerken, daß er zu Gleiwitz in seinen die nationale Frage betreffenden Ausführungen sehr gefehlt hat. Weder die Kirche, noch der Glaube sind der Nationalität feind, und sie fordern von niemandem die Verleugnung der Nationalität, sie sind vielmehr international, d. h. sie leben unter den Nationen, sie achten jede Nationalität und berücksichtigen deren Eigenarten. Jeder Mensch, mithin auch jeder Katholik hat ein ihm eigenes Gesicht, seine Mundart, seinen individuellen Charakter, der sogar auf verschiedene religiöse Erscheinungen stark einwirkt, und niemand nimmt Anstoß daran, vielmehr sehen wir in dieser

Mannigfaltigkeit eine Rundgebung der unendlichen Weisheit Gottes.

Ähnlich haben die Nationen ihre Eigenarten, bald Vorzüge, bald Fehler, ihren Charakter, ihre Sprache. In diesem abgesonderten Charakter liegt die Kraft, der Zusammenschluß, die Geschichte einer Nation, und in dieser Mannigfaltigkeit der Nationen ist eine sonderbare Schönheit enthalten; daraus entspringt der Fortschritt, die Entwicklung, der Lauf der Geschichte der Menschheit. Rationalität und Glaube — das sind Begriffe verschiedener Art. Daher verdrängt der Glaube keine Rationalität. Die Rationalität läßt sich durch den Glauben nicht ersetzen, und die Regierung der Rationalität widerstrebt der Natur. Etwas anderes ist eine verständige Liebe zur Rationalität, und etwas anderes nationale Übertreibung, Rücksichtslosigkeit, die Unterordnung aller Fragen des nationalen Lebens, der religiösen, sozialen, staatlichen Fragen unter die nationalen Angelegenheiten. Es versteht sich, daß ein solcher nationaler Radikalismus und Chauvinismus, ob er deutsch oder polnisch ist, der Kirche feind und ein sehr gefährlicher Zerzeßer der menschlichen Gesellschaft ist! Er muß daher bekämpft werden.

Doch nicht jeder Anhänger der polnischen Partei ist radikal und nicht jeder Deutsche Hakatist. Diese Frage hat der Geistliche Adamczyk offenbar nicht gut untersucht und dafür aus dem Munde des Pfarrers Skowronski Blitze auf sich und auf das Zentrum heraufbeschworen!

Ist die Rede des Pfarrers Skowronski begründet oder nicht?

Pfarrer Sk. ist hier für die polnische Bewegung eingetreten! Dafür bin ich ihm von Herzen dankbar. Zu den Vorwürfen nämlich, die gegen uns wiederholt erhoben wurden, können wir nicht schweigen, wir müssen vielmehr laut gegen sie Einspruch erheben. Kuraius Adamczyk sagte in Gleiwitz, man könne dem Zentrum angehören und dabei ein guter Pole sein. Dem müssen wir gegenüberstellen, daß man der polnischen Partei angehören und dabei ein guter Katholik sein kann. Was mich betrifft, so trage ich keine Bedenken, öffentlich zu erklären, daß ich ohne Rücksicht auf wahrscheinliche Angriffe nicht einen Augenblick in der polnischen Partei verbleibe, wenn ich erkennen würde, daß ich die Zugehörigkeit zu dieser Partei mit meinem katholischen Gewissen und mit meinem schuldigen loyalen Standpunkt zum Staat nicht vereinbaren kann. Die polnische Partei hat ihre Radikalen, das Zentrum hat seine Hakatisten, aber deswegen kann man nicht die ganze Partei verurteilen. Die national-polnische, wie deutsche Bewegung hat das obererschlesische Zentrum gesprengt und uns Geistliche in eine äußerst schwierige Lage versetzt, aber diese Bewegung ist nicht das Werk einzelner Persönlichkeiten, nein, diese Bewegung ist eine Woge, die sich von Nation zu Nation zu Nation hinwälzt, sie ist das Ergebnis der Psychologie der Zeit, ist eine Folge der Verhältnisse.

Im Kulturkampf rief das obererschlesische Volk zusammen mit dem deutschen: Wir sind Katholiken, denn der Kampf war ein religiöser. Heute sagen die Oberschlesier zusammen mit Posenern: Wir sind Polen, denn heute ist die Verfolgung eine nationale. Diese Wendung ist für das Zentrum zweifellos ein Unglück und eine Unannehmlichkeit. Was aber ist diese Wendung für das polnische Volk? Das werden wir erst in der Zukunft erfahren.

Von diesem Gesichtspunkte ist Pfarrer Skowronski mit Recht zu Gunsten der polnischen Bewegung aufgetreten. Ich bin indes mit der Art dieser Verteidigung, namentlich mit den persönlichen Angriffen gegen den Geistlichen Adamczyk und mit der Art, wie er sich mit dem Zentrum auseinandersetzt, nicht einver-

standen. Ich gehörte auch dem Zentrum an, und soweit das Zentrumsprogramm christliche Grundsätze enthält, Grundsätze der Gerechtigkeit und religiöser, nationaler und sozialer Gleichberechtigung, so erkenne ich diese Grundsätze noch heute, wie früher, als die meinigen an; ich kenne also das Zentrum genau, ich kenne vor allem die Geistlichen und ihre Gesinnung gegen das polnische Volk; ich weiß, daß diese Gesinnung mit seltenen Ausnahmen wohlwollend und aufrichtig ist, und da ich das alles kenne, muß ich gewisse Abschnitte der Rede des Pfarrers Skowronski bedauern. Ich weiß, daß er mir dies nicht übelnehmen wird.

Das Zentrum hat seine Hakatisten, die Polen haben ihre Radikalen; die Zentrumsführer erkannten die Zeit, die obererschlesischen Verhältnisse nicht; manche polnischen Politiker kennen ihre Lage noch heute nicht. Das Zentrum hat manche Angelegenheit vernachlässigt, die Polen nicht minder. Einzelne Zentrumsleute haben polnische Geistliche ungerecht und unhöflich behandelt, einzelne Polen himmwidern die Zentrumsgeistlichen. Das alles gebe ich zu, aber ich stelle entschieden in Abrede, daß das Zentrumsprogramm und die Zentrumsgeistlichen im allgemeinen den Vorwurf feindlicher und übelwollender Gesinnung gegen das polnische Volk verdienen. Es liegen Mißverständnisse vor, und zwar auf beiden Seiten, aber es ist kein böser Wille da.

Da ich dieses schreibe, bekämpft das Zentrum in Einmütigkeit mit der polnischen Fraktion im Land- und Reichstage die gegen die katholischen Polen gerichteten Ausnahmegeetze. Was folgt daraus? Daraus folgt, daß wir uns zu Haus, in der Heimat ebenfalls vertragen müssen, und weiter daß hier die Eintracht möglich und höchst erwünscht ist. Die polnische Fraktion in Berlin befindet sich ohne das Zentrum in einer schwierigen Lage. Das Zentrum in Oberschlesien ohne das polnische Volk ist nichts.

In anbetracht der so übereinstimmenden Hauptgrundsätze beider Parteien, in anbetracht der so starken Gemeinsamkeit vitaler Interessen und der Gemeinsamkeit der Religion müßten alle persönlichen Angriffe, häusliche Streitigkeiten und Zwistigkeiten zurücktreten und aufhören. Machen wir daher in einem so ernsten Zeitpunkt dieser so unangenehmen und Anstoß erregenden Polemik ein Ende. Verzeihen wir frühere Beleidigungen, reichen wir uns die Bruderhand zur Eintracht, zu gemeinsamer Arbeit, zu gemeinsamem Kampfe, und wenn dies unmöglich ist, dann achten, wenigstens aber ertragen wir einander!

Tichau, den 28. November 1907.

Rapiza, Pfarrer.

Aus Nr. 52 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 1. Dezember 1907:

Graf Ballestrem.

Die Zentrumsleute wundern sich, daß das polnische Volk von dem schlesischen Zentrum nicht viel hören will. Unsere Zentrumsleute entrüsteten sich, daß die polnische Presse den schlesischen Flügel des Zentrums für schlechter hält als die übrige Partei, daß sie ihn für einen Flügel hält, der den Konservativen verwandt ist und manchmal gegen alle christlichen Grundsätze mit unseren heftigsten Feinden, den Hakatisten, kokettiert.

Die preussische Regierung hat jetzt dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, welches das schändlichste Ausnahmerecht gegen einen Teil preussischer Bürger, nämlich die Polen, bildet. Jeder gerechte Mensch, jeder ehrliche Christ muß die preussische Regierung

ob ihrer unchristlichen Absichten beurteilen. Beurteilen muß sie daher auch jeder Anhänger der Zentrumsparthei, die auf ihre Fahne die Losung geschrieben hat: Für Wahrheit, Freiheit und Recht! Leider aber haben sich im Zentrum Männer gefunden — übrigens nicht zum ersten Male —, die diese erhabene Losung mit Füßen treten.

Freitag begannen im preussischen Landtage die Beratungen des Enteignungsgesetzes. Vorher beruft natürlich jede politische Partei eine Sitzung ein, um zu beraten, was mit einem solchen „Gesetz“ zu machen sei. Das gleiche taten selbstverständlich auch die Zentrumsleute.

Unter den Landtagsabgeordneten geht das Gerücht, daß diese Sitzung der Zentrumsfraktion sehr stürmisch gewesen sei, und zwar wegen des Standpunkts, den in Sachen der Polenenteignung zwei schlesische Zentrumsleute, der junge Ballestrem und Graf Strachwitz, der eine wie der andere auch mit Stimmen des polnischen Volkes gewählt, einnahmen.

Diese beiden Herren, suchten nämlich den Nachweis zu führen, daß der Regierung nicht nur 400 Millionen Mark zum Ankauf polnischen Bodens, sondern zugleich auch das Recht, die Polen zu enteignen, gegeben werden müßte.

Als die anderen Zentrumsabgeordneten sie darauf aufmerksam machten, daß dies eine schändliche Ungeheuerlichkeit sei, daß es sich hierbei doch um Katholiken, also um die eigenen Brüder in der katholischen Kirche handle, bemerkte der junge Graf Ballestrem, die Polen seien gar keine Katholiken, man könne sie zur katholischen Kirche nicht zählen. Ob dieser Unverschämtheit entstand natürlich ein ungeheurer Lärm, und insbesondere die Geistlichen Stanke und Abramski hoben die Treue des polnischen Volkes für die katholische Kirche hervor. Wir suchten durch verschiedene Erkundigungen diese Gerüchte zu bestätigen, und wir können erklären, daß sie auf voller Wahrheit beruhen.

Es ist etwas Unerhörtes, daß sich ein überdies mit polnischen Stimmen gewählter Zentrumsabgeordneter erdreistet, vor der Vertreterschaft der deutschen Katholiken solche Beschimpfungen gegen das polnische Volk zu schleudern. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamme. Der alte Ballestrem wollte die Polen aufs M... schlagen. Der junge Graf aber hat die Dreistigkeit, das polnische Volk in unerhörter Weise zu schmähen. Wir erwähnen gar nicht mehr, daß er unchristliche Gesetze verlangt, die das polnische Volk im höchsten Grade kränken. Der junge Ballestrem besitzt zu wenig Kenntnisse, um zu wissen, was die polnische Nation für die hl. Kirche und den katholischen Glauben getan hat.

Die heiligen Väter priesen die polnische Nation ob ihrer Treue und Opferwilligkeit für die Kirche und dankten ihr so oft, daß der preussische Offizier und junge Ballestrem als historischer Ignorant gar nicht imstande ist, eine so große Nation, wie die unsrige, zu beleidigen.

Die Zentrumsabgeordneten aus dem Westen hatten jedenfalls Gelegenheit, sich zu überzeugen, wer verschiedene schlesische Zentrumsleute sind: Konservative und Hafatisten, die sich von den protestantischen preussischen Junkern gar nicht unterscheiden.

Das polnische Volk würde sich mit Schimpf und Schande bedecken, wenn es seine Stimmen den sogenannten Katholiken nach Art eines Ballestrem und Strachwitz geben sollte.

Die Geistlichen in Oberschlesien aber würden dem Volke das größte Unrecht zufügen, wenn sie es im nächsten Jahre überreden wollten, seine Stimmen diesen frechen Hafatisten zu geben.

Aus Nr. 53 des Kurjer Slaski (Kattowitz)
vom 3. Dezember 1907:

Kardinal Kopp.

Seine Eminenz, der Herr Bischof von Breslau, Oberhirt von Hunderttausenden polnischen Katholiken, deren Sprache er gar nicht versteht, zeigt sich von Tag zu Tag als ein „zärtlicherer Vater“, leider aber so zärtlich, wie die „väterliche“ preussische Regierung. Von seinem „Wohlwollen“, von seinen oberhirtlichen Gefühlen für das polnische Volk uns zu überzeugen, hatten wir schon wiederholt Gelegenheit. Wir wollen hier nicht aller seiner dem polnischen Volke erwiesenen „Wohltaten“ Erwähnung tun.

Tief entrüstet muß aber jeden Polen seine oberhirtliche Tätigkeit aus der letzten Zeit. Die preussische Regierung will uns bekanntlich durch ihren Einfluß auf die Reichsgesetzgebung den Gebrauch der Muttersprache in Versammlungen verbieten, und im preussischen Landtage fordert sie das brutale Gesetz der Enteignung der Polen ihres von den Vorfahren ererbten Bodens.

Es ist klar, daß in Zeiten so schwerer Kämpfe auf der parlamentarischen Arena in Berlin jeder Abgeordnete notwendig ist, um über Freud und Leid des polnischen Volkes zu beraten, um seine Stimme in die Wagschale zu werfen, auf der unsere vitalsten Rechte werden abgewogen werden.

Aber Kardinal Kopp ist wahrscheinlich nicht nur nicht allein für seine polnischen Schäflein eingetreten, obgleich er im preussischen Herrenhaus eine Stimme hat, — so oft es sich nämlich bis jetzt um unsere Sache gehandelt hat, erschien er entweder nicht, oder er schwieg hartnäckig — er hilft vielmehr sogar selbst nach Kräften dem hafatistischen Regime.

Wir haben Abgeordnete, polnische Geistliche, aus Oberschlesien. Besonders jetzt sind sie im Parlament notwendig, wo es sich um so wichtige Angelegenheiten handelt. Ein um das Wohl seiner Schäflein besorgter Bischof würde es den geistlichen Abgeordneten noch als eine Priesterehre gebieten, in Berlin zu sitzen und das katholische Volk gegen die Anschläge einer protestantischen Regierung zu verteidigen. Aber die Politik Seiner Eminenz ist anders — sie ist preussisch.

Kardinal Kopp macht unseren geistlichen Abgeordneten den Aufenthalt in Berlin unmöglich. Einen Kaplan der sie vertreten würde, will er ihnen nicht geben, noch nicht geweihten Geistlichen in Breslau erlaubt er nicht, in den Pfarrien unserer geistlichen Abgeordneten die hl. Messe zu lesen und die hl. Sakramente zu erteilen, obgleich er diesen selben Geistlichen eine solche Erlaubnis erteilte, wenn sie in Pfarrien deutscher Geistlichen amtieren sollten. Offenbar können unsere Geistlichen unter dem Einfluß des Herrn Kardinals keine Vertretung bekommen, obgleich es nicht schwer halten würde, Jesuitenpatres aus Österreich-Schlesien als Vertreter zu gewinnen.

Aber, was doch das schlimmste ist, unlängst geruhte unser „Oberhirt“ eine Verfügung zu erlassen, daß es keinem Pfarrer erlaubt sei, seine Pfarrie länger als 24 Stunden ohne Genehmigung des Erzpriesters zu verlassen. Es ist einfach und klar, daß es sich dem Herrn Kardinal darum handelt, unseren geistlichen Abgeordneten die parlamentarische Tätigkeit in Berlin unmöglich zu machen.

So arbeitet ein katholischer Bischof und Kardinal der hl. Kirche für das Wohl einer protestantischen Regierung, die das der Kirche und dem Glauben treue polnische Volk bedrückt und bedrängt.

Wir schreiben dies, damit das polnische Volk weiß, was für einen Bischof es hat, denn einem gerechten Menschen, der diese Politik eines katholischen Bischofs sieht, muß die Geduld ausgehen.

Aus Nr. 273 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. November 1907:

Ein Spion in einem polnischen Verein festgehalten.

In Biskupitz, Kreis Zabrze, in Oberschlesien existiert ein Verein katholischer Arbeiter. Etwa vor zwei Monaten meldete sich beim Vorstand als neues Mitglied ein Mensch, der sich als Franz Kowalski, Arbeiter der Kohlengrube in Zabrze vorstellte. Der Vorstand nahm ihn an und meldete ihn bei der Polizei, weil der Verein von den preussischen Behörden als politischer angesehen wird und deshalb die Mitglieder innerhalb drei Tagen bei der Polizei angemeldet werden müssen. Das neue Mitglied Kowalski begann sich sogleich auf so eifrige Art für alles zu interessieren, daß es manchen Mitgliedern auffiel. Er ließ sich in Gespräche über das Militär, über den Kaiser ein, erkundigte sich, ob man die Mitglieder nicht im Privathause besuchen könnte, ermunterte zum Singen verschiedener Lieder usw. Einige wackere Mitglieder entdeckten nach langem Nachspüren, daß Kowalski ein Spion sei. Am 24. d. M. fand in Biskupitz eine Versammlung statt. Kowalski war erschienen. Der Vorsitzende fragte ihn, wie er denn eigentlich heiße, weil ihm sein wahrer Name bereits bekannt war. Der angebliche Kowalski brachte stotternd hervor, daß er Franz Kowalski heiße. Das begonnene Verhör des an die Wand gedrückten Spions machte indes seinen großen Effekt. Nach verschiedenen Drohereien legitimierte er sich schließlich als Polizeisergeant Pietzonke aus Zabrze, der aus verschiedenen Prozessen gegen die geheimen Abstinentenvereinigungen usw. bekannt ist. Pietzonke hat augenscheinlich infolge dieser Prozesse Neigung zum Ausspionieren von Vereinen gefaßt.

Nachdem sich Pietzonke legitimiert hatte, wurde er sofort aus dem Vereine ausgeschlossen und verließ dann den Saal mit den Worten: „Nuch ich bin Pole!“ Der Vorstand hat bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen Pietzonke gestellt, weil er sich der Fälschung öffentlicher Urkunden schuldig gemacht hat, da der durch ihn irreführte Vorstand den von ihm angenommenen falschen Namen der Polizei angegeben hat.

Das ganze Vorkommnis ist charakteristisch.

Solche Dinge geschehen im Kultur-Preußen, daß ruhige Bürger, die sich in Vereinen versammeln, ein Spion überwacht, dessen Schwachhaftigkeit allerdings seine Absichten verraten hat.

Es ist dies wertvolles Material für unsere Abgeordneten.

Svoj.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 272 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 28. November 1907:

Unter der Spitzmarke „Zwei antipolnische Tage“ schreibt der Dziennik Berliński unter anderem folgendes: Die laufende Woche hat für die polnische Bevölkerung Preußens gar traurig begonnen. Zwei barbarische Angriffe hat das preussische System gegen uns geführt, durch den ersten Angriff sollen wir von unserem Grund und Boden verdrängt und zum obdachlosen Proletariat degradiert werden; durch den zweiten Angriff soll die polnische Sprache aus dem öffentlichen Leben ausgerottet werden. Was heutzutage in der ganzen Welt unmöglich ist, das ist in Preußen doch möglich; das Staatssystem will den Teil der Bevölkerung völlig vernichten, der nur durch Gewalt in das Staats-

gefüge hineingedrängt worden ist. Damit aber der Streich tödlich wirkte, hat man selbst nicht Mittel verschmäht, die als Unrecht bezeichnet werden müssen. In die größeren polnischen Vereine, ja sogar in polnische Privathäuser soll die Polizei eindringen dürfen, sobald sie annimmt, daß dort eine Anzahl von Personen zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten zusammengetreten ist. Die Polizei erachtet aber alles für öffentlich, was polnischen Charakter hat. Schon jetzt hat die Polizei, wo sie nur konnte, die polnischen Privatfestlichkeiten und Versammlungen gestört, nimmere sollten die letzten Schranken fallen, durch die der Eigenmächtigkeit der Polizei den Polen gegenüber ein Damm gesetzt worden ist.

Die Entscheidung darüber, ob das moderne preussische Barbarentum Rechtskraft erlangen soll, liegt in den Händen der freisinnigen Parteien. Fürst Bülow hat den konservativen-liberalen Block absichtlich einer schweren Probe ausgesetzt, um dessen Patriotismus zu erproben. Im Falle der Ablehnung wird Bülow die Freisinnigen für das Scheitern dieser „eminenter wichtigen Vorlage“ verantwortlich machen. Andererseits sieht man, daß die Freisinnigen den § 7 und die Begründung zu § 3 des Vereinsgesetzes nicht abgelehnt haben, da die freisinnige Presse bis jetzt hierzu keine Stellung genommen hat. Offenbar hat sie von der Fraktion die Weisung erhalten, mit dem Urteil bis zum Abschluß der Verhandlungen zurückzuhalten. Es ist auffällig, daß gerade jetzt die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung ihren Antrag auf Einführung der freiheitlichen Landtagswahlen erneuert haben. Die Parteien sind jedenfalls bereit, für diesen Preis ihre freisinnigen Grundsätze zu verkaufen.

Der zweite Schlag, der gegen die Polen geführt worden ist, richtet sich gegen den polnischen Besitzstand. Der Feind will aus dem polnischen Boden Streifen herauschneiden, die ihm am besten gefallen, und die polnischen Besitzer aus ihren Häusern verjagen, ohne auch nur auf diejenigen Rücksicht zu nehmen, deren Familien seit Jahrhunderten auf diesem Boden ansässig sind.

Die nicht versöhnlichen Polen glauben noch immer, daß das Wort „Enteignung“ die Kehlen der Vertreter des neuzeitigen Kreuzrittertums nicht passieren wird. Das Kreuzrittertum weiß, daß es mit der Zustimmung zum Enteignungsgesetze ein Unrecht begeht, das sich an ihnen selbst oder ihren Nachkommen rächen wird.

Aus Nr. 273 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 29. November 1907:

Zu dem Gerücht, daß ein Massenstreik der polnischen landwirtschaftlichen Arbeiter für den Fall der Annahme des Enteignungsgesetzes geplant sei, bemerkt der Dziennik Berliński folgendes:

Es wäre empfehlenswert, daß die polnische Presse und die polnischen Abgeordneten in Galizien und im Weichselgebiete die nach dieser Richtung gehende Aktion schon jetzt unternähmen und recht energisch zur Tat schritten, sobald die Konservativen zum Zustandekommen des Enteignungsgesetzes die Hand mit anlegten. Der Feind werde die Polen noch zu einem Kampfe Auge um Auge, Zahn um Zahn führen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 543 des *Słowo Polskie* (Lemberg)
vom 21. November 1907:

Sinterlistiges Zugeständnis.

Die preußische Regierung hat sich zu einem Zugeständnis für die polnische Bevölkerung in der Provinz Posen aufgerafft. Sie hat gestattet, daß die Kinder während des obligatorischen Schulunterrichts in der Kirche die Religion in der Muttersprache lernen. Zu dem Zweck werden die über zehn Jahre alten Kinder zweimal in der Woche, mindestens zwei Stunden, von dem obligatorischen deutschen Schulunterrichte entbunden.

Dies sieht wirklich nach einem Zugeständnis aus und wer es wollte, der könnte sogar darin ein indirektes Befennen erblicken, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache der Schulkinder erteilt werden müsse.

In Wirklichkeit aber nimmt die preußische Regierung, indem sie dem Wunsche der beiden Verwalter der Erzdiozese Gnesen-Posen entspricht, viel mehr, als sie gibt. Der kirchliche Religionsunterricht fand auch bis jetzt überall in polnischer Sprache zweimal wöchentlich aber infolge der Einführung des deutschen Schulunterrichts sogar noch öfter und zweifellos eifriger statt, was die Regierung nicht hindern konnte. Der Unterschied lag lediglich darin, daß der Unterricht in der schulfreien Zeit, an jedem Mittwoch und Sonnabend nachmittags stattfand. Indem sie jetzt dessen Erteilung während der schulpflichtigen Stunden gestattet, macht die Regierung den Kindern und der Kirche ein gewisses Zugeständnis, den Eltern und der polnischen Gesellschaft aber verschließt sie den Weg zu Protesten gegen den deutschen Schulunterricht. Sie schafft eine Lage, die ihr gestattet, siegreich den Vorwurf zurückzuweisen, sie habe durch die Einführung des deutschen Religionsunterrichts die religiöse Erziehung der polnischen Kinder unmöglich gemacht. An einem derartigen Beweise lag aber der Regierung sehr viel und zwar nicht nur mit Rücksicht auf das katholische Zentrum und die Freisinnigen, die zwar eine nicht religiöse Erziehung als kein Unglück betrachten, sich aber immer noch nicht ganz mit der Gewissensvergewaltigung einverstanden erklären können, sondern auch mit Rücksicht auf den Apostolischen Stuhl. Nachdem die preußische Regierung durch ihren Erlaß ein Argument gegen die ihr gemachten Vorwürfe erhalten, hat sie dem für sie unangenehmen Zwist wegen des deutschen Religionsunterrichts in dem Großherzogtum Posen endgültig mit ihrem Siege ein Ende gemacht. Und wer weiß, ob sie sich nicht jetzt dazu entschließen wird, den deutschen Religionsunterricht auch den Schulen aufzudrängen, in denen sich bis jetzt infolge des Widerstandes der Schulkinder, der polnische Unterricht erhalten hat.

Diese, vom nationalen Standpunkte aus durchaus unerwünschte Seite des Regierungszugeständnisses verdient Beachtung.

Damit aber ist die Sache noch nicht erledigt. Unmittelbar nach diesem „Zugeständnis“ und vielleicht im Zusammenhange mit ihm erschien in dem „Kirchlichen Amtsblatt“ für die Erzdiozese Gnesen-Posen ein Erlaß, der in den polnischen Charakter der katholischen Kirche dieses Landesteils eine neue Bresche schlägt. Die kirchlichen Amtssiegel, die bis jetzt mit polnischen oder lateinischen Inschriften versehen waren, sollen nämlich von jetzt ab ausschließlich deutsche Inschriften tragen. Für das der Kirche im Religionsunterricht gemachte Zugeständnis wird dies gefordert und man hat es erhalten. Das Deutschland drängt sich langsam, aber stetig in die kirchlichen Angelegenheiten ein.

Und dies ist erst der Anfang. Bekanntlich will die preußische Regierung — bis jetzt ohne besonderes Glück — den Einfluß der Kirche auf das polnische Volk dazu benutzen, um ihre Verdeutschungstätigkeit in der Provinz Posen zu fördern, wie sie dies schon längst mit mehr Erfolg in Oberschlesien und in den Diözesen Ermland und Kulm getan hat. Als Bedingung zur Erreichung dieses Zieles betrachtet die Regierung die Verdeutschung der Kapitel und die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen mit einem Deutschen.

Es wurde daran mit großem Eifer und anscheinend mit Erfolg schon bei Lebzeiten des Erzbischofs v. Stabilewski gearbeitet. Da die Kandidatenliste für den erzbischöflichen Stuhl die Kapitel aufstellen, so hat sich die Regierung das Ernennungsrecht neuer Domherren, an Stelle der verstorbenen, in sechs Monaten gesichert und der Zufall fügte es, daß der Tod in die Kapitel von Gnesen und Posen gerade in den Monaten Lücken gerissen hat, in welchen das Ernennungsrecht der Regierung zusteht. Unter dem Erzbischof v. Stabilewski vermehrte sich daher die Anzahl der Deutschen Domherren, doch die Regierung täuschte sich in ihrer Hoffnung, daß sie mit deren Hilfe die Kandidatur eines Germanisators werde durchbringen können. Die von den beiden Kapiteln aufgestellte Kandidatenliste enthält neben 4 polnischen Namen zwei deutsche, jedoch solcher Geistlichen, die den Gedanken der Degradierung der Kirche zu der Rolle eines ausführenden Organs der Verfolgungspolitik mit Entrüstung zurückweisen. Das über die Absichten der preußischen Regierung genau informierte Rom erklärte sich mit einem dem polnischen Volke in der Provinz Posen aufgedrängten Erzbischof, der in nationaler Hinsicht dessen Feind wäre, nicht einverstanden.

Die Regierung aber hat sich den Weg, den sie der polnischen Bevölkerung gegenüber zu verfolgen hat, genau gesteckt und beschlossen, den vorzeitigen Tod des Erzbischofs v. Stabilewski dahin auszunützen, um an seiner Statt einen Germanisator einzusetzen und schritt vor den Schwierigkeiten nicht zurück. Der Botschafter v. Notenhau, der den Papst weder zur Beurteilung der polnischen Nationalbewegung, noch zur Ernennung eines hafatistischen Erzbischofs zu bewegen vermochte, wurde abberufen und an seiner Statt begibt sich der Unterstaatssekretär v. Mühlberg nach Rom, mit dem Auftrage, von dem apostolischen Stuhle ein Zugeständnis zu erlangen, welches sein Vorgänger nicht erhalten konnte. Auf den Weg aber gibt die preußische Regierung ihrem neuen Bevollmächtigten ein Argument mit, das ihr Wohlwollen für die katholische Kirche und die Unhaltbarkeit der polnischen Vorwürfe beweisen soll, nämlich einen Erlaß, der edelmütig den kirchlichen Religionsunterricht während der Schulstunden gestattet. Es ist dies ein gefährliches Argument. In einer Zeit, in der die französische Regierung bestrebt ist, die katholische Kirche zu der Bedeutung einer Privatanstalt herabzudrücken und ihr jegliche besonderen Rechte abspricht, wo in vielen anderen Staaten eine starke Opposition gegen die Stellung der Kirche in die Erscheinung tritt, kann die große Fürsorge der preußischen Regierung um den kirchlichen Religionsunterricht einen Eindruck auf den Vatikan machen, falls nicht die berufenen Faktoren für die Entlarbung der List Sorge tragen werden.

Die Anhänger der neuen Versöhnungspolitik in dem Großherzogtum Posen, die, wie es sich jetzt herausstellt, zahlreicher sind, als man dies mit Rücksicht auf die bestehenden politischen Verhältnisse hätte annehmen können, würden einen unverzeihlichen Fehler begehen, wenn sie das Zugeständnis in dem Religionsunterricht als eine Bestätigung ihrer Ansichten, als einen Beweis dafür betrachten wollten, daß man durch ehrfurchtsvolle Loyalität und diplomatische Unterhand-

lungen Erleichterungen für das polnische Volk erlangen und die Regierung in ihren germanisatorischen Bestrebungen aufhalten könne. Gerade das angebliche, raffiniert hinterlistige „Zugeständnis“ ist ein in die Augen fallender Beweis für die phantastischen Berechnungen zur Versöhnung der Regierung durch Verzichtleistung auf die Nationalwürde und die jedem polnischen Herzen teuren Ideale. Es ist ein Beweis dafür, daß, wenn die preußische Regierung sich zu einer Handlung emporgerafft, welche von den Maiven als eine Erscheinung des Schwanzens oder einer Wendung in der antipolnischen Politik betrachtet werden könnte, sie dies nicht in der Absicht tut, um den Frieden wieder herzustellen, oder dem polnischen Volke die ihm gebührende Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, sondern in der Absicht, aus dem angeblichen Zugeständnis neue Waffen gegen dasselbe zu schmieden und es schließlich zu unterdrücken.

Aus Nr. 272 des Czas (Kraſau)
vom 26. November 1907:

Die Germanisierung.

Im deutschen Reichstage ist die längst angekündigte Vereinsgesetzesvorlage eingebracht worden. Ihre Spitze richtet sich gegen die Polen, in Gemäßheit des § 7, nämlich sollen die Beratungen in deutscher und nur ausnahmsweise in einer anderen Sprache stattfinden, wozu übrigens die Genehmigung der Landeszentralbehörde erforderlich ist. Versammlungen, in denen sich die Redner, trotz des Einspruchs des Regierungskommissars, einer nichtdeutschen Sprache bedienen, sollen aufgelöst werden, außerdem aber kann eine derartige Übertretung Geld- oder Gefängnisstrafe nach sich ziehen.

Der Zweck des Gesetzes ist ersichtlich. Er ist gegen das öffentliche Leben der polnischen Gesellschaft gerichtet und will eine der Hauptquellen stopfen, welcher die Kraft und die Einigkeit dieser Gesellschaft entspringt. Man hat eingesehen, daß einer der Haupthebel, welche das Polentum aufrechterhalten, die Organisation eines ganzen Vereinsnetzes bildet. Die Vorlage führt auf diesem Gebiet die Germanisierung ein, in der Hoffnung, daß sie auf diese Weise eine der Hauptstützen unserer Entwicklung beseitigen und dadurch entweder das bisher üppige soziale Leben hemmen oder es auch in einer von ihr erwünschten Richtung vorwärtsbringen wird.

Über die rechtliche Seite der neuen Vorlage, über deren ethische Begründung und politische Tragweite etwas zu schreiben — erübrigt sich, umsomehr, als dies nur ein Glied in der Kette der neuesten, von der ganzen zivilisierten Welt mit einmütiger Meinung aufgenommenen antipolnischen Mittel ist. Die Vorlage ist eine nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen die Verfassung gerichtete Gewalttat. Verblendet durch den fortwährend von der Regierung gegen die Polen geschürten Haß, sehen die Deutschen, die in dem antipolnischen Kampfe nur ein Werkzeug der Regierung sind, nicht, daß sie durch ihre Beihilfe zur Herbeiführung des, wenn auch vorläufig nur kleinen Risses in dem großen Gebäude der Freiheit und Gleichberechtigung das ganze Gebäude schwächen und sich der Gefahr aussetzen, daß dessen Trümmer sie selbst verschütten können.

In dem Ausrottungskampfe, der alles, was in Preußen noch polnisch ist, vernichten soll, gibt es wohl kein Gebiet mehr, auf dem man nicht Mittel eronnen hätte, die auf unsere schleunige Vernichtung abzielten.

Und doch können, trotz aller Verfolgungen, selbst die Deutschen nicht ihr Staunen über die polnische Lebensfähigkeit verbergen. Sie verstehen nämlich eine Sache nicht, sie verstehen nicht, daß die mächtigste

Kraft, welche die Nationen am Leben erhält, die Kraft ihrer Ideale ist. —

Aus Nr. 273 des Czas (Kraſau)
vom 27. November 1907:

Zwei antipolnische Vorlagen.

Über die kulturelle und politische Bedeutung der gestern in dem preußischen Landtage eingebrachten Enteignungsgesetzesvorlage herrscht nur eine Ansicht: die Vorlage stellt sich als das Mittel eines barbarischen Kampfes dar, der um so gefährlicher ist, als er das heuchlerische Gewand eines legalen Verfahrens hat. Die zivilisierte Welt kann auch nicht im Zweifel darüber sein, welche Folgen eine derartige Politik haben kann. Die Lockerung der Unterlagen, auf die sich der neuzeitige Staat stützt, muß die Folge davon sein. Dadurch erklärt sich auch die Opposition eines Teiles der deutschen Gesellschaft gegen die Vorlage, eine Opposition, die in ihrer Stärke bis jetzt noch nicht bekannt ist.

In rechtlicher Hinsicht stellt die Enteignungsvorlage die Stellung der Polen als außerhalb des Gesetzes dar. Wenn nämlich die Enteignung aus Gründen des Allgemeinwohls zulässig ist, so kann sie nicht gegen einen Teil der Bevölkerung gerichtet sein und deren Ausrottung bezwecken, es sei denn, daß gerade das Schicksal dieses Teiles der Bevölkerung nicht in den Bereich des Allgemeinwohls fällt, d. h. daß gerade dieser Teil der Bevölkerung andere Rechte hat, als deren ganzer übriger Rest.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, ist die Enteignungsvorlage ein revolutionärer Schritt, der für den Staat um so gefährlicher ist, als die Revolution von oben kommt.

Es kann auch kein Zweifel darüber herrschen, daß er, wie bei jeder Revolution, die Anarchie im Gesetz zur Folge haben wird. Das Deutsche Reich wird sie sicher und zwar bald empfinden. Es ist so, denn ein Staat, der einen Teil seiner Bürger als Feinde betrachtet und gegen sie kämpft, befindet sich nicht im Zustande gesetzlicher Ordnung, sondern eben im Zustande der Anarchie, die jeder Krieg nach sich zieht.

Die Vorlage ist die Folge dieser Politik, welche in der Ansiedlungskommission zum wahren Ausdruck gekommen ist. Ihre Tätigkeit begegnete zwei Schwierigkeiten: den hohen Bodenpreisen und dem mangelnden Kaufangebot von Landgütern. Das neue Gesetz soll diese Hindernisse beseitigen. Einerseits sollen durch die Enteignung geschlossene Großgrundbesitze geschaffen werden, andererseits aber geht das Bestreben des Gesetzes dahin, die Bodenpreise herunterzudrücken. In diesem Lichte erscheint die Vorlage als eine doppelte Gewalttat: die Polen sollen nicht nur ihres Grundes und Bodens beraubt werden, sondern dies soll auch geschehen ohne eine den augenblicklichen Preisen entsprechenden Vergütung. Als eine zynische Kavalistik muß deshalb der Vergleich dieses neuen Enteignungssystems mit der Enteignung z. B. zu Eisenbahnzwecken erscheinen. Der Anarchie im Gesetz wird sich die Anarchie im wirtschaftlichen Leben anschließen.

Die Bestimmungen, daß die Bezeichnung des zu enteignenden Territoriums von dem Beschlusse eines Beirats abhängen werde, daß die Wirksamkeit der Rabinetsordre auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein werde, daß schließlich ein Einspruch bei dem Ministerium zulässig sei, werden niemanden täuschen. Hier wird eine Willkür der Verwaltungsbehörden herrschen, in

den polnischen Landesteilen aber wird ein roher, gesetzlich und rechtlich geschützter Ausrottungskampf geführt werden.

Aus Nr. 329 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 28. November 1907:

Gegen den Dreibund.

Wien, den 27. November 1907.

Infolge der Einbringung der Gesetzbildung betreffend die Enteignung der Polen im Landtage durch die Regierung hat die polnische Fraktion im österreichischen Parlament beschlossen, zum ersten Male gegen das Staatsbudget zu stimmen. Es wird eine gegen das österreichisch-deutsche Bündnis gerichtete Aktion sein. Sämtliche polnischen Mitglieder des Herrenhauses werden sich dieser Aktion anschließen. Das Antipolen-Gesetz der preussischen Regierung rief auch in anderen slawischen Parteien des österreichischen Parlaments große Aufregung hervor.

Aus Nr. 330 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 29. November 1907:

Enteignungs-Angelegenheit.

Der im österreichischen Parlament eingebrachte feierliche und energische Protest gegen die exterminelle Politik Preußens hinsichtlich der Polen stellt eine hochbedeutende Tatsache auf dem dunklen Boden des gegenwärtigen politischen Augenblicks dar. Seine unmittelbaren Folgen lassen sich, wenn es sich nicht bloß um die Manifestation als solche, sondern um ihre realen Erfolge handelt nicht ohne weiteres voraussehen. Eine solche Folge könnte die Ausübung eines Drucks auf Preußen sein mit der Möglichkeit des Sturzes des Dreibundes, welcher für die Deutschen — ungeachtet ihres ganzen Hochmuts — den einzigen Stützpunkt in Europa bildet. In dieser Frage wird man dessen ungeachtet Anträge erst bei Gelegenheit der gemeinsamen österreichisch-ungarischen Delegation als Institution zur Entgegennahme des Berichts des Ministers des Äußeren und zur Beschlussfassung über sein Budget stellen können. Die Delegationen sind aber erst für den 20. Dezember einberufen. Und zu dieser Zeit noch wird die Sache sich als nicht so glatt und leicht repräsentieren. Die alte von deutschem und reaktionärem Geist durchdrungene und unter preussischem Druck stehende österreichische Bürokratie wird sich nicht so bald ergeben. Zuvor hat man sie herrschen lassen und die früheren polnischen Fraktionen haben viel verschuldet. Schließlich wird aber doch ein Zustand für die Dauer unhaltbar und einmal muß das frühere Recht des Staates dem Willen der Nationen weichen, welche die Mehrheit im Staate bilden.

Ungeachtet jedoch des weiteren Verlaufs der begonnenen Aktion kann ihre moralische Tragweite nicht so leicht genommen werden. Es sei wie es sei, sie informieren und belehren andere Nationen, welche sich einträchtig zusammenschließen in der Bekämpfung der in der konstitutionellen Geschichte unerhörten Gewalt. Ohne Überhebung kann man sagen, daß die Preußen mit dem Zeichen der Schmach auf der Stirn vereinsamt stehen inmitten der Völker Europas.

Umfang der Enteignung.

Nach den in Bülow's Rede verlesenen Berechnungen beläuft sich der in polnischen Händen noch befindliche Grundbesitz in Posen und Westpreußen auf 1 Million 700 000 Hektar (über 3 Millionen Morgen). Um

diese Fläche im ganzen den polnischen Händen entreißen zu können, würde man unter Zugrundelegung der heutigen Preise zwei und eine halbe Milliarde Mark brauchen. Auch diese Summe hat Fürst Bülow in seiner Rede erwähnt, um die ungeheure Größe der Aufgaben zu kennzeichnen, welche dem preussischen Staat entstehen würden, wenn er die Absicht hätte, das polnische Volk vollständig vom Lande zu vertreiben.

Und unmittelbar darauf beging er eine neue Heuchelei.

Um offenbar die „ehrlichen deutschen Michel“ nicht übermäßig zu erschrecken, die ohnedies schon unter dem Übermaß von Abgaben stöhnen, fügte er bald hinzu, daß die preussische Regierung einen solchen Entschluß „zur Zeit“ noch nicht gefaßt habe. Die Enteignung der Polen soll sich nur auf solche Verhältnisse beschränken, welche dem deutschen Element in den beiden Landesteilen das absolute zahlenmäßige und materielle Übergewicht gegenüber den Polen sichern würde. Sie soll bis zu dem Grade das polnische Element schwächen, daß es ein für allemal sogar den Traum von der Möglichkeit der Losreißung von Preußen, der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens — mit diesen Landesteilen, die ihre Bestandteile sind. Zu diesem Zwecke, sagte er, brauchen wir mehr polnischen Boden, wir müssen ihn in größeren abgeschlossenen Gebieten erwerben, und weil wir ihn auf dem Wege des freihändigen Verkaufs nicht mehr erreichen können — müssen wir übergehen zu dem System der zwangsweisen Enteignung!

Auch in dieser Form klang die Ankündigung des Kanzlers überaus brutal, und doch enthält sie noch Heuchelei. Wie kann nämlich die preussische Regierung ihre Absicht der vollständigen Vertreibung der Polen vom Boden bestreiten, wenn sie faktisch schon seit 20 Jahren danach strebt? Sind denn nicht für diesen Zweck bisher 450 Millionen Mark ausgegeben worden, ist nicht mit ihrer Hilfe der polnische Boden um ungefähr 1 Million Morgen verringert worden? Zusammen mit den augenblicklich geforderten 400 Millionen sind doch schon 850 Millionen aufgewendet, um den seit ewigen Zeiten polnischen Besitz an sich zu reißen. Es hat doch Fürst Bülow am Ende seiner Rede offen erklärt, daß die preussische Regierung von diesem Wege nicht abgehen, sondern ihn konsequent weiter schreiten werde.

Die Heuchelei wird also nicht ausreichen, preussische Regierung, die europäische Meinung irre zu führen, sie wird nicht ausreichen zur Verdeckung der Tatsache, daß man einen Raub in so mächtigem Umfange beginnt, wie er in solcher Form in Europa noch nicht gesehen wurde!

Stimmen der österreichischen Presse.

Die Wiener Allgemeine Zeitung tritt gegen die Enteignung der Polen in Preußen auf und verspottet den Fürsten Bülow, welcher in seiner gestrigen Rede behauptet, er trete in die Spuren Bismarcks. Das Blatt hebt hervor, daß Bülow deshalb den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Einbringung des Projekts gewählt habe, weil er ihm geeignet erscheint in Rücksicht auf die allgemeine Weltlage. Rußland hat gegenwärtig viel Kummer innerhalb des Staates und kann den Vorgängen außerhalb der Grenze nicht übermäßig viel Beachtung schenken. Fürst Bülow braucht sich also ganz und gar nicht nach Rußland umzusehen, wo es schließlich den Polen noch besser geht wie in Deutschland. Im absolutistisch regierten Rußland, wo es gar keinen rechtmäßigen Schutz gibt, haben die Polen mehr nationale und ökonomische Freiheiten, wie im konstitutionellen Deutschland. Es ist soweit ge-

kommen, schreibt die Wiener Allgemeine Zeitung, daß Staaten ohne Konstitution den bürgerlichen Rechten mehr Schutz gewähren, als konstitutionelle. Bülow ist im Irrtum und er wird sich überzeugen, daß man in der Tat wohl den Boden einnehmen, aber die Nation nicht unterjochen kann.

Unter dem Titel „Einbruchs-Politik“ veröffentlicht das Neue Wiener Journal einen gewaltigen Artikel gegen Fürst Bülow. Das Blatt zeigt, daß die Antipolen-Politik in Deutschland ihren Bankerott eingesehen hat und daß die Gewalt-Politik, welche man jetzt beginnt, nicht zum Ziele führen wird. Mit welchem Recht kann Bülow die Polen Fremde nennen, sie, welche seit undenklichen Zeiten auf diesem Boden sitzen, auf eigenem Boden! Und wenn sie schließlich Fremde wären, so wäre ein solches Vorgehen vom Standpunkt der Kultur und Zivilisation unverständlich. Weshalb führt Bülow nicht eine solche Politik in den westlichen Provinzen des Staates, in Elsaß und Lothringen? Weil er die französische Republik fürchtet, welche ein solches Vorgehen nie gestatten würde. Was die Polen anbelangt, so weiß er genau, daß sie auf keine Hilfe außerhalb der Grenze zu rechnen haben. Ein solches Vorgehen kennzeichnet nicht den deutschen Mut. Bülow mag sich überlegen, denn Polen leben auch noch außerhalb des Staates und spielen in Österreich eine genügend wichtige Rolle, als daß sie ein Bündnis gestatten sollten, mit einem Staat, welcher ihre Brüder so schädigt und verfolgt. Wenn die Deutschen glauben, daß die Angelegenheit nicht auf Widerstand stoßen wird, dann täuschen sie sich, denn die Polen in Österreich sind bereit, in die Verteidigung ihrer Brüder in Preußen einzutreten und die Stellung der Polen in den Delegationen kann zum Ausgangspunkt einer parlamentarischen Organisation gegen die Preußen werden.

Das „Vaterland“ drückt die Befürchtung aus, daß wenn in Preußen erst einmal der Grundsatz zur Enteignung laut geworden ist, die Konsequenzen des Gesetzes ebenso auch die Deutschen tragen mögen.

Aufruf!

Die galizischen Tageblätter veröffentlichen folgenden Aufruf:

„Wir stehen vor einem schrecklichen, in der Geschichte unerhörten, wilden Attentat auf die angeborenen Rechte unserer Nation im preußischen Anteil. Lediglich deshalb, weil wir schwächer sind, werfen sich mit dem Bludurst wilder Tiere die Repräsentanten der preußischen Regierung auf uns.“

Es ist eine unerhörte Sache, daß der Staatsmann, Kanzler eines mächtigen europäischen Staates, den Mut haben soll, auf der parlamentarischen Tribüne die erhabensten Volksideale zu zertreten, dasjenige Symbol schändlich zu behandeln, in dessen Verteidigung so viel Blut vergossen wurde und welches geheiligt und unverletzlich gemacht wurde durch die Konstitution aller Nationen und Länder.

Nicht das Recht der polnischen Nation wurde durch den Fürsten Bülow und die preußische Regierung brutal zertreten, aber das Recht der ganzen Menschheit, das Recht zum Leben und Wirken der nationalen Gesamtheit und des einzelnen Menschen. Fürst Bülow hat der ganzen Zivilisation, der ganzen Menschheit, welche das Recht hat, ihr Eigentum zu verlangen, dasjenige, was sie erkämpft und erkauft hat mit ihren Blutsnachfolgern, mit der Entkräftung ganzer Geschlechter und seiner edelsten Repräsentanten, die Schmach ins Gesicht geschleudert. Das millionenstarke Volk soll sich aus seinem uralten Sitz hinausmachen, man will ihm die Mittel zum Leben nehmen und die Möglichkeit, sich öffentlich der Muttersprache zu bedienen!

Die Deutschen müßten sich der Tyrannei schämen — sie, welchen die Vergangenheit andere Traditionen vermacht hat, sie, welche ebenfalls für die Freiheit so viele Opfer bringen mußten. Ob die zivilisierte Welt sich ihres geistigen Eigentums, nach welchem die Banditenhand an der Spree reicht, erinnern wird — werden wir sehen. Aber wir, wir unmittelbar Bedrohten, müssen einen Ausdruck für unsere Gefühle finden. Wir müssen auf den Straßenraub reagieren, wir müssen uns wehren. So schlimm ist es noch nicht — noch sind wir nicht sämtlicher Mittel der Selbstverteidigung entblößt.

Und nun die erste Sache:

„Auch nicht einen Groschen für deutsche Ware! Und wenn wir uns in Leinwandfittel kleiden sollten, wir dürfen keine preußischen Fabrikate nehmen! Zu so viel Energie, zu so viel politischem Verständnis müssen wir es schließlich gebracht haben.“

Die polnischen Kaufleute müssen in dieser Sache Hand in Hand mit dem ganzen Volke gehen. Mögen sie beizeiten die Mittel ersinnen, das ist ihre Pflicht.

Noch einmal, sämtliche polnischen Repräsentationen, beginnend von der polnischen Fraktion bis endigend bei dem Gemeinderat des verfallenen polnischen Dörflchens — sämtliche in polnischen Händen befindlichen Institute, Korporationen und Vereine müssen ihre donnernde Stimme des Protestes gegen das an unserer Nation zu begehende Verbrechen erheben.

Man muß einmal das Vorgehen der Nation, welche Polen wie eine giftige Otter groß gezogen hat, beim vollen Namen nennen.

So viel für jetzt. Es wird dies unsere dringendste und wichtigste Aufgabe sein, welche wir ergreifen werden, in Solidarität mit sämtlichen Sphären des polnischen Volkes.

Wir müssen uns finden auf solidarischer Aktion ohne Rücksicht auf politische Fraktionen und Parteien, ohne Rücksicht auf Stand und Beruf. Das Volk soll wirken, es geht um Polen.“

Aus Nr. 330 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 29. November 1907:

Historischer Augenblick.

(Eigene Telegramme des Kurjer Warszawski.)

Wien, den 28. November.

Die Dreibund-Politik erlitt heute im österreichischen Parlament eine empfindliche Niederlage.

Aus eigener Veranlassung, ohne Verständigung mit den Polen, haben andere slawische Abgeordnete auf Antrag der tschechischen Abgeordneten Kramarz und Mofacz, sowie des altruthenischen Murkow beschlossen, in der Form einer an den Präsidenten des Parlaments gerichteten Anfrage einen Protest gegen die Antipolen-Politik der preußischen Regierung einzubringen.

Als erster sprach in der Angelegenheit des, wie bereits bekannt, von den Polen beschlossenen Protestes der Vorsitzende der Fraktion, Professor Glombinski.

Im Hause herrschte während dieser Rede feierliche Stille, sämtliche polnischen Abgeordneten hatten sich von ihren Plätzen erhoben. Die Minister wußten, worüber Glombinski sprechen würde und verließen den Saal. Ihnen schlossen sich an die Ruthenisch-Nationalen, sowie die Mehrheit der Vertreter der deutschen Parteien.

Nach dem Glombinski'schen Protest erklärte der Präsident des Hauses, Weißkirchner (christlich-sozial), daß er als Präsident des Parlaments nicht das Recht habe, seine Ansicht über das Vorgehen der preußischen Regierung auszusprechen, er meint jedoch, daß es

Pflicht des Ministerpräsidenten wäre, sich in dieser Angelegenheit anzulassen.

Diese Worte werden von den Anwesenden mit lang anhaltenden stürmischen Händeklatschen aufgenommen.

Ferner protestieren der Reihe nach: der liberale Slowak Hribar, Altruthene Markow, Sozialisten Hudec und Breiter und die Tschechen Klossac und Kramarz. Die Reden werden vom Hause feierlich aufgenommen. Weiter sprechen: Zionist Stauch, ruthenischer Sozialist Witk, der Slowakisch-Klerikale Kret, sowie der Führer der polnischen Volkspartei Stapiński.

Mit allgemeinem Enthusiasmus wurde der Protest des Präses des bauerlichen Abgeordnetenklubs Conciego angenommen.

Die Proteste dauerten eine Stunde und fünfzehn Minuten und machten einen gewaltigen Eindruck.

Es bemühten sich schwach, ihm entgegen zu treten die Alldeutschen, sowie die Abgeordneten Stransky und Malik. Die übrigen deutschen Parteien verhielten sich passiv.

Aus den heutigen Vorgängen zeigt sich, daß die gewaltige Mehrheit der Abgeordneten gegen das Bündnis mit den Deutschen protestiert.

Der Präsident Weißkirchner, welchem die Regierung Vorstellungen machte, daß er dem Reglement zuwider die Proteste zugelassen habe, antwortete mit Lächeln: „In diesem Hause wird das Reglement bei jeder Gelegenheit mit Füßen getreten; ich kann keine Ausnahme machen zum Nachteil der Polen.“

Das kräftigste, charakteristische Zeichen des heutigen Tages im Parlament war die unbedingte Einmütigkeit der polnischen, sowie die Solidarität der slawischen Abgeordneten.

Wien, den 28. November.

Als bald nach der heutigen Sitzung des Staatsrats hat sich der deutsche Gesandte Tschirschky, informiert über den Protest, zum österreichischen Minister des Äußeren Lehrenthal begeben.

Wien, den 28. November.

Neben dem Protest gegen das Projekt des preußischen Enteignungsgesetzes hat die polnische Fraktion heute im Staatsrat eine Erklärung gegen das deutsche Projekt des Vereins- und Versammlungsgesetzes eingebracht.

Dienstag, den 28. November.

Die ganze ungarische Presse protestiert in mächtigen Artikeln gegen das Projekt des Enteignungsgesetzes, indem sie das Projekt einen preußischen Gewaltakt nennt.

Aus Nr. 330 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 29. November 1907:

Enteignungs-Angelegenheit.

Vom eigenen Korrespondenten des Kurjer.

Wien, 29. November.

Die Presse erkennt ohne Ausnahme an, daß der Protest der Polen begründet war.

Nur die „Neue Freie Presse“ ergießt ihre ganze Wut gegen den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Weißkirchner, weil er die gestrigen Vorgänge zugelassen hat.

Der jung-tschechische Abgeordnete Kramarz, auf dessen Initiative sich die slawischen Abgeordneten dem polnischen Protest gegen das antipolnische Gesetz der preußischen Regierung angeschlossen haben, erhielt hunderte von Dankestelegrammen.

Aus Nr. 330 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 24. November 1907:

Enteignungsangelegenheit.

Aus Anlaß der gestrigen Manifestation im Wiener Parlament haben wir heute an ihren Initiator, den tschechischen Abgeordneten Dr. Kramarz folgendes Telegramm geschickt:

„Ehre dem Initiator des Protestes gegenüber der preußischen Gewalt für die Tat echter slawischer Solidarität.“
Kurjer Warszawski.

Wir vermuten, daß sich in Warschau viele Institute, Korporationen und Privatpersonen finden werden, die in ganzer Würdigung der weittragenden Bedeutung der Wiener Manifestation auf die Sache unserer bedrohten Posener Landsleute mit Ausdrücken der Anerkennung für den Abgeordneten Kramarz nachkommen, welche diesem Dank und Ansporn zu weiterer ähnlicher Aktion sein werden.

In dieser Überzeugung geben wir nachträglich die Adresse des Dr. Kramarz auf: „Wien, Abgeordnetenhaus Dr. Kramarz.“

* * *

Wir erfahren, daß verschiedene Institute Gratulationstelegramme an Dr. Kramarz bereits abgeschickt haben. Als eins der ersten hat die Vereinigung der Artisten der Warschauer Theater ein Telegramm folgenden Inhalts abgeschickt:

„Dem wahrhaften Freund der Polen den Ausdruck der Verehrung und Dankbarkeit.“
Vereinigung der Artisten der Warschauer Theater.

Aus Nr. 330 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 29. November 1907:

Enteignungsangelegenheit

Vom eigenen Korrespondenten des Kurjer.

Paris, 20. November.

Die französische Presse bestätigt den Bankrott der gegenwärtigen preußischen Politik und bekämpft einmütig das Projekt der Enteignung. Die Temps nennt das Projekt des preußischen Gesetzes abenteuerlich, das Journal des Debats widersprechend den Kulturbegriffen. Siecle vergleicht es mit der türkischen und persischen Methode der Bekämpfung fremder Stämme: Etoile Belge bezeichnet es als Gewalt und zitiert die vom Pressbureau des Nationalrats herausgegebene Broschüre über den Schulstreik.

Aus Nr. 40 des Kraj (Petersburg)

vom 9. (22.) November 1907:

Das Urteil der Fremden über uns.

In der in Salon (Provence) erscheinenden politischen Wochenschrift „La democratie“ finden wir einen Leitartikel unter der Überschrift:

„L'école prussienne en Pologne.“

„Wenn wir“ — so schreibt der Verfasser — „in den alten Chroniken von den blutigen, gegen die unterjochten Nationen gerichteten Verfolgungen der Tyrannen lesen, wenn wir bedenken, daß so viele Menschen für ihre religiösen Glaubensbekenntnisse diesen Verfolgungen unterlagen, bemächtigt sich unserer ein Schauer, gleichzeitig

aber auch die Freude, daß alle diese Dinge der Geschichte angehören und daß wir sie in unseren Zeiten nie wiedersehen werden. Dieses sonst berechnete Freudengefühl muß zurückgehalten werden; die Verfolgungsepoche ist noch nicht beendet; es gibt in Europa noch ein Land, in welchem die Zivilisation ihr heilbringendes Werk noch nicht vollführt hat und wo die Verfolgungen unter einer um so schrecklicheren Gestalt in die Erscheinung treten, als sie sich auf die Kinder beziehen. Die Geschichte ist einfach, aber schrecklich. Nach den drei Teilungen, nach dem Wiener Kongreß, wurde Polen aus der Karte Europas gestrichen... Es schien, daß nach dem brutalen Siege die polnische Nationalität für immer vernichtet worden sei... Nach dem Verluste aller Rechte jedoch war ihr eines geblieben: die Sprache... Und es folgten unzählige Erlasse von oben, die den Gebrauch dieser Sprache in den Schulen verboten. Aber man begegnete hier einem in der Geschichte einzig dastehenden derartigen Falle — dem warmen Patriotismus kleiner Kinder, die heldenmütig die Verwerfung der Muttersprache abwießen..."

Welch ein Octave Mirbeau (Verfasser des „Le jardin des supplices“) könnte sich einen derartigen „Martergarten“ vorstellen? Welcher Henker könnte eine gleich gemeine Grausamkeit begehen?"

Aus Nr. 558 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 29. November 1907:

Protest gegen die preußische Barbarei. L e m b e r g, den 14. November.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Lemberg hat folgendes beschloffen:

1. Gegen die beabsichtigte Gewalttat der preußischen antipolnischen Politik Einspruch zu erheben.
2. Zu Händen des Vorsitzenden der polnischen Fraktion in Berlin unseren Landsleuten unser tiefstes Beileid und Worte des Ansporns zu weiterem erfolgreichen und ausdauernden Schutze gegen die Gewalttätigkeit und Übermacht, sowie die Versicherung der innigsten Hilfe seitens der polnischen Gesellschaft zu übersenden.
3. Das Präsidium aufzufordern, sich an alle polnischen Abgeordneten in Wien mit der Bitte zu wenden, eine möglichst energische Aktion im Staatsrate und in den gemeinschaftlichen Delegationen gegen die Angriffe zu veranlassen, die gegen unsere Landsleute seitens des politischen Bundesgenossen der österreichischen Monarchie gerichtet werden.
4. In Anbetracht der großen Bedeutung dieses für unsere Nation so traurigen geschichtlichen Augenblicks wird die Lemberger Stadtverordneten-Versammlung beschließen, alle weiteren Beratungen zu vertagen und die heutige Sitzung des Kollegiums zu schließen.

Aus Nr. 552 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 30. November 1907:

Rundgebung der Stadtverordneten-Versammlung in Kraukau.

K r a u k a u, den 30. November.

Der Bürgermeister der Stadt Kraukau verlas in der heutigen, außerordentlich zahlreich besuchten Stadtverordneten-Versammlung die nachstehende, von sämtlichen Stadtverordneten unterschriebene Resolution:
„Das Stadtverordneten-Kollegium der Stadt Kraukau schließt sich dem von der Gesamtvertretung der

polnischen Nation im österreichischen Reichsrate erhobenen feierlichen Proteste gegen die barbarischen, der Menschheit hohnsprechenden, im preußischen Landtage und im deutschen Reichstage eingebrachten Gesetzentwürfen an, die dahin abzielen, unserer Nation ihre teuersten Güter — den Grund und Boden, sowie die Muttersprache im öffentlichen Leben zu entreißen. Das Stadtverordneten-Kollegium der Stadt Kraukau solidarisiert sich in diesem schweren Augenblicke mit den Polen im preußischen Anteil in deren Arbeit und deren Kampfe um die Erhaltung des nationalen Daseins.“ (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Aus Nr. 558 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 29. November 1907:

Protest gegen die Enteignungsvorlage.

Dr. Glombinski: Vor zwei Tagen wurden in dem mit der österreichischen Monarchie befreundeten deutschen Nachbarreiche und zwar in dem deutschen Reichs- und dem preußischen Landtage zwei antipolnische Gesetzentwürfen eingebracht, die wir als unkulturell und als solche bezeichnen müssen, die geeignet sind, in dem Nationalbewußtsein die Unterlagen des Rechts und der internationalen Verhältnisse zu untergraben. Den Polen soll in dem Deutschen Reiche ihr natürliches, ihnen durch die Verfassung garantiertes Recht des Gebrauchs ihrer Sprache in den Versammlungen genommen werden. In den polnischen, zu Preußen gehörenden Landesteilen aber soll in Zukunft die Ansiedlungs-Kommission darüber entscheiden, in welchen Gegenden die Polen ihres Grundes und Bodens und allen Zubehörs, ohne Rücksicht darauf, daß sie dort seit unendlichen Zeiten sich in ihrer Heimat befinden, beraubt werden sollen.

Abg. Kroy: Was geht das den österreichischen Staatsrat an? (Rufe von verschiedenen Seiten: Ruhe!)

Dr. Glombinski: Wir können uns nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß es möglich sein könnte, für derartige, in der Geschichte unerhörte und der ganzen Zivilisation widersprechende Gesetzentwürfe die Mehrheit unter den Vertretern der deutschen Nation zu gewinnen, dieser Nation, deren Kultur und Rechtsbewußtsein wir hochachteten und die in der Geschichte der Zivilisation und des Fortschritts eine so hervorragende Stellung einnimmt. Wir sind überzeugt, daß derartige, bisher unerhörte Maßnahmen zwecks Ausrottung einer Nation, deren Schuld lediglich und ausschließlich darin besteht, daß sie einen lebendigen Bestandteil einer großen, auch außerhalb der Grenzen Preußens lebenden Nation bildet, welcher es nicht erlaubt ist, auf ihre Nationalrechte, auf ihre Sprache und ihren Grund und Boden zu verzichten — den Zweck verfehlen und nur dazu beitragen müssen, den lebendigen Organismus sowohl der deutschen Nation, als auch den ihres Bundesgenossen, Österreich-Ungarns, zu erschüttern.

Als Vertreter der polnischen Nation in diesem Staate, dessen monarchische Stellung wir stets verteidigten, betrachten wir es angesichts dieses, aus den Vertretern aller Nationen zusammengesetzten Hauses und angesichts der ganzen zivilisierten Welt als unsere heilige Pflicht, gegen derartige preußische Attentate auf die natürlichen Rechte der polnischen Nation einen feierlichen Protest zu erheben, einen Protest gegen die Verletzung der Rechte unserer Nation und der durch Traktate garantierten Rechte der österreichischen Bürger in den Deutschen Reiche, gegen das Attentat auf die Grundlagen der christlichen Kultur (stürmischer Beifall und Bravorufe) und an die berufenen Faktoren unserer Monarchie, sowie an die Vertreter aller Nationen einen Appell zu richten, damit sie genau erwägen, wohin eine der-

artige Politik die neuzeitige Zivilisation und das Staatsleben der Gegenwart führen kann? Da wir uns in diesem Augenblick mit dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit nicht weiter befassen können, will ich mich darauf beschränken, im Namen der polnischen Fraktion an den Präsidenten des Hauses die Frage zu richten, ob er geneigt sei, von diesen unseren Gefühlen die berufenen maßgebenden Faktoren in Kenntnis zu setzen. (Stürmischer Beifall.)

Präsident Dr. Weißkirchen: Hohes Haus! Die vom Herrn Dr. Glombinski angeregte Sache ist meines Erachtens keine derartige, die in den Bereich der Abgeordneten des Staatsrats gehört, die Stelle aber, von der ich spreche, verbietet mir, meine persönliche Ansicht über die in der preussischen Monarchie hier zur Sprache gebrachten Maßnahmen zu äußern. Ich glaube jedoch, daß der österreichische Ministerpräsident verpflichtet ist, sich der Sache anzunehmen. Ich ersuche deshalb Herrn Dr. Glombinski, die Sache in einer Interpellation an den Ministerpräsidenten zur Sprache zu bringen. (Lebhafte Bravorufe.)

Aus Nr. 326 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 25. November 1907:

Die Zusammenkunft der Delegierten der Kolkos der Polska Macierz Szkolna.

Seltene Gäste beherbergt heute unsere Hauptstadt in ihren Mauern.

Aus den entferntesten Winkeln des Landes ist eine Legion von Leuten der sozialen Arbeit herbeigeeilt, eine Legion von Männern, die für die Aufklärung tätig sind, um über die weitere Entwicklung der Polska Macierz Szkolna zu beraten, die mit ihren weißen Erzengelstügeln als wahre Mutter das ganze Land beschirmt hat und an dem Himmel unseres Landes die strahlende Lösung entflammt hat, die da lautet:

„Mögen die Lebenden nicht die Hoffnung verlieren

Und die Leuchte der Aufklärung der Nation vorantreiben.“

Es möge uns gestattet sein, die seltenen Gäste, die so zahlreich mit großen Absichten sich im Namen der erhabenen Lösung zum Appell gestellt haben, mit dem altpolnischen „Gloria“ zu begrüßen.

* * *

Die Delegiertenzusammenkunft hat gestern begonnen. Kein Zug lief auf den vier Bahnhöfen ein, ohne eine größere oder kleinere Anzahl von Delegierten der Macierz mitzubringen. Diese wurden von den hierzu bestimmten Mitgliedern des Festkomitees begrüßt. Dieses besaßte sich auch damit, die Ankömmlinge in den bereits vorher beschafften Quartieren unterzubringen und ihnen die erforderlichen Informationen zu erteilen.

Für die Delegierten stehen dem Komitee einige Hotels und viele Privatwohnungen zur Verfügung.

Die Bauern und die weniger bemittelten Delegierten erhalten außer freiem Nachtquartier noch freien Lebensunterhalt.

Die frühzeitig eingetroffenen Delegierten der Provinzialkolkos benutzten den gestrigen Tag zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt, des pädagogischen Museums für Volksaufklärung (Sadowa Nr. 12), ferner besuchten sie die einzelnen Kolkos, deren Schulen, Spielschulen und Bibliotheken.

Abends 9 Uhr versammelten sie sich im Gebäude des Technikervereins, wo eine

Vereinssammlung

stattfind. Zur Versammlung erschienen über 1500 Personen, die den großen Ballsaal, die angrenzenden Zimmer und den Restaurationsaal völlig füllten.

Die Honneurs erwiesen die Mitglieder des Hauptvorstandes mit dem Rechtsanwalt Anton Osuchowski an der Spitze, die Aufsichtsratsmitglieder und schließlich die Mitglieder des Festkomitees.

Man machte sich gegenseitig bekannt, informierte sich und beriet untereinander.

Im Saale bemerkten wir neben den in imponierender Zahl erschienenen Delegierten der Provinzialkolkos, die alle Stände ohne Ausnahme umfaßten, neben den Bauern und ihren farbigen Knechten, neben zahlreichen Vertretern der Geistlichkeit, der Gutsbesitzer und der Aristokratie auch viele Repräsentanten unseres Unterrichtswesens als Delegierte der kulturellen und Lehrinstitute, Vertreter der Literatur und Journalisten, Pädagogen — mit einem Worte — es fehlte niemand von den Leuten, die für die Zukunft unseres Landes arbeiten, die der Ruhm und der Stolz unserer Hauptstadt sind.

In einer drei Stunden andauernden lebhaften Unterhaltung wurden die Einzelheiten des Programms der Zusammenkunft und der ihrer harrenden Arbeiten besprochen.

Gleichzeitig war im Foyer das Bureau der Zusammenkunft in seinem vollen Bestande tätig; es prüfte die Vollmachten der erschienenen Delegierten, stellte ihnen Eintrittskarten aus und erteilte ihnen nähere Informationen.

Die einzelnen Sektionen nahmen die Anträge der einzelnen Gruppen entgegen, um sie noch vor der Versammlung prüfen und den zuständigen Sektionen überweisen zu können.

Zu diesem Zwecke war eine Beratung des Hauptvorstandes und des Aufsichtsrates notwendig. Diese versammelten sich jeder für sich und trafen über die wichtigen Angelegenheiten sofort ihre Entscheidung.

Der Hauptvorstand und der Aufsichtsrat arbeiteten bis in die späte Nacht hinein.

Gegen Mitternacht begannen die Teilnehmer an der Vereinsversammlung auseinanderzugehen, um heute mit dem ersten Tag der Beratungen der Zusammenkunft zu beginnen.

Dieser begann mit einem

Gottesdienst in der St. Johannes-Kathedrale.

Der für heute in der St. Johannes-Kathedrale auf Intention der ersten Delegiertenzusammenkunft der Macierz angeordnete Gottesdienst verlief höchst feierlich.

Das Presbyterium der Kathedrale war mit Blumen geschmückt und herrlich erleuchtet.

Gleich nach 9 Uhr begannen die Delegierten der Kolkos und die zu den Beratungen geladenen geistlichen und weltlichen Gäste, außerdem das gläubige Volk der Kathedrale zuzueilen und bald war die Kathedrale bis an die Türen gefüllt.

Um 9¹/₂ Uhr begann Seine Exzellenz Kasimir Ruszkiewicz, der Suffraganbischof von Warschau, in Assistenz des Vikars der Kathedrale Josef Debnicki und eines zahlreichen Klerus die heilige Messe zu lesen und er beendigte sie damit, daß er allen Versammelten seinen Segen erteilte.

Während der heiligen Messe, die um 10 Uhr beendet war, sang ein Chor religiöse Lieder.

Die zahlreichen geistlichen Delegierten hörten die Messe auf den Bänken der Domherren sitzend an, die weltlichen Delegierten nahmen das Mittelschiff ein.

Die erste Plenarsitzung in der Philharmonie.

Die Versammlung eröffnete und leitete der Vorsitzende des Hauptvorstandes der Polska Macierz Szkolna, Rechtsanwalt Anton Osuchowski, der mit enthusiastischem Beifall begrüßt wurde.

In der Einleitung bemerkte er, daß er die Zusammenkunft in Vertretung des Präsidenten des Aufsichtsrats, Heinrich Sienkiewicz, eröffne, da es diesem nicht möglich gewesen wäre, nach Warschau zu kommen. Rechtsanwalt Dsuchowski begrüßte zunächst die als Gäste erschienenen Repräsentanten der Lehrinstitute aus dem Vaterlande und aus dem Auslande, unter ihnen die Abgeordneten des galizischen Volksschulen-Vereins und der Macierz Szkolna des Herzogtums Teschen.

Mit warmem Beifall begrüßten die Versammelten die lieben Gäste von jenseits der Grenzpfähle.

An die herbeigeeilten Delegierten der Kossos wandte sich der würdige Vorsitzende mit den begeisterten Worten Skargas:

„Ihr seid im Namen Gottes zusammengekommen, um die Gefahren der Krone zu untersuchen, um das zu stützen, was sich zum Falle neigt, um das zu verbessern, was vernichtet ist, um das zu heilen, was verletzt ist, um das wieder zu vereinigen, was sich gelöst hat und um als Häupter des Volkes, euerer Brüder und Mitglieder, als Wächter der Schlafenden, als Führer der Unwissenden, als Erleuchter der Ungebildeten, als Väter der einsältigen Kinder über ihr Wohl und über ihre Ruhe nachzudenken.“

Nach der Begrüßung gab Rechtsanwalt Dsuchowski einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der Polska Macierz Szkolna. Er wies in der Einleitung darauf hin, daß unser Land trotz der herrlichen Traditionen der Edukationskommission 75% Analphabeten hätte, und daß die Macierz, als sie an die Arbeit herangegangen wäre, ein ungeheures Arbeitsfeld vor sich gehabt hätte. Redner machte dann auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die die Macierz auf ihrem Wege zu überwinden gehabt hätte.

Der Gegenstand der allgemeinen Sorge der Volksgesamtheit, die Aufklärung möglichst großer Massen auf dem Wege der sozialen Selbsthilfe, hätte wo anders die Unterstützung der Behörden gefunden; bei uns haben uns aber die Behörden, deren Hauptaufgabe es ist, auf dem Gebiete der Aufklärung mitzuwirken, selbst Hindernisse in den Weg gelegt.

Nachdem er darauf den rechtlichen Standpunkt der Macierz besprochen hatte, zählte der Redner der Reihe nach die Hauptpunkte auf, nach denen die Tätigkeit der Macierz geregelt sei.

Die Aufklärung der Volksmassen in Stadt und Land, das ist die erste Aufgabe der Macierz und zwar unter der erhabenen Losung der ursprünglichen Traditionen, ohne Unterschied der Religion und der polnischen Anschauungen, eine Aufgabe, die nur dem allgemeinen Wohle gewidmet ist und alle persönlichen und Klasseninteressen unterordnet.

Die Erklärung des Vorsitzenden des Hauptvorstandes von dem parteilosen Standpunkt der Macierz nahmen die Versammelten mit lang andauerndem Beifall auf.

Nach einer Pause, während welcher Hochrufe auf den Vorsitzenden des Hauptvorstandes, Rechtsanwalt Dsuchowski, ausgebracht wurden, ging man an die Wahl des Präsidiums.

Der zum Vorsitzenden der Versammlung vorgeschlagene Regens Nowak lehnte diese Würde ab. Die erste Stelle im Präsidium erhielt der nächste Kandidat, Stanislaus Sliwinski aus Antopol, der zu Vize-Präsidenten die Herren Karl Czarnowski und Leon Hempel ernannte. Zu Beisitzern wurden berufen die Herren: Domherr Chelnicki, Geistlicher Adolf Klejczynski, der ehemalige Abgeordnete Zaglenczy, Dr. Maciejka, Martin Ginzburg, Regens Adam Piafetti, Gabriel Godlewski und die Damen Kleniewska und Sniegocka.

Nach Konstituierung des Präsidiums, bestätigte die Versammlung die Tagesordnung.

Darauf nahm die Versammlung den Bericht des Hauptvorstandes entgegen. Rechtsanwalt Dsuchowski ergriff von neuem das Wort, um sich über die Tätigkeit des Hauptvorstandes auszulassen. Er erläuterte die bedeutenderen Zahlenpositionen und die wichtigeren Etappen der sozial-kulturellen Arbeit der Polska Macierz Szkolna, die wir hier nicht wiederholen, weil wir bereits die Inhaltsangabe des uns überjandten Berichtes gebracht haben.

* * *

Nach der Ansprache des Rechtsanwalts Dsuchowski betrat Herr Edmund Janowski die Rednertribüne. Dieser forderte als Delegierter die Versammelten auf, dem Hauptvorstande, und hauptsächlich dem unermüdlischen Vorsitzenden desselben, für die erfolgreiche Arbeit zu danken.

Die Versammelten brachen in einen Beifallsturm aus und erhoben sich, um ihren Dank auszudrücken, von ihren Sitzen.

Die zweite herzliche Ovation wurde dem würdigen Leiter der Polska Macierz Szkolna nach der Ansprache des Regens Piafetti aus Radom bereitet; die Hochrufe auf den Rechtsanwalt Dsuchowski wollten kein Ende nehmen.

Der gerührte Vorsitzende dankte mit Tränen in den Augen den Versammelten.

Nachdem die Hochrufe verhallt waren, erteilte der Vorsitzende den Referenten der einzelnen Abteilungen des Hauptvorstandes das Wort.

Als erster ergriff das Wort der Vorsitzende der Abteilung für Volksbildung, Professor Mieczyslaus Brzezinski, der in allgemeinen Umrissen die Tätigkeit dieser Abteilung schilderte. Diese Tätigkeit hätte sich nach der Losung gerichtet, die die Abteilung auf ihre Standarte geschrieben hätte. „Gehen wir unter das Volk“ — so sagte der Professor — „nicht als Politiker, die Anhänger für ihre Losungen gewinnen wollen, nicht als Patriarchen, die das Volk durch Erteilen von Befehlen leiten wollen, nicht als ältere Brüder, sondern als liebende Brüder, um den nationalen Geist zu erwecken, um nach dem Beispiel von Staszic und Piramowicz aufzuklären und zu veredeln, mit dem Glauben an die Zukunft und die Augen auf den Stern der Polska Macierz Szkolna gerichtet. Mit Lebenden wollen wir vorwärts gehen.“

Nach dieser Ansprache ergriff der eigentliche Referent der Abteilung für Volksbildung, Herr Marian Stempowski, das Wort. Dieser verlas den unseren Lesern in Abkürzung bereits bekannten Bericht der Abteilung.

Der nächste Referent war Herr Marian Lutoslawski, der die Tätigkeit des Komitees für das Nationalgeheimnis vom 3. Mai, das der Macierz überwiesen wurde, schilderte, und auf den demokratischen Charakter, der diese Aktion kennzeichnete, hinwies.

Nach diesem Referat ging man an die Bildung von Sektionen, die in besonderen Lokalen selbständig arbeiten werden.

Die Schulkommission wird mit ihren Beratungen 4 Uhr nachmittags im Hause des Technikervereins beginnen. Referent des Hauptvorstandes ist Professor Mieczyslaus Brzezinski, allgemeine Referenten sind die Herren Kopczynski, P. Sosnowski und C. Miewiadomski.

Die Bildungskommission (außerhalb der Schule) wird gemeinsam mit der vorangeführten Kommission im Hause des Technikervereins arbeiten. Referent des Hauptvorstandes ist Herr Ignacy Chrzanowski, Korreferenten sind die Herren A. Jaczynowski und M. Stempowski.

Außerdem werden arbeiten: Die Sektion für Anträge, die die von den Delegierten überreichten

Anträge qualifizieren wird und die Budgetsektion, die die einzelnen Positionen des Budgets entsprechend den Beschlüssen der Bildungs-, Schul- und Antragskommission aufstellen wird.

Ehrenvorsitzende der Zusammenkunft wurden nachstehende Gäste:

Herr Josef von Roscielski aus Posen, der Vorsitzende des Vereins Straz; Herr Ernst Wandrowski aus Lemberg, der Vorsitzende des Volksschulen-Vereins in Galizien; Herr Stephan Natansohn aus Lemberg, Mitglied des Hauptvorstandes des Volksschulen-Vereins; Zdislaw Fürst Czartoryski aus Posen, Vorsitzender des Vereins für Volksleshallen und Herr Wilhelm Kahl aus Teschen, Schriftführer des Vorstandes der Macierz Szkolna im Herzogtum Teschen.

Zur Zusammenkunft sind über 1500 Delegierte erschienen. Der Saal der Philharmonie ist völlig überfüllt.

Aus Nr. 327 des „Kurjer Warszawski“ (Warschau)
Morgenausgabe,
vom 26. November 1907:

Die Zusammenkunft der Delegierten der Kolkos der Polska Macierz Szkolna.

Indem wir nochmals auf die gestrige erste Plenarsitzung zurückkommen, deren Verlauf wir in der gestrigen Abendausgabe geschildert haben, bringen wir hier in extenso

die Rede des Rechtsanwalts Dmuchowski.

Vor allen Dingen fühle ich mich verpflichtet zu erklären, daß unser würdiger Vorsitzender des Aufsichtsrates, Heinrich Sienkiewicz, mich damit beauftragt hat, sein aufrichtiges Bedauern darüber auszusprechen, daß es ihm unmöglich ist, an der heutigen allgemeinen Versammlung der Polska Macierz Szkolna teilzunehmen.

Als seinem Vertreter fällt mir heute wiederum die Ehre zu, die heutige Versammlung zu eröffnen und zu leiten.

Bevor ich die Ergebnisse unserer Tätigkeit, die mühseligen Wege und die Hindernisse, die die Entwicklung unserer Institution aufgehalten haben, bespreche, erfülle ich zunächst die dem Herzen angenehme und ehrenvolle Pflicht, die geehrte Versammlung, unsere geehrten und lieben Gäste, die Vertreter der Presse, die Repräsentanten unserer Vereine und Institutionen aus dem Königreiche und aus den andern polnischen Ländern zu begrüßen, hierunter auch die Vertreter unseres Brudervereins, des Volksschulen-Vereins in Krakau, des Vereins „Straz“ in Posen und der Macierz Szkolna im Herzogtum Teschen.

Die zahlreichen Delegierten der Kolkos und Bezirke, die Anwesenheit von Vertretern unserer Presse und die zahlreich erschienenen Gäste sind ein Beweis für das rege Interesse, das die polnische Gesamtheit für unsere Institution hegt, ein Beweis dafür, daß sie alle unsere Bemühungen, alle unsere Bestrebungen, die die kulturelle Wiedergeburt unserer Nation bezwecken, mit uns teilt.

Indem ich von Herzen einen möglichst erfolgreichen Verlauf der Beratungen wünsche, möge es mir gestattet sein, mich an dieser Stelle auf die begeisterten Worte des Priesters Skarga zu berufen, die er vor 310 Jahren zu Beginn seiner Landtagspredigt gesprochen hat:

Ihr seid im Namen Gottes zusammengekommen, um die Gefahren der Krone zu untersuchen, um das zu stützen, was sich zum Falle neigt, um das zu verbessern, was vernichtet ist, um das zu heilen, was verlegt ist, um das wieder zu vereinigen, was sich gelöst hat, und um als Häupter des Volkes, eurer Brüder und Mitglieder, als Wächter der Schlafenden, als Führer der Unwissenden, als Erleuchter der Ungebildeten, als Väter der einfältigen Kinder über ihr Wohl und über ihre Ruhe nachzudenken.....

In den ersten Zeiten des Bestehens der Polska Macierz Szkolna, in jenen stürmischen Zeiten, vom 16. Juni 1905 bis 8. Juli 1906, hat trotz der unermesslich schwierigen Existenz- und Entwicklungsbedingungen der frühere Hauptvorstand das Fundament zu unserer Institution gelegt. Er hat die Statuten bearbeitet, hat auf die Wege und Richtungen hingewiesen, hat Fonds gesammelt, hat eine ganze Reihe von Arbeiten übernommen, hat 100 Kolkos der Polska Macierz Szkolna ins Leben gerufen. Schließlich ist es ihm gelungen, die Eintragung unserer Statuten zu erwirken, wodurch unsere Institution legalisiert wurde. Am 8. Juli 1906 überwies er alle Ergebnisse seiner Arbeiten und Bemühungen, die schon überaus ansehnliche waren, dem neuen Hauptvorstande.

So ist also schon im ersten Zeitabschnitte, trotz der überaus schwierigen Existenzbedingungen, sehr viel getan worden, und es sind schon in dieser Zeit gesunde Grundlagen für den großen Mittelpunkt der polnischen Aufklärung geschaffen worden.....

Im zweiten Zeitabschnitte, im Berichtsjahre, ist infolge der Möglichkeit, offen unter öffentlicher Kontrolle zu handeln, infolge der stärkeren Unterstützung seitens unserer Gesamtheit, die Polska Macierz Szkolna in ein Stadium außergewöhnlicher Entwicklung getreten. Die geeignete Idee der Polska Macierz Szkolna hat Bürgerrecht gewonnen und dies in allen Winkeln unseres Landes, nicht nur unter der städtischen und ländlichen Intelligenz, sondern auch mitten unter unserem Volke.

Die Polska Macierz Szkolna hat auch die Türschwelle des armen Arbeiters überschritten, sie ist in die Hütte des polnischen Bauern gedrungen, der sein Brot im Schweiße seines Angesichts erwirbt, — überall wird sie freudig begrüßt als Verkündigerin einer besseren Existenz, einer helleren Zukunft.

Sie wird von jetzt an unserem Volke ebenso unentbehrlich sein, wie es das tägliche Brot ist und gerade hierin liegt ihre große Bedeutung.

Diese elementare Entwicklung unserer Institution, die in der Geschichte unserer Kultur von erstklassiger Bedeutung ist, muß man vor allem dem von der polnischen Gesamtheit so warm empfundenen Bedürfnis zuschreiben, möglichst weite Schichten des Volkes aufzuklären.

Die vernichtende Tätigkeit des Jahrzehnte hindurch herrschenden Systems hat das allgemeine Niveau unserer Kultur tief herabgedrückt. Dies hat sich auf allen Gebieten unseres nationalen und sozialen Lebens bemerkbar gemacht, nirgends aber so ausgeprägt, wie auf dem Gebiete des Schulwesens im allgemeinen und auf dem Gebiete des Volksschulwesens im besonderen.

Die unerhörte Vernachlässigung dieses allerwichtigsten Zweiges hat sich durch die ungenügende Anzahl der Schulen, ihren zweifelhaften Wert und durch die erschreckende Statistik der Analphabeten bemerkbar gemacht.

Das Land, das einst vor 130 Jahren als erstes aller zivilisierten Reiche Europas ein Kultusministerium ins Leben gerufen hat, das den Namen „Edukatons-

kommission" trug, dieses Land ist heute das Land der Analphabeten.

Solcher unglücklichen Geisteskrüppel, die weder lesen noch schreiben können, haben wir über 75%. In der Hauptstadt, in Warschau selbst, wurden unlängst, im Jahre 1897, 318 000 Analphabeten gezählt!

Unter diesen Umständen hat die Polska Macierz Szkolna im Königreich ein ungeheueres Arbeitsfeld gefunden, ausgedehnte Gebiete, die Jahrzehnte hindurch brach gelegen haben.

Diese Gebiete zu beackern und zu bestellen, den fruchtbaren Samen der Aufklärung auf ihnen auszustreuen, das wurde von nun an die Losung gutgesinnter Männer, die sich um die Polska Macierz Szkolna in allen Organisationen, in allen Kolkos derselben sammelten. Ihrer Arbeit, ihrem Eifer, ihrer Opferwilligkeit verdanken wir die Entwicklung unserer Institution, ihnen verdanken wir es, daß wir in verhältnismäßig so kurzer Zeit derartige Resultate erzielt haben.

Diese Resultate, die in dem gedruckten Bericht ausführlich besprochen sind, sind mit Rücksicht auf die verhältnismäßig kurze Zeit unseres Bestehens und mit Rücksicht auf die in höchstem Maße ungünstigen Verhältnisse — ich scheue mich nicht, dies zu erklären — sehr bedeutende.

Um unsere bisherige Tätigkeit und die erzielten Resultate richtig einzuschätzen, muß man das anormale Verhältnis der Behörden zu unserer Institution aufmerksam betrachten.

Die Tätigkeit der Macierz, der wo anders warme Unterstützung zuteil werden würde, stößt bei uns auf Schritt und Tritt auf Schwierigkeiten oder geradezu auf offenen Widerstand gerade jener Organe, deren Aufgabe und Pflicht es wäre, auf dem Felde der Aufklärung mitzuwirken.

Es ist überhaupt schwierig, in der Geschichte der Kultur ähnlich ungünstige Verhältnisse für eine Bildungsinstitution zu finden, die auf dem Wege der eigenen sozialen Selbsthilfe entstanden ist.

Die mit jedem Tage größer werdenden Hindernisse, die die Entwicklung unserer Institution aufhalten, sind genauer in einem an die polnische Fraktion gerichteten Memorial und im Berichte der juristischen Abteilung enthalten.

An dieser Stelle möchte ich nur nachdrücklichst unsern auf die Novelle über Vereine und Verbände vom 17. März 1906 gestützten rechtlichen Standpunkt hervorheben.

Nach Artikel 28 dieses Gesetzes haben Vereine bei der Gründung von Unterabteilungen und Institutionen von jetzt ab nur die Pflicht, die gesetzlichen Vorschriften genau inne zu halten. Hiernach muß man also die administrativen Bestimmungen, die veränderlich sind und keine feste Grundlage haben, häufig auch geheim sind, auf Grund dieses Gesetzes für aufgehoben erachten.

Wenn dieses Gesetz geachtet und gehalten werden würde, dann würde die Novelle, von der hier die Rede ist, einen neuen Zeitabschnitt im Gebiet der zivil-sozialen Verhältnisse hervorrufen.

Dann hätten wir völlige Freiheit — unter Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften — in unserm ganzen Lande überall dort Schulen zu gründen, wo wir dieses für notwendig erachten würden, wo sich die dringende Notwendigkeit herausstellt. Wir könnten dann mit einem großen Aufgebot von Kräften den Analphabetismus bekämpfen, dieses größte Elend unseres Landes, wir könnten Kurse für Erwachsene einrichten, häusliche Kolkos, die die Kinder in Stadt und Land unterrichten könnten, schließlich auch Volksuniversitäten.

Es geschah aber gerade das Gegenteil.

Man erkannte unsere rechtliche Stellung nicht an und bemühte sich, die gesetzlichen Vorschriften durch administrative Verfügungen zu ersetzen, ferner wollte man unsere ganze Tätigkeit durch Ausnahmegeetze, die während des Belagerungszustandes erlassen wurden, regeln.

Wir waren leider gezwungen, einen großen Teil unserer Arbeit und Energie zur Bekämpfung einer ganzen Reihe von Hindernissen zu verwenden, wodurch die Sache der Aufklärung selbst geschädigt wurde.

Die näher eingeweihten Leute werden sich sicher klar machen, wie viel Klugheit, wie viel Überlegung bei der Behandlung der inneren und der äußeren Angelegenheiten notwendig ist. Diese Leute werden einsehen, wie viel schwere Arbeit, wie viel Mühe erforderlich ist, um unserer Institution, die größte Errungenschaft der letzten 40 Jahre, vor Schaden zu bewahren. . . .

Bei allen Arbeiten ließen wir uns von Anfang an von gewissen festen Grundsätzen leiten.

Vor allen Dingen erachteten wir es — wie ich bereits in der Einleitung gesagt habe — als die Hauptaufgabe der Macierz, die breiten Volksmassen in Stadt und Land aufzuklären.

Ohne die Bedeutung der Mittelschulen für die ganze öffentliche Erziehung herabzusetzen, — wir überlassen diese hauptsächlich der privaten Initiative — fühlten wir uns verpflichtet, unsere Kräfte dort einzusetzen, wo die Not am höchsten war.

Das Volk bedeutet doch unsere ganze Zukunft, es ist unser Grundpfeiler in guten und schlechten Tagen, es muß dies aber ein Volk sein, das aufgeklärt und seiner bürgerlichen Rechte und bürgerlichen Pflichten bewußt ist.

Ich muß hier noch folgende Bemerkung machen: Die Erziehung der Jugend im allgemeinen und der breiten Volksmassen im besonderen muß sich auf religiös-moralische Grundsätze stützen.

Dieser innersten Überzeugung haben wir in unserem Jahraufruf, der den Kolkos und Bezirken zugesandt und in unseren Zeitungen abgedruckt wurde, Ausdruck gegeben.

Inzwischen haben sich infolge eines vorübergehenden Mißverständnisses allerdings nur wenige Stimmen gemeldet, die uns nachsagten, daß unsere Stellungnahme zur Religion und zu unseren Geistlichen nicht immer so beschaffen ist, wie wir es vorher besprochen haben.

Bald ist dieses Verhältnis aber völlig klar gelegt worden und unsere Institution genießt jetzt das volle Vertrauen und die eifrige Unterstützung der verehrten Vertreter unserer Geistlichkeit.

Als zweiten Hauptgrundsatz haben wir gleichfalls von Anfang an die nationale Erziehung der Jugend aufgestellt. Sie soll im Geiste gesunder, edler, überlieferter Traditionen und im Geiste sozialer und kultureller Bedürfnisse erzogen werden.

Um indessen diese große Aufgabe der nationalen Erziehung der jungen Generation erfüllen zu können, muß die Macierz — entsprechend ihrem Programm — allen gutgesinnten Leuten zugänglich sein. Sie muß allen zugänglich sein, in denen die Liebe zum Vaterlande noch nicht erloschen ist, allen Leuten, ohne Unterschied des Glaubens und der politischen Anschauungen, die auf nationalem Boden stehen.

Man hat auch allgemein begriffen, daß die Macierz den allgemeinen nationalen Willen zum Ausdruck bringen soll, die allgemeine, verständig aufgefaßte Sorge um die eigene Zukunft, daß dort, wo es sich um die Nation handelt, alle Partei- und Klasseninteressen dem allgemeinen Wohl untergeordnet werden müssen.

Da morgen meine Amtsperiode abläuft und ich aus wichtigen Gründen ein neues Mandat nicht an-

zunehmen beabsichtige, selbst wenn mich die vereehrte Versammlung durch eine Wahl ehren sollte, fühle ich mich als oberster Leiter der Macierz seit ihrem Bestehen verpflichtet, mit Nachdruck zu bemerken, daß der parteilose Standpunkt unserer Institution für ihre Weiterentwicklung, ihre ganze Zukunft, ich muß sagen, unter unseren Verhältnissen selbst für ihre ganze Existenz unbedingt erforderlich ist.

Die uns hierüber belehrenden Anweisungen müssen wir gleichmäßig von unseren Freunden und von unseren schlimmsten Feinden entgegennehmen.

In der diesjährigen Junisitzung des deutschen Schulvereins in Österreich sprach der österreichische Minister Prade u. a. folgende Worte, die ich mir hier zu wiederholen gestatte:

Unserem Schulverein ist es in hervorragender Weise gelungen, die Vereinigung aller Söhne der Nation zur gemeinsamen nationalen Arbeit herbeizuführen. In unserem Verein gibt es keine Partei, keinen Unterschied der politischen Anschauungen. Politische Kämpfe und politischen Haß lassen wir draußen.

Es ist unser aller Wunsch, daß der deutsche Schulverein, frei von allen Kränkungen und allem Hader des politischen Lebens, unsere Jugend, dies höchste Gut unserer Nation, behüten und immer höher heben möge.

Mit diesen Worten des Gegners, die auch für uns wertvolle Fingerzeige für die Zukunft enthalten, schließe ich meine Rede.

* * *

Die Kommissionen.

Nachmittags begannen die Teilnehmer an der Zusammenkunft ihre Arbeit in den Kommissionen, die damit beauftragt waren, über die vor der Zusammenkunft eingegangenen Anträge zu referieren. Diese Anträge sollen dann in der von der Kommission festgesetzten Form Gegenstand der Diskussion in der heutigen zweiten Plenarsitzung werden. Nach den Statuten steht jedem Teilnehmer an der Zusammenkunft das Recht zu, sich an den Arbeiten der Kommissionen zu beteiligen. Dieses Recht wurde auch eifrig ausgenutzt und haufenweise trugen sie sich in die Liste der Mitglieder ein.

Die Sitzung der Berichts- und Budgetkommission war um 4 Uhr nachmittags nach der Philharmonie einberufen worden. Die Arbeiten dieser Kommission leitete Herr Andrycz, Schriftführer war Dr. Bronislaus Bartkiewicz, seitens des Hauptvorstandes referierte über die Punkte der Tagesordnung Herr M. Pfeiffer, Korreferenten waren die Herren H. Cechinger und Fr. Nowodvorski. Der Kommission waren nachstehende Anträge überwiesen worden:

1. Der Antrag des Aufsichtsrates, den Bericht des Hauptvorstandes zugleich mit dem Bericht der Kommission für das Nationalgeschenk entgegen zu nehmen und dem Hauptvorstande Decharge zu erteilen.
2. Der Antrag des Hauptvorstandes, das auf 247 175 Rubel festgesetzte Budget der Polska Macierz Szkolna zu bestätigen und schließlich
3. für die Personen, die in den Instituten des Hauptvorstandes der Polska Macierz Szkolna tätig sind, eine Pensions- und Unterstützungskasse zu bilden.

Bei der Erledigung dieser Anträge entstand eine lebhafteste Diskussion, an der sich die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder beteiligte. Während der Beratungen wurde eine Reihe von Anträgen gestellt, die der heutigen Plenarsitzung zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden sollen.

Die Sitzung der Antragskommission fand im Gebäude des Technikervereins statt und zwar in dem im ersten Stockwerk belegenen kleinen Saale.

Die Sitzung leitete Herr Mikulinski aus Zawiercie, Schriftführer war Dr. Kowalski, Referent des Hauptvorstandes war Dr. K. Chelchowski, Korreferent Dr. H. Rusbaum.

Gegenstand der Arbeiten und Beratungen der Kommission war die Untersuchung folgender Anträge:

a) Die Anträge des Aufsichtsrates:

1. das Statutenprojekt des Aufsichtsrates, das bearbeitet und als besondere Drucksache erschienen ist, zu bestätigen;
2. im Falle der Annahme des Statutenprojekts der Generalversammlung Vollmacht zu erteilen, in Vertretung der allgemeinen Versammlung über alle Sachen Entscheidung treffen zu können, ausgenommen die Angelegenheiten, die die Änderung der Statuten, die Bestätigung der Jahresberichte des Hauptvorstandes und des Aufsichtsrates, die Festsetzung des Budgets und die Wahlen zum Hauptvorstande und zum Aufsichtsrat betreffen.

b) Anträge des Hauptvorstandes:

1. manche Punkte des Statuts, das die Aufgaben der Mitglieder des Hauptvorstandes und die Zusammenfassung desselben regelt, abzuändern.
2. Den § 75 des Statuts zu ändern und an Stelle des Absatzes „das Verwaltungsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember“ zu setzen „das Verwaltungsjahr beginnt am 1. Juli und endet am 30. Juli.“
3. Die Zeit, in der die Kolkos zu allgemeinen Versammlungen zusammenkommen und die Zeit, in welcher dem Hauptvorstande die Berichte eingesandt werden müssen, genau zu bestimmen.

c) Antrag des Bezirksvorstandes der Stadt Warschau, betreffend die Vermehrung der Zahl der Vertreter.

d) Anträge der Kolkos sind:

1. Es ist eine Inspektion der Kolkos zu organisieren, die nicht zu den Bezirken gehört.
2. Es ist eine ständige Kommission zu bilden, die die Aufbesserung der Lage der Lehrer der Macierz zum Zwecke haben soll.

e) Antrag zweier Mitglieder des Aufsichtsrates und zweier Mitglieder des Hauptvorstandes:

Dem Statut ist ein Zusatz zu geben, nach welchem die allgemeine Versammlung alljährlich zwei Vertreter in den Aufsichtsrat wählt.

Nachdem diese Anträge gründlich geprüft worden waren, wurden sie redigiert und der Plenarversammlung zur Abstimmung übergeben.

Die Sitzung der Schulkommission fand im großen Saale des Technikervereins statt.

Weiter derselben war der Rechtsanwalt Stanislaus Kijenski.

Nachstehende Anträge wurden beraten und registriert:

a) Die Anträge des Bildungsvereins:

1. Der Unterricht in den Volksschulen soll möglichst unentgeltlich sein.
2. das Gehalt der an den Schulen der Macierz beschäftigten Lehrer soll erhöht werden.
3. Es soll eine pädagogische Kontrolle der Institute der Macierz organisiert werden.
4. Es sollen Provinzial-Schulmuseen organisiert werden.
5. Die Hygiene in den Landschulen soll mehr berücksichtigt werden.

b) Antrag der hygienischen Sektion:

Jede Schule der Macierz soll ihren Schularzt erstreben, dessen Tätigkeit durch ein

allgemeines Regulativ, das von der Sektion ausgearbeitet werden wird, geregelt werden soll.

c) Anträge der Kolkos:

1. Neben dem Hauptvorstande soll eine Abteilung für Volksschulen eingerichtet werden.
2. Es soll eine Kommission zur Auswahl von Lehrbüchern gebildet werden.
3. Es soll ein Katalog der Bibliotheken für Mittelschüler ausgearbeitet und den Schulen zugesandt werden.
4. Die private Initiative, im Lande Anfängerschulen für anormale Kinder einzurichten, soll unterstützt werden.
5. Es sollen für die Volksschullehrer der Polska Macierz Szkolna während der Ferien unentgeltlich Fortbildungskurse abgehalten werden.
6. Den fähigsten der armen Schüler in den Volksschulen der Macierz sollen Stipendien gewährt und für sie Fortbildungskurse abgehalten werden.

Diese Anträge wird heute die Plenarversammlung endgültig bestätigen.

Die Sitzung der Bildungskommission (die Bildung außerhalb der Schule betreffend) fand im Büfettsaale des Technikervereins statt und zwar unter Leitung des Herrn Rymarkiewicz aus Kalisch. Schriftführer war Herr Andreas Kulinski, stellvertretender Referent des Hauptvorstandes Herr M. Stempowski (anstelle des Herrn Ignaz Chrzanowski), Korreferent Herr A. Jacyzowski.

Die Kommission war damit beauftragt worden, nachfolgende Anträge zu beraten und endgültig zu redigieren:

1. Die Dezentralisation der Prelegenten, Zauberalternen und des Gesichtskreises ist zu erstreben (?);
2. die Tätigkeit der Bezirksvorstände in bezug auf das Unterrichten Erwachsener ist zu verstärken;
3. man soll sich mit der Frage der Gründung von Volkstheatern befassen;
4. die den Teilnehmern an der Zusammenkunft zugegangenen „Bemerkungen über die Tätigkeit der Lesehallen der Macierz“ ist zur Kenntnis zu nehmen und zu bestätigen;
5. neben dem Hauptvorstande ist eine besondere Abteilung zu bilden, die Vorlesungen und Vorträge für die Schulen in der Provinz vorzubereiten hat.

Diese Anträge wurden endgültig festgesetzt und sie werden von dem Referenten der Kommission, Herrn Edmund Janowski, der allgemeinen Versammlung vorgelegt werden.

Die gemeinsame Sitzung der Kommissionen wird in dem Gebäude des Technikervereins heute früh stattfinden.

In dieser Sitzung werden die Anträge, die der allgemeinen Versammlung vorgelegt werden sollen, endgültig geprüft werden, ferner werden auch eventuelle Änderungen im Budget vorgenommen werden, falls Anträge auf Änderung des Budgets vorliegen sollten.

Um 2 Uhr nachmittags, nach Beendigung der Arbeit in den Kommissionen, versammeln sich die Teilnehmer an der Delegiertenversammlung wieder im Gebäude der Philharmonie zur zweiten Plenarsitzung; die Tagesordnung derselben umfaßt: Wahlen, Referate der einzelnen Kommissionen und Schluß der Zusammenkunft.

Besichtigung der Schulen der Polska Macierz Szkolna. Gestern, nach Beendigung der Plenarsitzung, besichtigten die in den Kommissionen nicht beschäftigten Teilnehmer an der Delegiertenversammlung die Stadt und die örtlichen Institutionen der Macierz, wie z. B. das Schulmuseum der Abtei-

lung für Volksbildung, Sodowastr. 12, die Lesehalle des Mittelstadt-Kolkos, Wielka Nr. 3, die Sammlungen des Vereins „Urania“, Bracka 18, schließlich die Schulen der „Macierz“ und die Seminarkurse für Lehrerinnen.

Diese Institute wurden zahlreich besucht und die Erklärungen der Führer wurden gerne angehört.

Die Presse.

Indem wir nochmals auf die gestrige Plenarsitzung zurückkommen, müssen wir in Anwesenheit der Vertreter der Provinzpresse erwähnen, die, wie es sich gezeigt hat, sich mit der Entwicklung der Macierz nicht weniger ernsthaft beschäftigt, als es die Warschauer Zeitungen tun.

An den Berichterstattertischen nahmen Vertreter sämtlicher polnischen Zeitungen Platz ohne Unterschied der politischen Anschauungen.

Verschiedenes.

Zum Lobe des Komitees, das die Zusammenkunft organisiert hat, bemerken wir, daß die musterhafte Ordnung, die bei der Delegiertenversammlung herrscht, ausschließlich den Mitgliedern dieses Komitees zu verdanken ist.

Alle Delegierten aus der Provinz (es sind über 1000) haben Wohnung erhalten.

Anerkennung verdient die Herausgabe des „Büchleins für die Teilnehmer“, das neben dem Programm der Zusammenkunft und der einzelnen Beratungen, zur Bequemlichkeit der Teilnehmer fertige Coupons zur Abstimmung „für“ und „gegen“ enthält, ferner Schemas zur Benachrichtigung des Präsidiums, daß man das Wort ergreifen und einen Antrag formulieren will.

Dies erleichtert bedeutend die Diskussion und verhindert Unordnung.

Die Kandidatenliste.

Bei den Beratungen der zahlreichen Delegierten des Warschauer und Provinzialkolkos hat man sich über folgende Kandidatenliste geeinigt:

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates: Bischof Rufkiewicz, Graf M. Zamoycki, P. Drzewiecki, K. Obrenbowski; zu Vertretern derselben: Tadeus Korzon und Stanislaus Bukowiecki.

Zu Mitgliedern des Vorstandes: Rechtsanwalt A. Dychowski, M. Brzezinski, J. Chrzanowski, Dr. Chelchowski, Ingenieur J. Swiontkowski, K. Kulwiec, Geistlicher Wesołowski; zu Vertretern derselben: Lucian Kobylecki, T. Waligorski, Johann Gebethner und Ed. Janowski; zu Kandidaten für Vertreter: Stephan Dziwulski, Geistlicher M. Godlewski, C. Niewiadomska und Professor Bialowiejski.

Aus Nr. 327 des Kurjer Warszawski (Warschau)
Abendausgabe

vom 26. November 1907:

Aus der polnischen Presse.

Die Zusammenkunft der Macierz.

Der allgemeinen Zusammenkunft der Polska Macierz Szkolna schenken alle unsere Zeitungen die größte Aufmerksamkeit.

Von den Stimmen derselben führen wir die bemerkenswerten an:

Die Nowa Gazeta schreibt:

„Die Institution der Macierz ist eine bedeutsame nationale Einrichtung, die die Ausbreitung des Lichtes und des Wissens zum Zwecke hat. Nichts ist uns notwendiger als gerade die Bildung. Die Nation, die

dieser beraubt ist, hat keine Bedingungen für eine natürliche Entwicklung sowohl in sozialer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Nation wird die Wiedergeburt nur durch das Volk erlangen und das Volk wird diese wiederum nur durch die Bildung erlangen.

Deshalb muß eine Institution, die die Bildung sorgfältig pflegt, gemeinsames Eigentum der ganzen Nation sein. Mit einer derartigen Absicht wurde auch die Polska Macierz Szkolna ins Leben gerufen. Dann aber bemühte sich eine Partei, sie zu beherrschen und entzog den ihr unsympathischen Kolkos jeglichen Einfluß. Allein die Lebenskraft einer derartigen nationalen Einrichtung, wie es die Macierz ist, sprengte die Parteitore. So kam auch trotz der Parteibestrebungen, trotz des inneren Haders und trotz des Abweichens von einer Tätigkeit, die über den Parteien stehen sollte, die Macierz immer mehr auf den rein bildenden, rein nationalen Weg. Infolge einer derartigen Entwicklung gewann sie immer mehr Unterstützung und Sympathien.

Wir wollen glauben, daß die Fortschritte auf diesem Wege immer größere sein werden. Wir wollen hoffen, daß die gegenwärtige Versammlung Beschlüsse fassen wird, die der ganzen Volksversammlung eine Garantie dafür bieten werden, daß die Macierz Eigentum des ganzen Landes und nicht einer Partei ist, die ein Anrecht auf die Herrschaft zu haben glaubt.

Das beste Kennzeichen hierfür werden die Wahlen sein. Wenn sie in parteilosem Geiste ausfallen werden, wenn besonders an der Spitze der Institution ein parteiloser Vorstand stehen wird, der alle nationalen Bestrebungen berücksichtigt, dann wird sich die Macierz auf jene hohe Stufe erheben, die der Haupternährerin der polnischen Bildung zukommt.

Der angeführte Artikel verdient umso größere Beachtung, als er die Ansicht einer Zeitung zum Ausdruck bringt, die bis jetzt der Macierz überaus mißtrauisch gegenübergestanden hat. Wir freuen uns, in dieser Ansicht den Beweis dafür zu sehen, daß mit der Zeit, falls wir der Macierz ihren unparteiischen, rein nationalen Charakter erhalten können, alle polnisch fühlenden Leute sich unter ihren Fittichen zur Arbeit für die Aufklärung zusammenscharen werden.

Und was sagt das *Slowo*, das Organ, das eine der *Nowa Gazeta* direkt entgegengesetzte Richtung hat:

„Die Macierz hatte und hat in ihrer Organisation einen wichtigen Grundsatz, daß sie nicht alle in einer Hand vereinigt, daß sie nicht zentralisiert, sondern örtliche Kolkos eingerichtet hat und diesen Kolkos eine gewisse Bewegungsfreiheit gewährt. Dies hat unzweifelhaft zu der bedeutenden Verbreitung der Tätigkeit der Macierz beigetragen.

Es würden viel mehr Schulen gegründet worden sein, wenn die Schwierigkeiten nicht wären, mit denen die Macierz bei den Schulbehörden zu kämpfen hat. Wir verstehen es sehr gut, daß die Schulbehörden gewisse Anforderungen in bezug auf die Schulen und die Qualifikation der Lehrer stellen. In einer Epoche, wie es die gegenwärtige ist, in der niemand den immer größer werdenden Wissenshunger abstreiten kann, in der in den entscheidenden Regierungskreisen der Gedanke eines allgemeinen Unterrichts aufgenommen ist, in einer solchen Epoche dürften die für die gewöhnlichen Zeiten existierenden Vorschriften nicht allzu streng angewandt werden, es könnten vielleicht größere Freiheiten gewährt werden. Bei uns standen dem aber mehrere Umstände im Wege, namentlich der Unterschied der Anschauungen über die Aufgaben der Schule und über die Grundsätze, nach welchen sie geleitet werden sollten zwischen den Vertretern des bisherigen Lehrsystems und sehr breiten Kreisen der Volksversammlung, oder vielmehr der ganzen Volksversammlung. Zur Verschärfung dieser Gegensätze trug unzweifelhaft noch die Atmosphäre der letzten Jahre

bei, die auf die Gemüter ungünstig und beunruhigend gewirkt hat. Dies muß man verstehen, daß müssen sich alle klar machen, wenn auch dieses Verstehen uns nicht dahin bringen kann, daß wir alles begreifen.

Wir erlauben uns an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Gegensätze, die auf dem Gebiet der Schule in den letzten Zeiten entstanden sind und sich immer mehr zugespitzt haben, recht bald schwächer werden mögen. Es wäre übertriebener Optimismus, wenn wir annehmen würden, daß sie ganz fortfallen werden. Weiter wollen wir uns hierüber nicht auslassen, vielleicht bietet sich aber in nächster Zeit hierzu Gelegenheit.

Über eins aber müssen wir uns klar werden und zwar über die Notwendigkeit, daß an der Spitze der Macierz Leute mit großem Taktgefühl und ruhiger Überlegung stehen müssen.

Wir haben stets bemerkt, daß einer der Hauptleiter, der Gründer der Macierz, der ihr seine ganze Energie gewidmet hat, der mit ganzer Seele dabei war, der Rechtsanwalt Anton Dmuchowski, unaufhörlich bestrebt war, das Werk zu vervollkommen, zu dessen Schöpfern er gehörte. Seiner großen Aufopferung und seinem Takt hat es das Land zu verdanken, daß viele Dinge beseitigt wurden, die dem gründlichen Wirken der Macierz große Hindernisse in den Weg hätten legen können.

Wir erklären hier offen, daß wir den Wunsch hegen, die Leitung der Macierz möchte in den gleichen, so erfahrenen und um den Aufbau des Gebäudes so verdienten Händen bleiben. Wir können den Gerüchten von der Abdankung des Rechtsanwalts Dmuchowski keinen Glauben schenken.

Wir wissen, daß alle Mitarbeiter der Macierz, aus welchen Winkeln unseres Landes sie auch immer gekommen sein mögen, sich darüber klar sind, was ihr bisheriger Leiter für diese Institution getan hat und sie werden dessen Kandidatur daher an die erste Stelle setzen.

Wir sind auch davon überzeugt, daß, wenn Herr Dmuchowski, ermüdet von der in der ersten Zeit des Bestehens der Macierz so schweren Arbeit, die Absicht haben sollte, sich zurückzuziehen, alle ihre Bitten vereinigen werden, um ihn von seiner Ab sicht abzubringen, deren Verwirklichung für das Institut verderblich werden könnte.

Alle aber müssen sich in dem Bestreben vereinigen, einem so erhabenen Werke, das so hohe Aufgaben hat, die Weiterentwicklung und ferneres Wohlergehen zu sichern. Wir hoffen, daß die jetzige Generalversammlung eine der Etappen auf dem Wege sein wird, der zu diesem Ziele führt.

Aus Nr. 327 des Kurjer Warszawski (Warschau)
Abendausgabe

vom 26. November 1907:

Die Zusammenkunft der Delegierten der Kolkos der Polska Macierz Szkolna.

Versammlung der Delegationskommissionen.

Heute um 10 Uhr früh versammelten sich die Delegationen der einzelnen Kommissionen, um die eingegangenen Anträge gemeinschaftlich zu besprechen, sie endgültig zu redigieren und sie in einem Referate, das die Motive der Anträge erklären soll, der Plenarsitzung vorzutragen.

Den Vorsitz führte der Präsident der allgemeinen Versammlung, Herr Stanislaus Skwinski aus Antopol.

Nach Vortrag der Sache durch die Referenten der einzelnen Sektionen nahm die Delegation die Redaktion der Anträge an und beauftragte die Kommissionen,

die auf nachstehende Art ergänzt wurde, sie der allgemeinen Versammlung vorzulegen.

Die Kommission für juristische und Budget-Angelegenheiten: Vorsitzender Herr Kasimir Andrycz, Schriftführer Woszczyński und Dr. Bartkiewicz, Referent des Vorstandes Herr M. Pfeifer, Korreferenten Frau Geisinger und Rechtsanwalt Franz Newodworski, der auch gleichzeitig damit beauftragt wurde, in der allgemeinen Versammlung über die Anträge zu referieren.

Die Schulkommission: Vorsitzender Rechtsanwalt Stanislaus Kijewski, Schriftführer Konrad Chmielewski, Referent des Hauptvorstandes Professor Mieczyslaus Brzezinski, Korreferent Herr Niewiadomski, Referent in der allgemeinen Versammlung Rechtsanwalt Stanislaus Kijewski.

Die Bildungskommission: Vorsitzender Herr Kasimir Rymarkiewicz, Schriftführer Herr Kulinski, Referent des Hauptvorstandes Professor Jaczynowski, Korreferent Rechtsanwalt Stempowski, Referent in der allgemeinen Versammlung Herr Edmund Janowski.

Die Kommission für Anträge: Vorsitzender Herr Mikolinski, Stellvertreter Cizwicki, Schriftführer Dr. Kowalski, Geistlicher Figurski, Gabriel Godlewski, Referent des Hauptvorstandes Dr. Chelchowski, Korreferent Dr. Nusbaum, Referent in der allgemeinen Versammlung Dr. Kowalski.

Die Versammlung der Delegationen beendete ihre Arbeiten nach 1 Uhr nachmittags.

Die zweite Plenarsitzung.

Die zweite Plenarsitzung begann 2 Uhr nachmittags. Den Vorsitz führte Herr Stanislaus Skiwinski.

Die Tagesordnung umfaßte:

Wahl des Hauptvorstandes und des Aufsichtsrats.
Antrag des Hauptvorstandes auf Ernennung von Ehrenmitgliedern der Polska Macierz Szkolna.

Referat der juristischen Kommission.

Referat der Schulkommission.

Referat der Bildungskommission.

Referat der Kommission für Anträge.

Interpellationen.

Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Schluß der allgemeinen Versammlung.

Aus der Presse.

Der heutige Gonicz Poranny tritt der Versammlung der Macierz gegenüber als magister elegantiarum auf. Er erteilt seine Ratschläge auf folgende Art:

„Wir halten es für unpassend, Herrn Rechtsanwalt Osuchowski zu bitten, er möchte gestatten, nochmals gewählt zu werden, erstens aus dem Grunde, weil seine Wahl gesichert ist (sein Name ist nämlich in beiden Listen aufgeführt) und zweitens mit Rücksicht darauf, daß in dem Augenblick, in welchem wir fünf Vorstandes-Mitglieder haben, die für die allgemein geliebte Institution gerne arbeiten möchten, dies aber nicht tun können, das Ansehen eines Mannes, der weiterarbeiten kann, dies aber nicht tun will, in hohem Grade unpassend ist; ja noch mehr, es ist für einen feinfühligsten Menschen sogar beleidigend und für die Zusammenkunft erniedrigend.“

Aus Nr. 328 des Kurjer Warszawski (Warschau)
Abendausgabe

vom 27. November 1907:

Die Zusammenkunft der Delegierten der Kollos der Polska Macierz Szkolna.

Die zweite Plenarsitzung.

Nachdem sich die Delegierten eingefunden hatten, eröffnete der Vorsitzende Stanislaus Skiwinski aus

Antopol um 2 Uhr nachmittags die Sitzung. Zunächst ordnete der Vorsitzende die Abgabe der Stimmzettel an.

Begrüßungstelegramme.

Nach einer halbstündigen Pause begann Herr Marian Stempowski die eingegangenen Briefe und Telegramme in nachstehender Reihenfolge abzulesen:

„Die herzlichsten Wünsche für die Entwicklung und ein erfolgreiches Wirken der Institution, die in jeder Hinsicht so notwendig und nützlich ist, wie es die Polska Macierz Szkolna in Warschau ist, übersendet.

Die Akademie der Wissenschaften in Krakau.“

„In Beantwortung der gütigen Einladung des verehrten Vorstandes der Macierz danke ich im Namen des akademischen Senates herzlich für dieselbe. Ich bedauere, daß ich infolge der Unmöglichkeit in, so kurzer Zeit einen Paß für einen Delegierten zu erhalten, gezwungen bin, lediglich auf diesem Wege der Polska Macierz Szkolna im Namen der Jagellonischen Universität die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. — „Glück auf!“

A. J. J. J. D. S.

Der Rektor.

Dr. Gabriel.

Ich habe die Arbeit der Polska Macierz Szkolna mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und sende mit Freuden den versammelten Mitgliedern derselben im Namen des Lemberger Polytechnikums ein brüderliches „Glück auf.“

Rektor Viktor Symowski.

Mit wahren Bedauern, daß wir nicht persönlich erscheinen können, mit dem Gefühl herzlichster Dankbarkeit für eure ständige Unterstützung, die ihr uns in dem schweren Kampfe, den wir führen müssen, habt zuteil werden lassen, mit großer Bewunderung für eure opferwillige und erfolgreiche Arbeit, senden wir euch am heutigen Tage unsere herzlichsten Grüße und vereinigen uns mit der ganzen polnischen Volksgesamtheit in dem Wunsche, daß eure Beratungen für die Aufklärung und Hebung der Nation möglichst reiche Früchte tragen mögen.

Für den Vorstand der Macierz Szkolna im Herzogtum Teschen.

Jilasiwicz.

Der Vorstand des Vereins Straz in Poien sendet die besten Wünsche für ein möglichst günstiges und Früchte bringendes Ergebnis der Beratungen einer so hervorragenden und nützlichen nationalen Institution.

Für das Bureau des Vereins Straz

Dr. T. Jaworski.

Den Beratungen der Macierz rufen wir von ganzem Herzen „Glückauf“ zu. Möchte die uns allen teure Institution bei ihrer Tätigkeit ständig die Liebe zur heiligen katholischen Kirche mit der Liebe zum Vaterlande vereinigen.

Erzbischof Bilczewski.

Bischof Bandurski.

Da ich infolge Erkrankung an der allgemeinen Versammlung der Macierz nicht teilnehmen kann, sende ich den Teilnehmern meine herzlichsten Wünsche und meinen Hirtensegen.

Der Bischof von Sandomir.

Zwierowicz.

Der Versammlung der Polska Macierz Szkolna
ruft „Glückauf“ zu
der literarische Mickiewicz-Verein in Lemberg.

Da die Einladung zu spät eingegangen ist, um
noch einen Delegierten entsenden zu können, sendet der
Verein der Lehrer an höheren Schulen der Polska
Macierz Szkolna die allerwärmsten Wünsche für eine
weitere erfolgreiche Arbeit. Per aspera ad astra.

Twardowski, Vorsitzender.
Zagajewski, Schriftführer.

Die Einladung haben wir zu spät erhalten. Be-
dauerlicherweise konnte die Oświata in Wilna deshalb
keinen Delegierten entsenden. Wir wünschen erfolgreiche
Arbeit.

Der Vizepräsident.
Wenslawski.

Der Vorstand des Vereins Oświata in Kiew
teilt mit, daß er den Rechtsanwalt Wielawski zur
Zusammenkunft entsandt hat.

Andrzejewski, Vorsitzender;
Lukasiewicz, Schriftführer.

In Gedanken mit euch vereint, senden wir den
Teilnehmern der Versammlung herzliche Grüße.

Geistlicher Gralowski,
M. Dzierzanowska,
Karł Stawicki,
Alexander Zawadzki.

Ich bitte den Teilnehmern an der Versammlung
mitzuteilen, daß ich die ungeheure Arbeit bewundere.
Drzeżkowa.

„Glück auf.“

Der polnische pädagogische Verein
in Lemberg.

Alle zur Verlesung kommenden Begrüßungs-
schreiben wurden mit gewaltigem Jubel aufgenommen.
Bei der Verlesung der Begrüßungsschreiben des Vereins
Straz aus Posen und der Macierz aus Teschen erhob
sich stürmischer Beifall, der lange Zeit nicht zum
Schweigen gebracht werden konnte. Die nicht an-
wesenden Mitglieder des Hauptvorstandes, die gemeinsam
ein Telegramm eingesandt hatten, wurden durch Erheben
von den Sigen geehrt.

Ansprachen der Gäste.

Es begannen nunmehr die Ansprachen der zur
Zusammenkunft erschienenen Gäste und der Delegierten
der Bildungsinstitute aus den anderen polnischen
Ländern.

Als erster ergriff das Wort der Vorsitzende des
Vereins Straz aus Posen, Herr Josef v. Koscielski,
der von wahren Beifallstürmen begrüßt, folgende
Worte sprach:

Geehrte Versammelte! Die Beifallsrufe, die
gestern und heute ertönt sind, beweisen, wie sehr ihr
mit jenem Zweige Polens mitempfindet, den der
Willen des Schicksals dazu berufen hat, die Arena der
Märtyrer zu betreten. Ich bin aus Großpolen zu
euch gekommen, von dem man sagt, daß es sich be-
findet, von dem man denkt, daß es leidet — unter
dem preußischen Joch.

In unserer Geschichte hat es sich gezeigt, daß jeder
Teil unseres Vaterlandes seinen Teil zur gemeinsamen
Arbeit und zum gemeinsamen Märtyrertum beigetragen
hat.

Heute ist an uns die Reihe gekommen, deshalb
können wir auch heute, ohne inkonsequent zu sein,
sagen, daß aus dem Westen der Nordwind weht. Es
gab eine Zeit, in der ihr, als ich damals zu euch kam,
bei mir frische Luft schöpfen wolltet, da es den Anschein
hatte, als ob ich aus einem freien Lande gekommen wäre.
Heute kommen wir zu euch, um uns in dieser frischen
Luft zu stärken.

Ich verstehe es nicht auf einem Boden zu sprechen,
dessen Grundlagen ich nicht kenne, ich weiß nicht, was
hier erlaubt und was verboten ist und ich möchte der
guten Sache nicht durch einige Phrasen schaden.

Ich sehe und fühle es, daß das, was von euch kommt
und in mir einen Widerhall findet — die Herzen sind,
die uns vereinigen. Ich stehe vor euch als Delegierter
einer Institution, die auf der Wacht dessen steht was
unser, was polnisch ist.

Schwer ist die Arbeit und schwer ist der Kampf.
Deshalb bemühe ich mich auch, da ich die mir zugewandten
Gesichter meiner geliebten Brüder sehe, ihnen das zu
sagen, was sich ihrem Gedächtnis einprägen wird und
deshalb wende ich mich an sie mit den Worten des
Dichters:

„Möge euch das nicht abschrecken,
Daß heute das Niedrige überall herrscht,
Aus euerm Glauben — wird euer Wille,
Aus euerm Willen — eure Tat entstehen.“

Ich danke euch herzlichst, daß ihr mich als Abge-
sandten des am meisten leidenden Landesteils so herzlich
aufgenommen habt, ich wünsche, daß sich eure herrliche,
große Institution weiter entwickeln möge, daß sie keinen
Erschütterungen ausgesetzt werden und unter ihrer
großen Standarte vorwärts gehen möchte.“

Nach dieser Rede ertönten wahre Beifallstürme
und wie aus einem Munde erscholl der Ruf: „Er lebe
hoch!“

Dann sprach u. a. der Vorsitzende des Hauptvor-
standes des galizischen Volksschulvereins Herr Ban-
drowski.

„Als ich mich hierher begab, um euch Worte der
Achtung und des Grußes zu überbringen, war ich davon
überzeugt, daß ich erhabene Eindrücke mit mir zurück-
nehmen würde. Ich habe aber noch mehr erfahren:
Ich sehe hier eine Begeisterung, die Wunder schafft,
ferner Takt und ruhige Überlegung, die vereint mit der
Begeisterung alles zum Wohle des Volkes bricht, alles
überwältigt. Ich verlasse euch mit dem Eindrucke, daß
die Macierz dieses Wunder vollbracht hat. Heil euch,
ihr Herren, und mein Gruß.“

Es sprach auch der Delegierte der Teschener Macierz
Szkolna, Herr Wilhelm Rahl:

„Im Namen der schlesischen Macierz, im Namen
der 4 Millionen Polen, die euch wegen der ihnen aus
dem Königreich Polen gebrachten Hilfe zu Dank ver-
pflichtet sind, bringe ich euch die besten Wünsche dar.“

Die Teschener Macierz arbeitet unter anderen
Verhältnissen, sie muß für die Erhaltung der polnischen
Nationalität auf dieser Scholle vaterländischen Bodens
arbeiten, die von der Sturmflut des Germanentums
und des Czementums überschwemmt worden ist.

Wir haben keine Analphabeten, wir besitzen im
Gegenteil eine hohe Kultur, aber eine fremde Kultur,
keine eigene. Wir besitzen weder die Traditionen der
Edukatonskommission, noch die Traditionen der Kon-
stitution vom 3. Mai. Wir haben den Kampf erst un-
längst begonnen und wir müssen gegen zwei Fronten
anstürmen. Das polnische Herz versteht und würdigt
dies und deshalb haben wir auch häufig bei den Be-

wohnern des Königreichs Polen Hilfe gesucht, die uns niemals versagt worden ist. Deshalb können wir heute zu euch polnisch sprechen und euch unseren Dank aussprechen."

Es sprechen außer diesem noch die Delegierten des Vereins „Oswiata aus Minsk, die Delegierten der Oswiata aus Kiew und Mieswicz, die der Macierz die besten Wünsche überbrachten.

Alle Reden wurden mit Beifall aufgenommen.

Wahl eines Ehrenmitgliedes.

Die Rednertribüne betrat Professor Mieczyslaus Brzezinski, um den Antrag des Hauptvorstandes zu verlesen, Konrad Projzyski (Kasimir Promyk) wegen seiner unvergeßlichen Verdienste um die Bildung der breiten Volksmassen zum Ehrenmitglied zu ernennen.

Die Nennung des Namens des würdigen Redakteurs der Gazeta Swionteczna schien die Anwesenden zu elektrisieren. Delegierte und Gäste erhoben sich von ihren Sitzen und brachen in nicht endenwollende Hochrufe aus.

Jetzt betrat Professor Agnat Chrzanowski die Rednertribüne und charakterisierte die Tätigkeit Promyks.

Dann ergriff der Bauer Lazarek das Wort und dankte im Namen von 7 Millionen Bauern dem Redakteur Promyk. Er forderte die Anwesenden auf, durch Unterstützung der Gazeta Swionteczna seinen höchsten Traum zu erfüllen.

Für die Wahl des durch Erkrankung am Erscheinen verhinderten Promyk dankte dessen Sohn und aller-nächster Mitarbeiter, Herr T. Projzyski.

Die Referate der Kommissionen.

Nach einer kurzen Pause wurde damit begonnen, der allgemeinen Versammlung den Tätigkeitsbericht der Kommissionen vorzulegen.

Über die Arbeit der Kommission für juristische und Budgetangelegenheiten sprach Rechtsanwalt Franz Komodowski.

Die aus 42 Personen bestehende Kommission für juristische und Budgetangelegenheiten arbeitete von 4 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends und beriet über nachstehende, dem Bericht des Hauptvorstandes entnommene Anträge:

Die Bezirke haben die Kolkos sorgfältiger zu kontrollieren, die Kolkos haben sich möglichst in Bezirken zusammen zu gruppieren.

Über die einzelnen Positionen des Budgets ist die Kommission zu folgendem Beschluß gekommen, den sie dann der allgemeinen Versammlung zur Annahme empfahl:

Erhöhung des Fonds, der zur Organisation einer Inspektion bestimmt ist (2400 Rubel) auf 75000 Rubel mit dem Auftrag, der Hauptvorstand möchte möglichst schnell 10 Visitatorenstellen einrichten, 1200 Rubel für die Kanzlei und 1500 Rubel Reisekosten für alle auswerfen.

Gleichzeitig wurde empfohlen 500 Rubel zum Druck von Mustervorträgen zu bewilligen und diesen Fonds, sowie den Fonds zum Unterhalt der Visitatoren aus dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben zu entnehmen, sodaß dieser anstatt 16075 Rubel nur 10475 Rubel beträgt.

In Sachen der Herausgabe eines eigenen Organs der Macierz hat die Kommission den Wunsch geäußert, anstatt der projektierten Monatschrift eine Zeitung herauszugeben, die alle 14 Tage erscheint.

Von den anderen Angelegenheiten wurde beschlossen, dem Vorstande zu empfehlen:

1. Die Existenz der Schule des Towarzysztwo gazowe von der Beihilfe des Hauptvorstandes unabhängig zu machen.

2. Die übrig gebliebenen Schulen des Hauptvorstandes in der nächsten Zeit den betreffenden territorialen Kolkos zu überweisen.

3. Die Beihilfe für die Bildungsinstitute der Kolkos und der Bezirke zu erhöhen.

4. Die Tätigkeit der vorgeschlagenen Hilfskasse für die an den Instituten des Hauptvorstandes Angestellten der Macierz auszudehnen.

Anstatt der Position von 10 000 Rbl. für den eisernen Fonds sollen 15 000 Rbl. für ein eigenes Vorstandshaus und 50 000 Rbl. für den Reservefonds bewilligt werden; dieser Fonds soll gebildet werden, um aus ihm eventuelle Ausfälle in den Einnahmen des nächsten Jahres zu decken.

Die Anträge der Kommission wurden angenommen. Über die Arbeiten der Schulkommission referierte Herr Rizenki.

Die Kommission empfahl der allgemeinen Versammlung die Annahme folgender Anträge:

1. Der Unterricht in den Volksschulen ist dort unentgeltlich zu erteilen, wo dies die örtlichen Verhältnisse nur immer gestatten.

2. Eine Gehaltserhöhung der Lehrer ist zu erstreben, entsprechend den örtlichen Lebensbedingungen der Lehrer.

3. Die Anlage von Provinzial-Museen ist zu begünstigen.

4. Die Ärzte sind zu veranlassen, die Schulen der Macierz in hygienischer Hinsicht zu überwachen.

5. Es sind Internate und Stipendien für Schüler der Volksschulen zu schaffen.

6. Es sind unentgeltliche Ferienkurse für Volksschullehrer in Warschau und in anderen größeren Städten abzuhalten.

Die anderen Anträge empfahl die Kommission ohne Abänderung zur Annahme.

Die allgemeine Versammlung nahm nach längerer Diskussion, an welcher sich die Herren Hempel, Marian Lutoslawski, Lazarski, Graf Adam Krasinski, Professor Mieczyslaus Brzezinski und andere beteiligten, sämtliche Anträge an.

Über die Arbeit der Bildungskommission (die Bildung außerhalb der Schule) referierte Herr Edmund Janowski, der im Einverständnis mit der Majorität der Kommission, folgende Anträge formulierte:

1. Es ist beim Hauptvorstande eine besondere Vertragsabteilung zu bilden, bei den Vorständen sind besondere Vortragssektionen zu gründen, die die Dezentralisation der Prolegenten erleichtern und Mustervorträge schaffen sollen.

2. Inbezug auf den Unterricht der erwachsenen Analphabeten ist die Tätigkeit der Kolkos zu verstärken.

3. Der Hauptvorstand ist zu beauftragen, energisch an der Schaffung von Volkshäusern zu gehen und in diesen Volkstheater zu schaffen. Für diese ländlichen Theater sind Leihinstitute zu schaffen.

4. Die Beschlüsse über die Lesehallen sind zu bestätigen.

Diese Anträge wurden ohne Diskussion angenommen. Über die Arbeit der Antragskommission referierten Dr. Kowalski und der Geistliche Figielski.

Das Ergebnis der Wahlen.

Nach erledigter Tagesordnung verlas der Vorsitzende das Ergebnis der Wahlen:

Gewählt wurden:

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates:

Bischof Kasimir Ruzkiewicz (801 Stimmen),
Ingenieur Peter Drzewiecki (843 Stimmen),

- Graf Moriz Zamoyński (808 Stimmen),
Ingenieur Kasimir Obrenbowicz (838 Stimmen);
- Zu Stellvertretern:
Professor T. Korzon (846 Stimmen),
Stanislaus Bukowiecki (840 Stimmen).
- Zu Vorstandsmitgliedern:
Anton Djuchowski (752 Stimmen),
Mieczyslaus Brzezinski (841 Stimmen),
Dr. Kasimir Chelchowski (836 Stimmen),
Kasimir Kulwiec (537 Stimmen),
Zbigniew Paderewski (499 Stimmen),
Dr. Franz Komowski (497 Stimmen),
Konstantin Paprocki (416 Stimmen).
- Zu Stellvertretern:
Dr. Stanislaus Kopezynski (502 Stimmen),
Mieczyslaus Pfeiffer (502 Stimmen),
Helene Ceylinger (472 Stimmen),
Geistlicher Wesolowski (483 Stimmen).
- Zu Stellvertreterkandidaten:
Frau Gijzkiewicz (743 Stimmen),
Geistlicher Marzell Godlewski (758 Stimmen),
Theophil Waligorski (748 Stimmen),
Ludwig Zielinski (488 Stimmen).

Verzicht des Rechtsanwalts Djuchowski.

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses betrat Rechtsanwalt Anton Djuchowski die Rednertribüne. Er dankte der Versammlung herzlich für die ihm durch die Wahl erwiesene Ehre, er erklärte, daß er aus wichtigen Gründen und aus Rücksicht auf die im Hauptvorstande unbedingt notwendige Harmonie die Wahl nicht annehmen könnte.

Im Saale, der jedes Auftreten des Rechtsanwalts Djuchowski so begeistert aufgenommen hatte, erstarrte jedes Geräusch, und erst nach längerer Zeit erhob sich einig der Chor der protestierenden Stimmen:

„Wir nehmen die Ablehnung nicht an!“

„Wir bitten, das Mandat nicht niederzulegen!“

„Wir bitten, auf dem Posten zu bleiben und die Macierz zu verteidigen, ihre Unparteilichkeit, ihre Idee, ihre erhabenen brüderlichen Losungen zu schützen!“

Die Anwesenden umgaben die Estrade im Halbkreise und erklärten, daß sie nicht fortgehen würden, bevor nicht Rechtsanwalt Djuchowski seine Resignation zurückgezogen haben würde.

In diesem Augenblick erschien auf der Estrade eine Deputation der Bauern, graue, vom Alter gebeugte Leute, die mit Tränen in den Augen den würdigen Rechtsanwalt Djuchowski ansahen, zum Wohle der Macierz, zum Wohle des 7 Millionen zählenden Volkes auf seinem Platze zu bleiben.

Sie fielen ihm zu Füßen, sie wollten ihm die Hände küssen.

Zu gleicher Zeit erschienen noch andere Deputationen, die die gleiche aufrichtige und herzliche Bitte aussprachen. Sie wurden von allen Anwesenden lebhaft unterstützt. — Wir werden den Saal erst dann verlassen, wenn wir wissen, welche Nachricht wir mit nach Hause nehmen können — ertönte es von allen Seiten.

Rechtsanwalt Djuchowski verlangte einige Minuten Bedenkzeit.

Die Versammelten erwarteten in nervöser Spannung seinen Entschluß.

Nach einigen Minuten erschien Herr Anton Hempel auf der Estrade und erklärte im Namen des Rechtsanwalts Djuchowski, daß dieser die Wahl nicht annehme. Er sei indessen geneigt, im Falle die von ihm gestellten Bedingungen erfüllt werden würden, seine Resignation zurückzuziehen.

Diese Erklärung befriedigte die Versammelten ebenfalls nicht. Sie bemühten sich auch weiterhin, den Rechtsanwalt Djuchowski zu bitten, nicht abzutreten; dies fordere zum Wohle der Macierz nicht nur die Delegiertenversammlung, sondern das ganze Land, das ganze Volk, das die Verdienste Djuchowskis kenne und mit seinem ehrenvollen Namen die günstige und erfolgreiche Entwicklung der Macierz verbinde.

Hierauf wurde die erste Delegiertenzusammenkunft offiziell geschlossen.

Die Teilnehmer an der Delegiertenzusammenkunft verließen heute unsere Stadt, nachdem sie zum letzten Male noch die Bildungsinstitute der Macierz in Warschau besichtigt und genügendes Material zur Entwicklung der Koskos und Bezirke in der Provinz gesammelt hatten.

Die ausländischen Gäste wurden nach Schluß der Beratungen vom Festkomitee in den Salons des „Bristol“ empfangen.

Dieser Empfang, bei dem zahlreiche Ansprachen gehalten wurden, dehnte sich bis zu sehr später Stunde aus.

Die uns nach dreitägigem Aufenthalt verlassenden Teilnehmer verabschiedeten wir mit denselben Worten, mit denen wir sie in unseren Mauern begrüßt haben, nämlich mit dem altpolnischen „Glückauf“ ihren Arbeiten und Absichten.

Aus Nr. 548 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 24. November 1907:

Die polnischen Angelegenheiten in der Duma.

Das Rußkoje Słowo verbreitet das Gerücht, in den Regierungskreisen sei beschlossen worden, die polnische Sache ganz der Initiative der Duma zu überlassen. Die Regierung werde ihrerseits nur hervorheben, daß sie es nicht für möglich halte, sich mit der Autonomie Polens einverstanden zu erklären, weil sie dem Staatsorganismus schädlich sei.

Falls die Duma die Angelegenheit zur Sprache bringen sollte, werde sich die Regierung auf den Standpunkt stellen, daß sie sich mit der Notwendigkeit der Aufhebung der gegen die Polen gerichteten Einschränkungen, die die Entwicklung ihrer nationalen Kultur erschwerten, einverstanden erkläre, daß sie gegen die Erweiterung ihrer Rechte hinsichtlich des Unterrichts in polnischer Sprache unter gewissen Bedingungen nichts einzuwenden habe, es jedoch für unerlässlich halte, daß alle in Vorbereitung begriffenen Mittel nicht die Möglichkeit der „Förderung des Polentums“ erleichterten. —

